

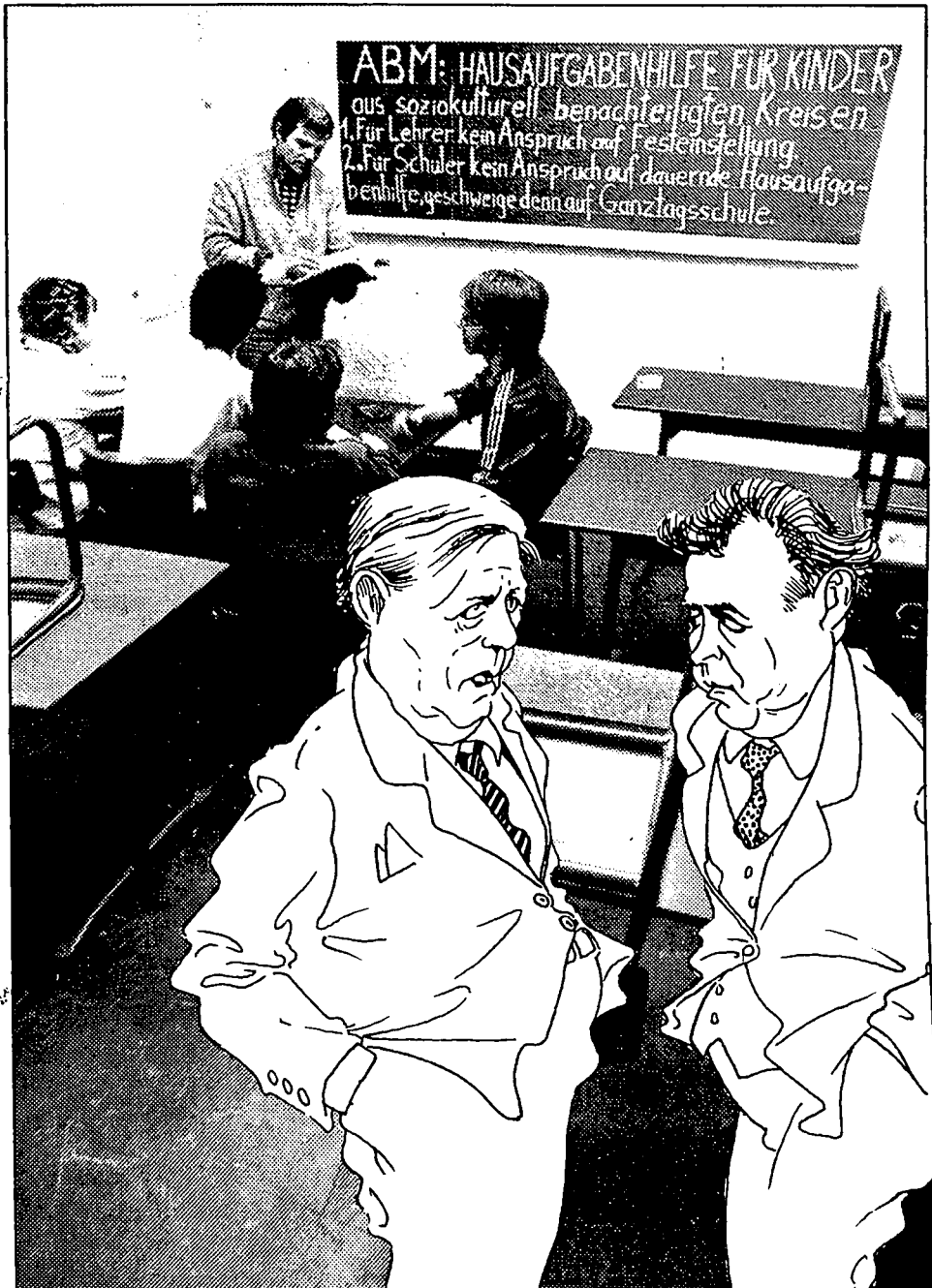
Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



11. April 1981
Jg. 2 Nr. 8

Preis:
2 DM



Schmidt: "Auch diese Sorte "produktiver Erwerbslosenfürsorge" hilft uns Finanzierungslücken bei der Vorverteidigung zu schließen."



Lohnbewegung: Gesucht — Eine Taktik, die den Kapitalisten Beine macht Seite 7



Leerstehender Wohnraum: Unterschiedliche Rechtsverfassung des Grundeigentums in den imperialistischen Ländern — BRD auch hier im Rückschritt vorn Seite 13



Palästina: Bewegung im besetzten Gebiet: Rückgrat des Befreiungskampfes Seite 32

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln, Kamekestr. 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich im Verlag GNN m.b.H., 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2 DM

Inhalt

| | |
|--|----------|
| <i>Polen:</i> „Das Unternehmen Polen ist zukunftsfruchtig, aber ...“ Die BRD treibt ihr Geschäft mit der Krise | Seite 3 |
| Militärverträge und -abkommen der BRD | Seite 4 |
| Zu Meckersheimers Rüstungskritik | Seite 5 |
| <i>Aus Politik und Wirtschaft — kurz berichtet</i> | Seite 6 |
| <i>Lohnbewegung.</i> Gesucht — Eine Taktik, die den Kapitalisten Beine macht | Seite 7 |
| <i>Verteidigungsausgaben:</i> Steigender Anteil am Gesamthaushalt | Seite 7 |
| <i>Renten:</i> Biedenkopfplan zur Vernichtung der Sozialversicherungen | Seite 8 |
| Rentenniveausicherung: Ehrenberg berichtet | Seite 8 |
| <i>Isolationshaft:</i> Politische Unterstützung wird dringlich .. | Seite 9 |
| <i>Hochschulen:</i> Mittelkürzungen im Hochschulbau | Seite 9 |
| <i>Bauern:</i> Nicht „Wachsen oder Weichen“: Zusammenschluß oder Untergang | Seite 10 |
| <i>US-Bergarbeiter:</i> Streik legt US-Kohleexport lahm | Seite 11 |
| <i>Großbritannien:</i> Sozialdemokratische Neugründung | Seite 12 |
| <i>Leerstehender Wohnraum:</i> Unterschiedliche Rechtsverfassung des Grundeigentums in den imperialistischen Ländern — BRD auch hier im Rückschritt vorn | Seite 13 |
| Staatliche Eingriffsmöglichkeiten gegen Wohnraumzweckent- fremdung | Seite 14 |
| UNO zur Besteuerung von Grund und Boden in Stadtgebieten | Seite 16 |
| Auszüge aus dem niederländischen Gesetzentwurf über leerste- hende Häuser | Seite 17 |
| <i>Nachrichten aus der Arbeiterbewegung</i> | Seite 18 |
| <i>Deutschland in Schulbüchern:</i> Lehrer wehren sich gegen Propa- ganda Großdeutschlands in Schulbüchern | Seite 19 |
| <i>JVA Neumünster:</i> Gefangene fordern Tariflohn, besseres Essen | Seite 19 |
| <i>Hessen:</i> Vielfältige Kräfte gegen die Reaktion in den Kommunal- wahlen | Seite 20 |
| <i>Gebührenerhöhungen:</i> Gegen Gewerkschaftsbeschlüsse durchge- setzt | Seite 21 |
| <i>Grundig-Sozialplan:</i> Kampf zahlt sich aus | Seite 21 |
| <i>Stahlindustrie:</i> Mit Hilfe von Sozialplänen setzt Klöckner weitrei- chende Rationalisierungen durch | Seite 22 |
| Entwicklung der Klöckner-Werke AG | Seite 23 |

| | |
|---|----------|
| <i>BASF AG:</i> Betriebsratswahl stärkt IG Chemie | Seite 23 |
| <i>Militär:</i> Bürgerinitiativen gegen NATO-Munitionslager .. | Seite 23 |
| <i>Hürde-Prozeß:</i> Berufsverbot in Vorbereitung | Seite 24 |
| <i>Westberliner CDU:</i> Erziehungsgeld als „soziale Komponente“ | Seite 24 |
| <i>Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen:</i> Billiglehrer, bezahlt aus der Arbeitslosenkasse — GEW Hamburg stellt Forderungen auf | Seite 25 |
| Sichtweise der Kapitalisten: „Produktive Erwerbslosenfürsorge“ | Seite 26 |
| Stichwort: Arbeitslosenversicherung | Seite 27 |
| <i>Internationale Nachrichten</i> | Seite 28 |
| <i>Zimbabwe:</i> Imperialisten zur Zahlung gezwungen — Wirtschafts- programm beschlossen | Seite 29 |
| <i>Afghanistan:</i> Kriegskosten der Sowjetunion | Seite 29 |
| <i>Demokratisches Kambodscha:</i> Einheit soll Kampf gegen Vietnam stärken | Seite 30 |
| <i>Thailand:</i> Putsch gescheitert, Weltbank erpreßt Regierung | Seite 31 |
| <i>Jugoslawien:</i> Gesetz garantiert Mindestrente | Seite 31 |
| <i>USA:</i> Flankierende Kriegsvorbereitungen | Seite 31 |
| <i>Palästina:</i> Bewegung im besetzten Gebiet: Rückgrat des Befrei- ungskampfes | Seite 32 |
| Wirtschaftskrise im Siedlerstaat. BRD zweitwichtigster Handels- partner | Seite 32 |
| <i>Aus Kultur und Wissenschaft</i> | Seite 34 |
| <i>Kung Fu-Actionfilme:</i> „Todesgrüße von Bruce Lee“ — einfalls- los zusammengeschnuppelter Billigfilm | Seite 34 |
| Friedrich Mergels Selbstmord | Seite 34 |
| Der freie Wille und die Gewalt | Seite 34 |
| Kohlhaas: Gewalt gegen den Adel | Seite 35 |
| <i>US-Science Fiction:</i> Ökologische Sozialkritik und Akzeptierung des Staates | Seite 35 |
| <i>DGB-Maiaufruf:</i> Versöhnungsangebot an die Regierung — mit Fußangeln | Seite 36 |
| Aufruf des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum 1. Mai 1981 | Seite 37 |
| <i>Katholische Kirche:</i> Lebensmittel für Polen: „Macht den eiser- nen Vorhang auf“ | Seite 37 |
| Lohnhöhe — Lebensalter — Beschäftigungsart | Seite 38 |

„Das Unternehmen Polen ist zukunftssträftig, aber ...“ Die BRD treibt ihr Geschäft mit der Krise

Die Besetzung Polens durch die Sowjetunion würde, so erklärte US-Verteidigungsminister Weinberger am letzten Wochenende, „die Tatsache signalisieren, daß es für kein Land des Warschauer Paktes die Möglichkeit gibt, irgendeinen Grad von Unabhängigkeit zu erreichen oder irgendeinen Schritt in Richtung Freiheit zu unternehmen“. Der Erklärung folgte die schon übliche „Warnung“. – Mit der Teilnahme an der KSZE-Konferenz 1973 und noch einmal ausdrücklich in der Sonnenfeld-Doktrin 1976 hatten die USA der Sowjetunion konzidiert, daß „Osteuropa innerhalb ihrer Reichweite und des Gebietes ihrer natürlichen Interessen liegt“. Mit der Verankerung der „Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten“ in der KSZE-Schlußakte hatten sie zugleich die Grundlage zu ständiger Einmischung gelegt. Ihr Kalkül auf ein Aufbrechen der Widersprüche in der sowjetischen Hegemonial-sphäre scheint aufzugehen. Die Entwicklung der polnischen Arbeiterbewegung bedroht den Einfluß der Sowjetunion, und die USA lassen diese Gelegenheit nicht verstreichen, sich faktisch und ungebeten zur Garantiemacht der freien Entwicklung der Klassenkämpfe in Osteuropa aufzuwerfen. Die wütenden Reaktionen der UdSSR entbehren nicht der Scheinheiligkeit. In keiner anderen Absicht als die USA in ihrer schürt sie die Widersprüche in der Einflußsphäre der USA, gibt sie etwa dem Befreiungskampf Nicaraguas oder in El Salvador ideologisch, politisch und wirtschaftlich unnütze und schädliche Rückendeckung.

In dieser Zeit, in der die beiden Supermächte die Spannung in Europa durch Drohung und Gegendrohung anheizen, blüht für die westdeutschen Imperialisten das Geschäft. Im „Geiste der Bergpredigt“, so Kanzler Schmidt, werde man die Polen-Hilfe fortsetzen.

Seit Beginn des Jahres hat sich die westdeutsche Monopolbourgeoisie in ihrer biblischen Selbstlosigkeit zum größten Nahrungsmittel-Lieferanten Polens unter den westlichen Imperialisten aufgeschwungen. 20000 t Butter, 28000 t Schweinefleisch, 10000 t Getreide, 5000 t Zucker konnte sie an das „hungrnde Polen verteilen“. Dazu neue Kredite, damit die Gaben auch bezahlt werden können. Inzwischen hat auch die EG-Kommission die zweite Nahrungsmittel-Hilfe für Polen in Höhe von 500 Mio. DM beschlossen, an der die BRD ebenfalls einen Haupt-

anteil trägt. Zwar erhält Polen die Lebensmittel zu 85% des Weltmarktpreises, den Spendern werden die 15% jedoch aus dem EG-Haushalt erstattet, und damit die restlichen 85% zurückfließen, werden weitere Polen-Kredite vergeben.

Der „Geist der Bergpredigt“ beherrschte offensichtlich auch die Verhandlungen, die die Vertreter von 460 westlichen Banken in der letzten und vorletzten Woche mit der polnischen Außenhandelsbank führten. Seit letztem Monat nämlich ist Polen mit seinen Zahlungsverpflichtungen in Verzug geraten. Als Konsortialführer der

westdeutschen Gläubigerbanken machte sich die Dresdner Bank – ihr Vorstandssprecher ist einer der Begründer der „Ostpolitik“, der ehemalige FDP-Wirtschaftsminister Friderichs – dafür stark, den Rückstand als „technische Schwierigkeiten“ zu behandeln; andernfalls nämlich würden sämtliche langfristigen Verpflichtungen Polens sofort fällig. Zwar, die Bankiers sorgen sich um ihr Geld; eine solche Zwangsmaßnahme würde ihre Rechnung jedoch durchkreuzen.

Auf 25 Mrd. \$ ist die polnische Verschuldung an die westlichen Imperialisten bis Ende letzten Jahres aufgelaufen.

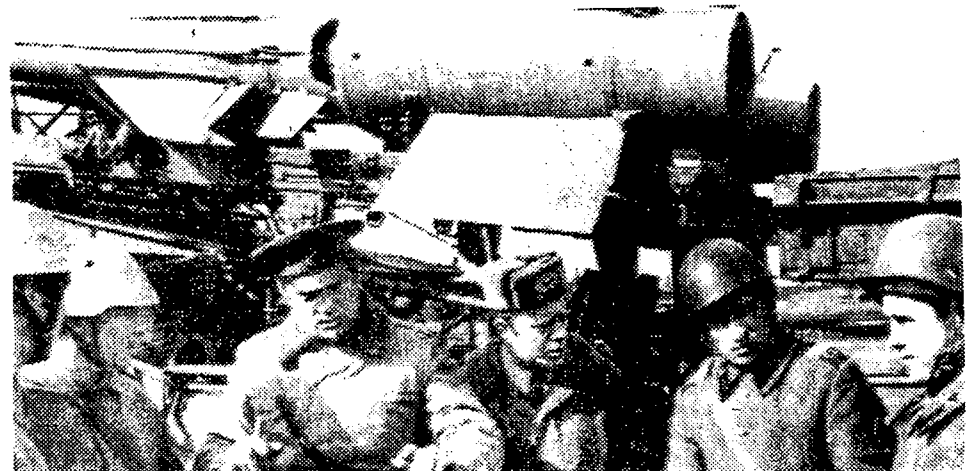


Bild oben: Das Zentralkomitee der PVAP verabschiedete am 30.3. einen Beschluß, in dem es u.a. heißt: „Die 9. Plenartagung des ZK sieht in den lebhaften und oft kontroversen Diskussionen, die sich in der übergroßen Mehrheit der Parteiorganisationen vollziehen, den Beweis dafür, daß der schöpferische Prozeß des Willens zur sozialistischen Erneuerung heute die ganze Partei durchdringt ... Das Zentralkomitee bestätigt, daß die unveränderte Linie der Arbeit der Partei das Streben nach Normalisierung des Lebens, nach Fortsetzung der Linie der Verständigung und des Dialogs, nach Lösung der Konflikte mit politischen Mitteln auf dem Weg von Gesprächen und Erläuterungen sowie der breiten Berücksichtigung der öffentlichen Meinung ist ...“ Bild unten: „Sojus 81“. Die Manöverübungen in Polen, schreibt die Zeitung der DKP „UZ“, „zeichneten sich durch hohe Gefechtsbereitschaft aus“.

fen (1978: 17,5 Mrd. \$, 1979: 19,5 Mrd. \$), 4,5 Mrd. \$ davon entfallen auf westdeutsche Gläubiger. Der „Spiegel“ spekuliert, daß sich die Verschuldung in den ersten drei Monaten 81 verdoppelt hat; dies ist sicherlich Wunschdenken, doch dürfte zutreffen, daß der Schuldenberg beschleunigt wächst. 7,5 Mrd. \$ Tilgungs- und 2,6 Mrd. \$ Zinszahlungen muß Polen in diesem Jahr an die westlichen Gläubiger abführen, das ist mehr, als selbst bei guter wirtschaftlicher Entwicklung seine Einnahmen aus Exporten in westliche Länder betragen! Die Dresdner Bank und Konsorten glauben, jetzt den Fuß in die Tür zu bekommen.

Auf die Forderung der polnischen Regierung nach neuen Krediten winkte Friderichs kaltlächelnd ab. Stattdessen bot er eine Verlängerung der Zahlungsfristen an. Sicher würde ein Aufschub um auch nur wenige Monate die Konsolidierung der Wirtschaft Polens erleichtern, und sicher haben daran auch die westdeutschen Imperialisten Interesse. Das „Handelsblatt“ schwelgte ganz ungeniert: „Das Unternehmen Polen ist zukunftssträchtig, aber die Übergangsphase, sozusagen die Innovationsperiode, wird nicht geringe Störungen und wirtschaftliche Friktionen mit sich bringen ... Nur eine großzü-

gige Regelung kann die Lösung bringen, Polen muß jetzt einmal neun Monate ohne die Belastung von Zinsen- und Tilgungsdienst frei durchatmen können. Was dem Land hilft, erhöht zugleich auch die Sicherheit der ausstehenden Forderungen westlicher Gläubigerbanken.“

Die „großzügige Regelung“ umfaßt einen ganzen Katalog von Bedingungen, mit denen die westdeutsche Bourgeoisie festen Fuß zu fassen hofft: Erstens müsse Polen seine gesamten Schulden und die Kreditbedingungen offenlegen. Zweitens stelle man den IWF-Beitritt zur „Diskussion“. Drittens verlangen die Bankiers zahlreiche Auflagen, über die im Einzelnen sie zwar wohlweislich Stillschweigen bewahren, die die westdeutsche Presse dennoch ganz ungehemmt breitwält: Diese Auflagen reichen von der Streichung der Lebensmittelsubventionen über die Stilllegung „unrentabler Betriebe“ bis zu Massenentlassungen und zur Einführung von Kurzarbeit. Letzteres, bemerkt süffisant die „Frankfurter Allgemeine“, „wäre für die Belegschaften (aus sozialen Gründen) ... eine Wohltat“.

Polen hat in den Verhandlungen mit den westlichen Banken einen schweren Stand. Die Regierung weist das Mora-



toriums-„Angebot“ entschieden zurück. Doch es ist fraglich, wie sie sich ohne einen Sanierungsplan, den die Gewerkschaft „Solidarität“ unterstützen kann, dem ungeheuren Druck entziehen will. Auch die Gewerkschaft verfügt allem Anschein nach über kein Programm zur Überwindung der Krise, auf das sie ihrerseits die Regierung zwingen könnte.

Diese Schwäche ist gefährlich. Denn sie mag sowohl die Sowjetunion zu einer gewaltsamen „Lösung“ reizen; die Breschnew-Regierung operiert ja auch kräftig mit der Krise, um im eigenen Land die ideologische Lage für die

Militärverträge und -abkommen der BRD

Am 9.5.1955 tritt die BRD der NATO bei. Die deutsche Bourgeoisie, die fast auf den Tag genau vor zehn Jahren (8.5.45) in ihrem zweiten Versuch, die Weltherrschaft zu erobern, kapitulieren mußte, rüstet erneut. Ihr NATO-Beitritt schafft die Bedingungen, nicht nur eine der schlagkräftigsten Armeen aufzubauen, sondern ebenso durch ein Netz bilateraler Militärverträge und -abkommen den eigenen Hegemonialansprüchen Nachdruck und Gestalt zu verleihen.

1960 schließt die BRD mit Dänemark, Belgien und Frankreich Abkommen, die ihr ermöglichen, in diesen Ländern Versorgungsdepots anzulegen und Kriegsmaterial einzulagern. Mit Frankreich wird zudem die Ausbildung von Truppenteilen vereinbart. Zuvor hatten die BRD-Imperialisten mit dem Nicht-NATO-Mitglied Spanien über Nachschubbasen und Stützpunkte verhandelt. Mit Norwegen wird ein Abkommen über „Zusammenarbeit bei der Ausrüstung der Streitkräfte“ ausgehandelt. Diesem folgen entsprechende Abkommen mit weiteren Mitgliedsländern, die v.a. den gezielten Aufbau

eigener Rüstungskapazitäten beschleunigen.

Von 1961 bis 1975 zahlt die BRD im Rahmen von Devisenausgleichsabkommen an die USA 39 Mrd. DM, davon 26 Mrd. für Rüstungskäufe und Ausbildung, an Großbritannien zwischen 1962 und 1976 7 Mrd. DM (53% für Rüstungsbeschaffungen). Die Siegermächte lassen sich die Besatzung zahlen, aber die westdeutsche Armee erhält im Gegenzug schon früh modernste Ausrüstungen, z.B. 1964 US Raketenzerstörer.

1963 stellt Portugal aufgrund eines Abkommens der Bundeswehr Übungsplätze, Nachschubeinrichtungen und einen Flugplatz zur Verfügung. Ein Abkommen mit den USA regelt die Ausbildung westdeutscher Luftwaffenpiloten. Seit 1962 schließt die BRD mit zahlreichen Ländern der Dritten Welt, v.a. in Afrika, militärische Ausrüstungs- und Ausbildungsabkommen. 1963 existieren solche Abkommen mit zwölf Ländern. Außerdem werden israelische und südkoreanische Soldaten in der Bundeswehr ausgebildet.

1964 schließt die BRD mit der Türkei ein erneutes Abkommen über militärische Ausrüstungshilfe (das erste 1956). Dieses Abkommen wird seither regelmäßig erneuert. Die türkische Armee wird so in großem Maß mit westdeutschen Waffen ausgerü-

stet. Entsprechende Abkommen werden ebenfalls mit Griechenland abgeschlossen.

Seit 1965 ist die Ausbildung westdeutscher Truppenteile in Kanada vertraglich geregelt, später auch die Übungsmöglichkeiten für die Luftwaffe und die Nutzung des Schießplatzes Shilo. Nach dem Austritt Frankreichs aus der NATO-Militärintegration einigen sich die BRD und Frankreich 1966 über den weiteren Verbleib der französischen Besatzungstruppen.

1968 handeln die BRD-Imperialisten die Nutzung des portugiesischen Luftwaffenstützpunktes Beja aus.

1975 und 1977 schließt die BRD mit Belgien und Luxemburg gleichlautende „Verteidigungsabkommen“ ab, die fünf Punkte beinhalten: die gegenseitige Hilfe im Falle von Angriffen oder „Krisen“; die Möglichkeit, im „Notfall“ die Grenzen direkt zu überschreiten; die Möglichkeit, die Truppen des Vertragspartners ohne Verzögerung um Hilfe zu rufen; die gegenseitige Zur-Verfügung-Stellung des gesamten technischen Materials; den Austausch gegenseitiger Informationen. 1977 trifft die BRD außerdem mit der NATO ein Geheimabkommen über die Zusammenarbeit zwischen nationalen und alliierten Befehlshabern in der BRD.

mögliche Intervention herzustellen. Wie sie auch den westlichen Imperialisten ermöglicht, die Lage ideologisch für sich auszuschlachten; denn dauert die Krise an, werden sie sich erst recht als diejenigen präsentieren können, die mit marktwirtschaftlichen Rezepten weiterwissen, wo die Planwirtschaft versagt habe. Und sie werden es relativ leichter haben im Falle einer sowjetischen Intervention, den unzweifelhaften Zorn des internationalen Proletariats auf ihre chauvinistischen Mühlen zu lenken.

Ein Wirtschaftsprogramm, das von der polnischen Arbeiterbewegung getragen wird, würde also den Kampf gegen *alle* Einmischungsversuche beträchtlich erleichtern. Aber ganz unabhängig davon kommt der westdeutschen Arbeiterbewegung eine besondere Verantwortung dafür zu, die Einmischung und Einnistung der westdeutschen Bourgeoisie in Polen zu bekämpfen. Eine besondere Verantwortung, weil die BRD mit ihrer Einmischung auch besondere Ansprüche verfolgt.

Ist es Zufall, daß die Kultusministerkonferenz, die die Verhandlungen über die „Darstellung der deutschen Grenzen in den Schulbüchern“ jahrelang hatte ruhen lassen, ausgerechnet jetzt ihren Beschluß gefaßt hat, daß als die „deutschen Grenzen“ die „Grenzen des Deutschen Reiches vom 31.12.37“ zu gelten haben? (s. auch S. 19) Daß die BRD also offen ihren Anspruch auf polnisches Territorium demonstriert? Daß erneut und verstärkt die Legende von der „polnischen Westverschiebung“ nach dem zweiten Weltkrieg in die öffentliche Meinung gedrückt wird? Daß der „polnische Nachbar“ zum gängigen Ausdruck der Sorge heuchelnden Bourgeois, die DDR also wortlos einverleibt wird?

Die Gefahr einer sowjetischen Intervention in Polen ist heute groß. Die Truppen der UdSSR, der DDR und der CSSR haben ihr Manöver „Sojus 81“ in Polen, das längst vorher hätte beendet sein müssen, erst am 7.4. beendet. Auch der Intervention in der CSSR 1968 ging ein solches Manöver ohne Ende voraus. Ebenfalls ist die überraschende Teilnahme Breschnews am Parteitag der tschechoslowakischen KP ein alarmierendes Zeichen. Zugleich werden die Angriffe nicht nur auf die Gewerkschaft „Solidarität“, sondern auch auf die PVAP immer unhüllter.

Wenn sich jedoch die Sowjetunion zur Intervention entschließt, vor der sie jetzt lange zurückgeschreckt ist, so hätte nicht zuletzt die Infiltration der westdeutschen Bourgeoisie, die mit der Verfechtung revanchistischer Ansprüche Hand in Hand geht und sich gleichzeitig mit der Vorbereitung der Mittelstreckenraketenrüstung über-schneidet, dies bedeutend erleichtert.

Zu Mechtersheimers Rüstungskritik

Mechtersheimer, Luftwaffenoberst a.D. und CSU-Mitglied, ist in der Illustrierten „Stern“ öffentlich und publikumswirksam gegen die Mittelstreckenraketenrüstung der BRD aufgetreten. Die Opposition gegen diese Rüstung erfaßt also zunehmend Kräfte, die durchaus nicht den imperialistischen Interessen der westdeutschen Monopolbourgeoisie kritisch gegenüberstehen – Mechtersheimer empfiehlt die Bildung eines imperialistischen EG-Blocks, der diese Interessen auch ohne die USA verfechten könnte –, sondern bezweifeln, daß die gegenwärtige Bündnispolitik und die daraus folgende Militärdoktrin den Interessen der westdeutschen Monopolbourgeoisie optimal dienen. Mechtersheimer im „Stern“ Nr. 14, Seite 227: „Im Klartext: Mit Atomwaffen können wir keinen Krieg führen.“ Diese Kritik richtet sich nicht gegen Kriegsziele der westdeutschen Monopolbourgeoisie, nicht gegen das Kriegführen der Monopolbourgeoisie, sondern gegen das Kriegführen mit Atomwaffen. Wieso tritt dieser Standpunkt jetzt in der öffentlichen Diskussion auf, die Entwicklung der Atomwaffen liegt doch bald drei Jahrzehnte schon zurück?

Bereits im zweiten Weltkrieg ermöglichte die Entwicklung von Luftwaffe und Bombentechnik frontüberschreitende Gewaltaktionen großen Stils. Die Begrenzung von Reichweite und Treffergenauigkeit sowie die mit der Entwicklung der Radartechnik zunehmend hohen Einsatzrisiken setzten dieser Art der Kampfführung jedoch Grenzen. Die Entwicklung unbemannter Raketen durch die Hitlerfaschisten lieferte den einen Beitrag zur Behebung dieses Problems imperialistischer Verbrecher, den anderen die USA mit der Entwicklung der Atomwaffen. Die maßlose Dimensionierung des Sprengmittels ließ die Ungenauigkeit der Waffenführung verblassen. Die Waffe wirkte gerade durch den allgemeinen Terror, der vorliegt, wo jeder zu jeder Zeit getroffen werden kann. Abwehrtechniken gegen diese Art des Angriffs konnten in der ganzen langen Zeit nicht gefunden werden. Sie hätten – wegen der unerhörten Wirksamkeit der Bomben – 100% wirksam sein müssen, und das ist eine technische Unmöglichkeit.

Auf diesem Punkte der Entwicklung wäre ein Einfrieren dieser Art von Vernichtungstechnik denkbar gewesen, ja sogar wahrscheinlich. Immerhin wurden die damals bereits sehr weit entwickelten chemischen und biologischen Waffen während des ganzen zweiten Weltkrieges nicht eingesetzt, wegen der Ungewißheit der letztlich erzielten Gesamtwirkung, die bis zur Vernichtung der kämpfenden Parteien reichen kann. Solange den Atomwaffen diese Art von Unbestimmtheit anhing, war ihr Einsatz unwahrscheinlich. Die Doktrin vom „Gleichgewicht des Schreckens“, auf der die konventionelle Rüstung z.B. der Bundeswehr aufgebaut war, kalkulierte folgerichtig mit konventioneller Kriegsführung.

Die Mittelstreckenraketen-technik verbindet nun hohe Zielgenauigkeit mit zielgerichtet dimensionierter Sprengwirkung. Das hat Folgen. Mechtersheimer enthüllt im „Stern“ ganz nebenbei, Schmidt habe eine Stationierung dieser Waffen zur See erreichen wollen, habe sich aber auf die Stationierung zu Lande einlassen müssen. Hieraus läßt sich eine widerwärtige Spekulation erschließen:

Im Falle eines Landkrieges in Zentraleuropa könnte die UdSSR durch Raketeneinsatz den Nachschub aus den USA unterbinden. Zivile Bevölkerung wäre nicht betroffen. Hinsichtlich der radioaktiven Verseuchung ließe sich nachweisen, daß diese kaum höher käme, als bei der „friedlichen“ Erprobung bereits erlitten. Allerdings würde die UdSSR diese Mittel nur einsetzen in Verbindung mit Angriffen auf die Gegenschlagkapazität der NATO. Wäre diese ebenfalls zur See stationiert, entstünde für die NATO ein Problem mit dem Gegenschlag. Die UdSSR ist nämlich kaum zu treffen ohne Angriff auf Zivilbevölkerung. Aus dieser eigentümlichen Konstellation ergäbe sich für die UdSSR eine verhältnismäßig einfache Begründung des Einsatzes, für die NATO aber kaum eine solche. Hieraus folgt für die NATO-Strategen, die Mittelstreckenraketen so unterzubringen, daß ein Angriff auf deren Stellungen Zivilbevölkerung kostet. Schmidt hat's auch gleich eingesehen. Die Bevölkerung der BRD wie anderer europäischer Länder steht so als Geisel ungestörten US-Nachschubs auf den europäischen Kriegsschauplatz.

Eine solche Konstellation kann auch Monopolbourgeoisie, die an der hiesigen Bevölkerung nichts interessiert als die Rendite, schrecken. Sehr große Kreise wird dieser Widerstand aber nicht ziehen. Bereits jetzt sind verfeinerte Atomwaffen in Erörterung, die bis in den Bereich der Kampfaufgaben eines Bataillons einsetzbar würden. Diese wären für die „Vorneverteidigung“ der BRD schlechthin ideal, und wer die „Vorneverteidigung“ der westdeutschen Monopolbourgeoisie will, wird auch diese wollen.

Fette Geschäfte mit der SU

Profit ziehen die westdeutschen Imperialisten aus der Verschärfung der Spannungen zwischen den beiden Supermächten. Im Jahr 1980 fiel der sowjetisch-amerikanische Handel fast auf die Hälfte wegen des vom US-Präsidenten verhängten Getreide- und Technologieexportembargos. Dem mochten sich die westdeutschen Imperialisten damals trotz Aufforderung nicht anschließen. Folge: Der Handel zwischen der BRD und der Sowjetunion, der in den Jahren seit 1974 stagniert hatte, stieg innerhalb eines Jahres um ein Drittel auf ca. 18 Mrd. DM. Dies kommt einer regelrechten Explosion gleich angesichts der Tatsache, daß die BRD sowieso das größte Handelsvolumen unter allen westlichen Staaten mit der SU hat. Der Anteil der SU am westdeutschen Außenhandel dürfte sich damit 1980 in die Nähe von 3% verschoben haben. An den internationalen Devisenbörsen wird diese rege Tätigkeit des westdeutschen Kapitals nicht uneingeschränkt honoriert. Während der US-Dollar im Gefolge der „Polenkrise“ stieg, wurde die Deutsche Mark wie einige andere westeuropäische Währungen durch diese Entwicklung gedrückt.

Weltkongreß des IMB im Mai 1981

Der 25. Weltkongreß des Internationalen Metallgewerkschaftsbundes findet vom 24. bis 29. Mai 1981 in Washington, USA, statt. Der Bund vertritt rund 14 Millionen Metallarbeiter aus nicht dem RGW angehörigen Ländern, er besteht seit 88 Jahren. In dem vorliegenden Bericht weist der IMB darauf hin, daß „trübere Aussichten für den Weltfrieden als je zuvor“ bestehen.

Demonstration gegen NATO-Sitzung

Zu einer Demonstration gegen die Tagung der Nuklearen Planungsgruppe rief das Komitee für Frieden und Abrüstung für den 4. April nach Bonn auf. Nach Angaben des Veranstalters beteiligten sich 25000 Demonstranten. Bereits im November wurden durch die Verabschiedung des Krefelder Ap-

pells die politischen Ziele der Demonstration festgelegt: „Gegen die atomare Bedrohung — Nein zu Atomraketen und Neutronenbomben!“ Parallel zur Demonstration in Bonn führte das Komitee kleinere Demonstrationen in Eckernförde, Bottrop, Frankfurt, Mainz, Stuttgart und Nürnberg durch. Zu Ostern und im Mai sind zahlreiche örtliche Aktionen gegen den Mittelstreckenraketenbeschluß der NATO angekündigt.

IG Druck gewinnt TIMES-Prozeß

Die Offenbacher TER-Kapitalisten konnten ihre Schadensersatzforderung über 58200 DM wegen Verhinderung von Druck und Auslieferung der TIMES beim Arbeitsgericht Offenbach nicht durchsetzen. In ihrem Urteil wirft die Richterin Schenk den TIMES-Kapitalisten Feigheit vor dem Feind vor: Die hätten trotz des Schutzes durch zwei Hundertschaften Polizei auf die Auslieferung verzichtet, so daß keine „konkrete“ Hinderung durch die IG Druck feststellbar sei.

Hausbesetzer sind eine kriminelle Vereinigung

1975 stellte der Bundesgerichtshof fest: „Bei den Hausbesetzern handelt es sich um eine kriminelle Vereinigung ... verfolgten alle Teilnehmer der Aktion mindestens den gemeinsamen Zweck, das Haus in ihre Gewalt zu bringen ... auch ein lockerer Zusammenschluß kann den Tatbestand erfüllen ... die Besetzer waren fest entschlossen, sich im unrechtmäßigen Besitz des Hauses zu erhalten.“ War für den BGH noch entscheidend, daß die Hausbesetzer „umfangreiche, bis zur Gefährdung fremden Lebens gehende Vorkehrungen getroffen hatten, einem Eingriff der Polizei gewaltsam zu begegnen ... u.a. Katapulte mit Stahlkugeln“, soll es nach Lothar Späth hierauf nicht mehr ankommen. Die Polizei fand bei Räumung des Schwarzwaldhofes nichts in dieser Richtung Brauchbares, deshalb lastet die Staatsanwaltschaft den Besetzern eine „Häufung von Brandanschlägen u.a. in den letzten elf Monaten“ an, ohne auch nur in einem einzigen Fall einen Tatnachweis gegen einen Schwarz-



2,4 Mio. t albanisches Gold, die gesamten Vorkriegsgoldreserven des Landes, liegen seit 1945 in London. Die italienischen Faschisten hatten das Gold nach ihrem Überfall auf Albanien 1938 nach Rom, die Nazis 1943 weiter nach Berlin verschleppt. Albanien weigert sich, die 1946 abgebrochenen diplomatischen Beziehungen mit Großbritannien wiederaufzunehmen, wenn das Gold nicht zurückgegeben wird. Diese konsequente Haltung hat jetzt einen ersten Erfolg gebracht: Eine Allparteiengruppe britischer Abgeordneter tritt für die Rückgabe des Goldes ein. — Weil die westdeutschen Imperialisten für die von der Reichsbourgeoisie angerichteten Verwüstungen in Albanien (Bild: Partisanendenkmal) keine Reparationen zahlen wollen, erkennt das sozialistische Land die BRD bisher nicht an.

waldhofbewohner führen zu können. Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren kann das Mitglied einer kriminellen Vereinigung erhalten, ohne daß ihm auch nur eine einzige konkrete Straftat nachgewiesen werden muß: Es findet eine „Vorverlagerung des Strafschutzes“ (BGH) statt. Die Zuständigkeit ist den Gerichten am Ort entzogen, eine besondere Staatsschutzkammer ist jeweils für das Gebiet eines Oberlandesgerichtes zuständig. Die Folgen: Die beiden in Freiburg verhafteten ehemaligen Bewohner des Schwarzwaldhofes wurden in das Karlsruher Gefängnis transportiert, für die Fortdauer der Untersuchungshaft sind Staatsanwalt und Haftrichter in Karlsruhe zuständig.

Sehqualität verschlechtert

Die Zahl der Brillenträger in der BRD ist in den letzten Jahren um 800000 auf rund 52% der Gesamtbevölkerung gewachsen. Der Anteil für Sehhilfen beträgt 1,6% der Gesamtausgaben der Krankenkassen. Der Durchschnittspreis für die Kassenvertragsbrille liegt bei 92 DM; jeder dritte Brillenträger benutzt diese. Die übrigen wenden für Spezialgläser oder -fassungen im Durchschnitt 127 DM mehr auf, die sie zum Kassensbetrag hinzuzahlen müssen. Der Umsatz der 5225 Augenoptikerbetriebe betrug 1980 insgesamt rund 2,63 Mrd. DM (1979: 2,47 Mrd. DM).

Ausländergesetz in der Schweiz

Die Schweizer Regierung wertet die Niederlage der „Miteinand-Initiative“ in einer Volksabstimmung für sozial- und arbeitsrechtliche Gleichstellung der Ausländer als Votum für das geplante Ausländergesetz, das keine Gleichberechtigung, sondern einen „optimalen Rechtsstatus“ enthält.

BRD-Umtriebe in Belgien

Am 31.3. ist die belgische Regierung Martens über den Versuch gestürzt, die sog. Lohnindexierung abzuschaffen. Erst wenige Wochen zuvor hatten die Gewerkschaften das Lohnstoppgesetz weitgehend zurückgeschlagen. Dies aber hatte vor allem die EG-„Partner“ nicht zur Ruhe kommen lassen. Der belgische Franc geriet unter großen Druck, rutschte im Februar unter die innerhalb des Europäischen Währungssystems festgelegte Interventionsschwelle, die Nationalbank mußte mehrfach auf den internationalen Devisenmärkten intervenieren, und die belgischen Devisen schmolzen dahin. In dieser Lage verlangten die ausländischen Zentralbanken von der Regierung ein neuerliches Lohnstoppprogramm. — Seit dem EWS haben sich die belgischen Staatsschulden in fremder Währung mehr als verzehnfacht, Hauptgläubiger ist die BRD, deren Ruf nach Beendigung der „italienischen Verhältnisse“ seit langem am lautesten tönt.

Lohnbewegung

Gesucht: Eine Taktik, die den Kapitalisten Beine macht

Bis jetzt halten die Kapitalisten ihr 4,1%-Angebot. Mit Angeboten in Bezug auf besondere Anhebung der niedrigsten Löhne und Gehälter halten sie sich immer mehr zurück. Die Kapitalisten spekulieren, auch noch den April zu den alten Löhnen und Gehältern arbeiten lassen zu können. Dies würde ihnen, nach allem, was im Lohnkampf normal ist, einen noch niedrigeren Abschluß ermöglichen. Wenn nämlich die Löhne und Gehälter den dritten Monat nicht erhöht sind, werden die Haushalte mit Einschränkungen reagieren. Der Lebensstandard wird über einen sol-

mehr zu erzielen, so wird für viele Metallarbeiter der 1. Mai nicht bezahlt werden.

Die Taktik der „neuen Beweglichkeit“ hat entschieden ihre Grenzen. Gegen die Kapitalisten bot sie bislang nicht ausreichend Mittel, sie von der Taktik der alten Sturheit abzubringen. Man sollte sich auch ruhig einmal erinnern, wie diese Taktik erdacht wurde. 1979 im Frühjahr führte die IG Metall eine Klausurtagung in Braunlage durch. Auf dieser Klausurtagung wurden zwei Gedanken gefaßt. Nämlich,

Jetzt, wo sich die Grenzen dieser Taktik zeigen, wäre gefährlich, das Kind mit dem Bade auszuschütten und diese Taktik zu verwerfen, weil sie „nichts gebracht“ habe. Das wäre fatal, denn ganz sicher ist, daß diese Kampfmethode, deren Ergebnisse hauptsächlich propagandistischer Art sind, in den kommenden Auseinandersetzungen um die Arbeitsgesetzgebung und um Manteltariff Fragen ihren Sinn hat, wenn auch in Fragen, wo die Kapitalistenklasse durch Meinungsbildung nicht mehr zu beeindrucken ist, diese Taktik versagen muß. Zu wünschen wäre, daß die IG Metall dem elend hingezogenen Verhandlungsspiel ein Ende macht, und zwar indem sie einen Termin für eine Urabstimmung setzt. Zu wünschen wäre, daß ein solcher Termin bundeseinheitlich gesetzt würde. Von Anfang an wäre besser gewesen, die Warnstreiks, für die man den aufgedonnerten Namen „neue Beweglichkeit“ lieber begraben sollte, im Zusammenhang mit einer Terminsetzung durchzuführen. Immerhin hat die bisherige Verzögerung auch einen Vorteil: Bayern, das seit Jahren einen Monat nachhinkt, könnte direkt mit einbezogen werden.

Seit vielen Wochen mehren sich die Stimmen, die den Übergang zu klassischen Arbeitskämpfungsmethoden verlangen. Inzwischen mehren sich auch die Kritik an der „neuen Beweglichkeit“. Warnstreiks sind aber eine gute Sache, sie können sogar ausreichend sein, wenn den Kapitalisten damit die nächsten Schritte glaubhaft gemacht werden können. Ein bundesweiter Urabstimmungstermin könnte eine ausreichende Wirkung haben. Vor allem würde aber ein solcher Termin der IG Metall im Streikfalle wirkliche Beweglichkeit ermöglichen, vor Jahren im öffentlichen Dienst gab es eine solche bundesweite Urabstimmung, und nach wenigen Tagen war das Geld da.



Gemeinsam sind wir stark: Angestellte (hier in Salzgitter)...



Ausländer (links in Hamburg) und Frauen (hier in Gladbeck) gehören dazu



... und Arbeiter

chen Zeitraum bereits fühlbar sinken. Die Basis aber, auf der Lohnforderungen ruhen, ist der tatsächliche Lebensstandard. Sinkt der Lebensstandard, so sinkt die Forderung mit, nicht viel wahrscheinlich, aber einige Zehntelprozent dann doch. Der Vorteil verschleppter Lohn- und Gehaltsverhandlungen ist also ganz bei den Kapitalisten, die sowohl einen zinslosen Kredit genießen, als auch mit einer eher sinkenden Abschlußmarge rechnen können. Dieser sowieso schon ärgerliche Sachverhalt wird für die IG Metall noch weiter verbittert durch Kalendenumstände. Geht die IG Metall zu Streikaktionen rasch über, könnten die Kapitalisten sich weithin um die Bezahlung der Osterfeiertage drücken. Wartet die IG Metall bis nach Ostern und ist dann für den April kein Abschluß

daß man in Zukunft sog. „qualitative Forderungen“ ins Zentrum des gewerkschaftlichen Kampfes stellen müsse und nicht mehr die Lohnfrage, und daß man um diese Ziele mit einer neuen Taktik kämpfen müsse. Damals hieß das „Schwerpunktaktik“ oder auch „Guerillataktik“. Nicht ganz klar war, was unter dieser Taktik zu verstehen sei, klar war, daß sie ein Streikkassenschoner sein sollte. Bereits im Gange der Vorbereitung der Lohnbewegung 1980, die früh einsetzte, mußte das erste der Braunlager Ergebnisse verworfen werden. Der Lohnkampf blieb nach wie vor im Zentrum der Probleme der IG Metall. Loderer verwarf die Braunlager Klausureinfälle in diesem Punkte öffentlich. Übriggeblieben ist der schlaue Streikkassenschoner „neue Beweglichkeit“.

Verteidigungsausgaben Steigender Anteil am Gesamthaushalt

Die Kritikkampagne der CDU/CSU in Zusammenarbeit mit dem liberalen „Spiegel“ in der Tornado-Affäre hat jetzt ein Resultat. Verteidigungsminister Apel erklärte nach einer Klausurtagung mit Rüstungsfachleuten, daß eine Mehrbelastung von 2,3 Mrd. DM für die Verteidigung entstanden sei. Der Betrag sei durch unvorhergesehene Preissteigerungen verursacht. Die Finanzierung von 1 Mrd. DM soll die Bundesregierung bereitstellen, das Verteidigungsministerium soll die restlichen 1,3 Mrd. DM durch Einsparun-

gen im Verteidigungshaushalt aufbringen. Die US-Regierung fordert für ihre Soldaten eine Modernisierung der Wohnungen und den Bau neuer Kasernen. Mit 11 Mrd. DM Kosten rechnet das Finanzministerium.

Die gesamten Verteidigungsausgaben sind 1970 bis 1978 um 25% gestiegen (inflationsbereinigt). Der Verteidigungshaushalt ist nur ein Posten der gesamten Verteidigungsausgaben, neben Ausgaben für: Verteidigungs- und Ausrüstungshilfe; Stationierungsstreitkräfte; NATO-Zivilhaushalt; Militär-ruhegelder; Wehrbeauftragter; Bundesgrenzschutz; Berlinausgaben. Der Anteil des Verteidigungshaushaltes am gesamten Bundeshaushalt fiel von 1970 bis 1978 von 22,1% auf 18,7%. In den letzten drei Jahren ist dieser Anteil unverändert geblieben.

Die Absicht, den Verteidigungshaushalt auf 16,4% zu senken, wie es Bundeskanzler Schmidt einmal verkündete, ist damit verworfen. Durch den Nachrüstungsbeschluß der NATO und die Erhöhung der Ausgaben für den Bundesgrenzschutz und den Zivilschutz um 9,6% werden die Gesamtverteidigungsausgaben erheblich steigen. „1981 wird der Verteidigungshaushalt erneut deutlich stärker wachsen als die Gesamtausgaben des Bundeshaushalts“, erklärte Apel.

Da das Steueraufkommen des Bundes gegenüber Land und Kommunen erheblich steigt, verbirgt sich hier eine Erhöhung des Verteidigungshaushaltes bezogen auf den öffentlichen Gesamthaushalt. Die Zuwachsraten der Steuereinnahmen betragen beim Bund in diesem Jahr 3,5%, bei den Ländern 2,3%. Die Gemeinden werden einen Verlust von 1,5% aufweisen.

Apel bereitet eine weitere Veränderung des Verteidigungshaushaltes vor, mit dem Ziel, die militärische Schlagkraft zu erhöhen. Mit der Heeresstruktur 4 werden zusätzlich sechs Heimatschutzbrigaden sowie 15 vollmotorisierte Heimatschutzregimenter als Geräteeinheiten geschaffen. Diese Reservistenkonzeption ermöglicht das Anwachsen des stehenden Heeres von 495000 Bundeswehrsoldaten auf eine schlagkräftige Armee von 1,2 Millionen Mann.

Diese kostengünstige Konzeption reicht Apel nicht: „Wir werden wahrscheinlich nicht um eine Verlängerung des Grundwehrdienstes herumkommen. Es ist auch nicht auszuschließen, daß wir eine Reihe von Laufbahnen in den Streitkräften für den freiwilligen Dienst von Frauen öffnen werden“, erklärte Apel auf der 18. Wehrkundebegegnung in München. Erhebliche Einsparungen bei den Personalausgaben sind Apels nächstes Ziel.

Renten

Biedenkopfplan zur Vernichtung der Sozialversicherungen

Von DIHT-Chef Amerongen inspiriert, von der US-Stiftung „German Marshall Fund of the United States“ subventioniert und von der CDU propagiert hat das „Institut für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik“ einen Plan ausgebraten, wie die Lohnabhängigen in der BRD bis zum Jahr 2000 um den (noch) bestehenden Versicherungsschutz für Invalidität und Alter gebracht werden können. Das Konzept ist abgestimmt auf die Erörterung und Durchsetzung des 22. Renten Anpassungsgesetzes, für das die Bundesregierung eben den Entwurf veröffentlicht hat.

Zielpunkt des von Biedenkopf geleiteten Instituts ist die vollständige Beseitigung der Lohnbezogenheit der Renten: Die Renten der Arbeiter- und Angestelltenversicherungen sollen durch eine „staatliche Grundversorgung“ und eine „staatlich organisierte Leistungsrente“ ersetzt werden.

„Die Höhe der Grundversorgung entspräche den geltenden Sozialhilfe-

sätzen ... Der Gesamtbetrag von 600 DM (monatl., d.Red.) ermöglicht zur Zeit ein menschenwürdiges Dasein“, erklärt das CDU-Institut. Rund 3,3 Mio. der gut 8 Mio. Versichertenrenten der Arbeiter- und Angestelltenversicherung liegen Anfang 1981 unterhalb eines Zahlbetrags von 600 DM. Um dieses Elend – aufgestockt auf 600 DM – als Menschenwürde zu verkaufen, soll an die Stelle von Sozialhilfe und ähnlichen Leistungen einschließlich der unter 600 DM liegenden Sozialrenten in Zukunft die „Grundversorgung“ treten: für alle, die 25 Jahre steuerpflichtig waren, und sofern es gelingt, die Sozialversicherungen um etwa ein Viertel ihrer Beitragseinnahmen zugunsten von Steuermehreinnahmen zu erleichtern. Nebenbei erklärt das Biedenkopf-Institut, die „gegenwärtige Privilegierung der Frauen, schon ab 60 Jahren ein sog. vorgezogenes Altersruhegeld zu beziehen“, sei „nicht mehr einsichtig“. Anpassung ist vorgesehen nach dem Wachstum des Sozialprodukts – also wohl auch negativ



Rentenniveausicherung: Ehrenberg berichtet ...

Rentenbericht v. 21.03.80 zur Rentenniveausicherung (§ 1272 RVO):

„Da ... das Rentenniveau von 50 v. H. nur 1981 geringfügig unterschritten wird, ist eine Stellungnahme zu dieser Frage entbehrlich.“

Entwurf der Bundesregierung v. 1.04.81 zur Renten Anpassung 1982:

„25. In § 1272 Abs. 2 Satz 2 werden nach dem Wort 'Altersruhegeld' die Worte 'einschließlich des Zuschusses für die Krankenversicherung der Rentner (§ 1304 e)' eingefügt.“

Rentenbericht v. 31.03.81 zur Rentenniveausicherung (§ 1272 RVO):

„Nach der Rentenniveausicherungsklausel soll ein bestimmtes Rentenniveau erhalten bleiben. Nach § 1272 Abs. 2 RVO ... in der Fassung des Entwurfs des Renten Anpassungsgesetzes 1982 soll ein Altersruhegeld, dem 40 anrechnungsfähige Versicherungsjahre und eine für den Versicherten maßgebliche Rentenbemessungsgrundlage von 100 v. H. zugrunde liegen, im Anpassungsjahr unter Berücksichtigung des Beitrags-

zuschusses für die Krankenversicherung der Rentner 50 v. H. des zwei Jahre zurückliegenden Bruttodurchschnittsentgelts der Versicherten nicht unterschreiten. Bei einer Unterschreitung des gesetzlich bestimmten Rentenniveaus in zwei aufeinanderfolgenden Jahren hat die Bundesregierung zu der Frage Stellung zu nehmen, ob über die Anpassung hinaus besondere Maßnahmen zur Sicherung des Rentenniveaus geboten sind. Da dieses ... nicht eintritt, ist eine Stellungnahme zu dieser Frage entbehrlich.“

| Zeitpunkt | Bezugslohn | Modellrente | Rentenniveau |
|-----------|------------|-------------|--------------|
| 1.7.76 | 1698 | 917 | 54,0% |
| 1.7.77 | 1817 | 1008 | 55,5% |
| 1.7.78 | 1945 | 1008 | 51,8% |
| 1.1.79 | 2079 | 1053 | 50,7% |
| 1.1.80 | 2187 | 1096 | 50,1% |
| 1.1.81 | 2307 | 1140 | 49,4% |
| 1.1.82 | 2462 | 1206 | 49,0% |

einschl. Krankenversicherungszuschuß nach Gesetzentwurf 82:

| | | | |
|--------|------|------|-------|
| 1.1.82 | 2462 | 1348 | 54,8% |
|--------|------|------|-------|

Bezugslohn: Brutto-Durchschnittslohn 2 Jahre zuvor in DM monatlich in DM
Modellrente: Rente nach 40 Versicherungsjahren zum Durchschnittslohn
Rentenniveau: Verhältnis der Modellrente zum Bezugslohn (§ 1272 RVO, s. Politische Berichte 4/81, S. 8)

Die „staatlich organisierte Leistungsrente“ vereinigt erst recht alle Kapitalistenwünsche innig: „Die Versicherungsbeiträge sollten ausschließlich von den Versicherungsnehmern gezahlt werden. Arbeitnehmer sollten dafür einen Einkommensausgleich in Höhe der Einsparungen der Arbeitgeber erhalten.“ Und da bei der beabsichtigten verstärkten Steuerplünderung „Probleme der Bruttolohnanpassung“ sicher sind, „sollten sowohl die Versicherungsbeiträge als auch die Rentenanpassungen an der Entwicklung der Nettoeinkommen orientiert werden.“ Die „Leistungsrenten“ schließlich sollten Höhe und Anzahl der individuellen Beiträge berücksichtigen und im umgekehrten Verhältnis stehen zu der im Zeitpunkt des Rentenanspruchs verbleibenden Lebenserwartung: „Bei der vorgeschlagenen Rentenformel würde es mehr kleinere und mehr größere, also leistungsgerechtere Renten als nach der gegenwärtigen Formel geben. Nivellierungen würden im Bereich der Leistungsrente weitestgehend beseitigt.“ So stellt sich das Biedenkopf-Institut einen „Generationenkompromiß“ vor, nachdem „zugleich das Niveau der staatlich organisierten Altersversorgung um 50 v.H. weniger wachsen würde, als das nach der heutigen Formel der Fall wäre“.

Fein heraus sind dabei die Kapitalisten: An der falschen Adresse wären die Gewerkschaftsvertreter, die von ihnen etwa auf dem Weg ins Jahr 2000 noch die Haftung für Invalidität und Altersschutz der von ihnen verbrauchten Arbeitskraft verlangen. Da müssen sie sich schon an die „Steuerpflichtigen“ und „die Aktiven“ wenden, an ihre eigene Adresse also. Außerdem bekommen die Kapitalisten samt ihren zu früher Erwerbsunfähigkeit, aber langem Leben neigenden Gattinnen noch die „Grundversorgung“ nachgeworfen und können sich überlegen, durch wieviel Kinder ihre Gattinnen je zwei Jahre Anwartschaft auf Leistungsrente erwerben, ohne je einmal im Leben gearbeitet zu haben.

In der Regierungserklärung hat Schmidt die „gleichgewichtige Entwicklung“ von Renten und Nettolöhnen nach 84 bereits zum Ziel erklärt. Im Regierungsentwurf für das „Rentenanpassungsgesetz 82“ werden die Krankenversicherungskosten in Höhe von 11,8% der Renten als „Zuschuß“ auf die Renten geschlagen. Die Krankenversicherungen ziehen sodann wieder 11,8% von der Rente *plus* 5,8% von weiteren Einkünften ab. Nach 1984 werden sie noch einmal abgezogen: durch Anrechnung zunächst bis zur Hälfte auf die Rentenerhöhung. Prompte Regierungsantwort auf das „Plädoyer für die Weiterentwicklung des Rentensystems“ durch die CDU.

Isolationshaft Politische Unterstützung wird dringlich

1977 kamen der Generalbundesanwalt Buback, der Bankier Ponto und der Präsident der Arbeitgeberverbände Schleyer um. In den Fällen Buback und Ponto sind wahrscheinlich Entführungsversuche mißlungen. Im Fall Schleyer weigerte sich die Regierung, in einen Austausch gegen politische Gefangene einzuwilligen. Schleyer wurde daraufhin erschossen. Die Bourgeoisie stellte sich durchwagt von Entrüstung dar. Gerichtlich verfolgt wurden Leute, die nicht imstande waren, die offiziell geforderte Bestürzung, Empörung, Erschütterung usw. darzustellen, sondern den Grund für diese Aktionen in den Methoden fanden, die seitens der Staatsmacht zur Dingfestschaffung, Aburteilung und bei der Inhaftierung von Leuten angewendet wurden, die zum bewaffneten Kampf gegen die Unterdrückung durch den bürgerlichen Staat übergegangen waren.

Über zwanzig solcher politischen Gefangenen befinden sich gegenwärtig im Hungerstreik. Ihre Forderungen sind minimaler Art. Sie verlangen die Aufhebung der Isolationshaft, einige in Form der Forderung nach Gleichstellung aller Gefangenen, andere in Form der Forderung nach Bildung von Sonderlagern, die nach den Grundsätzen der Genfer Konvention für die Behandlung von Kriegsgefangenen eingerichtet sein sollen. Die Forderungen, soweit sie uns bekannt sind, lauten:

„Anwendung der Mindestgarantien der Genfer Konvention auf die Gefangenen aus der RAF und anderen anti-imperialistischen Widerstandsgruppen, d.h.

– Zusammenlegung dieser Gefangenen unter Bedingungen, die Interaktion möglich machen, was die lückenlose elektronische, d.h. akustische und optische Erfassung der Kommunikation in schall-, licht- und luftkonditionierten Räumen ausschließt; Kontrolle durch die „Internationale Kommission zum Schutz der Gefangenen und gegen die Isolation“.

– Freilassung von Günter Sonnenberg, weil seine physische Wiederherstellung wegen seiner Kopfverletzung unter Bedingungen der Gefangenschaft ausgeschlossen ist.

– Freilassung von Verena Becker, weil sie nur außerhalb des Gefängnisses behandelt und gesund werden kann.“ und

„– Die Hochsicherheitstrakts und alle Arten von Sonderbehandlung müssen abgeschafft werden, d.h. Gleichstellung aller Gefangenen.

– Umschluß, mehr Hofgang und wöchentlicher Besuch für alle; gegen Arbeitszwang und Entlohnung zu Pfenigbeträgen.

– Gegen Sicherheitsverwahrung, Bewährungsaufgaben und Führungsaufsicht, gegen ärztliche Nichtversorgung und fehlende freie Arztwahl, keine Zerschlagung bestehender Gruppen.

– Einmal wöchentlich Besuch für ausländische Gefangene – wenn notwendig mit Dolmetscher.“

Einige Hungerstreikende befinden sich in akuter Lebensgefahr. Die BRD und Westberlin, im Geltungsbereich der freiheitlich demokratischen Grundordnung gelegen, drohen zu einer Weltgegend zu werden, in der Menschen sterben müssen, weil man ihnen die einfachsten Möglichkeiten der menschlichen Äußerung entzieht. Die Ereignisse des Jahres 1977 haben gezeigt, daß mit spektakulären Gewaltaktionen die Grausamkeit der Bourgeoisie nicht zu brechen ist. Die Ereignisse der nachfolgenden Jahre, in denen solche Gewaltaktionen nicht stattfanden, wohl aber die Isolationshaft weiterbestand, haben gezeigt, daß diese Grausamkeit keiner besonderen Anlässe bedarf. Die Verfolgung von Leuten, die nichts taten, als sich gegen die Kampfmethoden der Bourgeoisie auszusprechen (obwohl diese gesetzlich sind oder bei Bedarf gesetzlich gemacht werden können), hat gezeigt, daß die Bourgeoisie sich das Recht erhalten will, politische Gegner zuerst in ihrer Persönlichkeit und dann auch als Person zu vernichten. Hiergegen aufzutreten ist eine Sache nicht bloß der politischen Vernunft, sondern auch der Ehre der unterdrückten Klassen.

Hochschulen Mittelkürzungen im Hochschulbau

Ende November 1980 beschloß die Bundesregierung, ihre Ausgaben für den Hochschulbau um 20% zu kürzen. Über das Hochschulbauförderungsgesetz (1969) sind Bund und Länder verpflichtet, Hochschulbauten je zur Hälfte zu finanzieren.

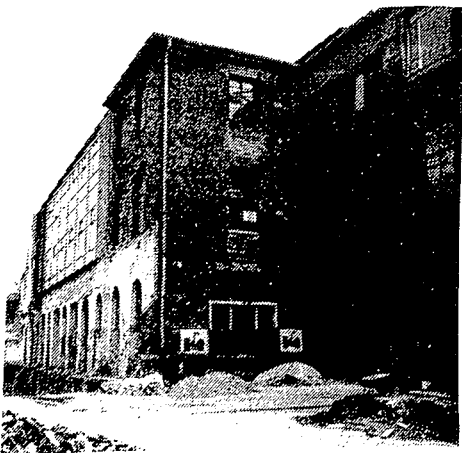
In Niedersachsen werden auf Grund der Mittelkürzungen der Bundesregierung Bauvorhaben in Höhe von ca. 40 Mio. DM gestrichen (Pressemitteilung des Ministers für Wissenschaft und Kunst, 27.2.81). Einige CDU-regierte Bundesländer erwägen jetzt Verfassungsklage gegen die Kürzungen des Bundes. Doch das kann ihre eigene Politik nicht verdecken: Schon im August 80 kündigte die niedersächsische Landesregierung eine Kürzung der Planzielzahl für 1985 von 85000 flächenbezogenen Studienplätzen auf 81000 an. Die Zahl der flächenbezogenen Stu-

dienplätze ergibt sich aus der Division der Hauptnutzungsflächen durch den Flächenrichtwert; dieser beträgt für Geisteswissenschaften 4,5m² pro Student, für Naturwissenschaften 15 und für Ingenieur-Wissenschaften 18.

Im Wintersemester 78/79 studierten in Niedersachsen 82975 Studenten auf 70407 Studienplätzen. Die Überlastquote betrug also 118% und soll sich nach den Planungen der Landesregierung auf über 140% in den Jahren 1985/86 steigern. Die Begründung der Landesregierung: bis 1986 sei zwar mit einem Zuwachs der Studentenzahlen auf 110000 bis 120000 zu rechnen, sie sollen aber bis 1995 auf ca. 80000 absinken, weshalb für die nächsten Jahre eine Ausbauzielzahl von ca. 81000 Studienplätzen als ausreichend angesehen wird.

Bis 1986 müssen dann also sieben Studenten auf fünf Studienplätzen studieren. Zur Zeit sind die Geistes- und Sozialwissenschaften am stärksten überlastet: Technische Universität Braunschweig 139%, Universität Hannover 167%, Universität Oldenburg 152%, Fachhochschulen Hildesheim 166%. Überlastquoten von über 130% betreffen jetzt schon ein Drittel der niedersächsischen Studenten, bis 1985 soll dieser Zustand auf Grund der Kürzungen von Bund und Land für alle Studenten Niedersachsens Wirklichkeit werden.

Im Sommer steht die Verabschiedung der 2. Novellierung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes an, wobei die Landesregierung mit dem 17a das Problem der Überlastung in der Weise lösen will, daß in Veranstaltungen mit begrenzter Teilnehmerzahl diejenigen den Vorrang haben, „die sich im höchsten Fachsemester befinden und nachweisen, daß sie ordnungsgemäß studiert haben oder eine Verzögerung ihres Studiums nicht zu vertreten haben“. Dagegen haben im Dezember 1980 über 5000 Studenten in Hannover demonstriert.



TU Braunschweig: Ca. 2300 m² guter Bausubstanz sind bereits vernichtet, 1500 m² folgen. Der geplante Neubau wird wahrscheinlich nie gebaut.



30000 demonstrierten am 27.3. in Bonn

Bauern

Nicht „Wachsen oder Weichen“; Zusammenschluß oder Untergang!

Die Landwirtschaftsminister haben entschieden: Die EG-Agrarpreise werden um 9,6% erhöht. Für die westdeutschen Bauern bedeutet dies eine Preisanhebung von höchstens 4,8%, die wiederum kaum auf die tatsächlichen Erzeugerpreise durchschlagen wird. Kaltblütig also haben Ertl & Co. das Todesurteil für zahllose Bauernexistenzen unterschrieben. Denn mit ihrem Beschluß steht fest, daß die letztjährigen Einkommensverluste sich in diesem Jahr nicht nur fortsetzen, sondern beschleunigen.

Die großen Demonstrationen, vom Deutschen Bauernverband organisiert, deuten an, daß sich die Bauernmassen ihrem Schicksal nicht kampflos ergeben. Aber sie werfen auch die Frage auf: Welchen Weg müssen die Bauern einschlagen, um auch nur allerelementarste Forderungen durchzusetzen? Der Weg, den die politische Führung im DBV weist, ist der Weg des „Wachsen oder Weichen“. Auf der Kundgebung am 27.3. in Bonn beschwor Heereman: „Wir bejahen diesen Staat, seine demokratische Gesellschaftsordnung und seine soziale Marktwirtschaft.“ Die Konsequenzen mochte der Freiherr im Angesicht von 30000 verbitterten Bauern nicht ausführen. Dies tat u.a. ein gewisser Waldemar Fritz vom niedersächsischen „Landvolk“: „Nur eines kann weder der Deutsche Bauernverband noch die Regierung in Bonn aus der Welt schaffen ...: Das den Gesetzen des technischen Fortschritts unterworfenen Wirtschaftssystem, das fortlaufend Wohlstand schafft, leider aber zugleich Arbeits-

plätze vernichtet und vom Menschen fortwährend verlangt, daß er sich diesem Strukturwandel anzupassen hat.“ Und: „Den technischen Fortschritt kann niemand abschaffen wollen, der seine fünf Sinne beisammen hat. Das gleiche gilt für das System der freien Marktwirtschaft.“

Nun hat das „System der freien Marktwirtschaft“ in den 31 Jahren 850000 bäuerliche Existenzen „abgeschafft“, die 105000 Betriebe unter 1 ha gar nicht mitgerechnet. Weitere Zehn-, Hunderttausende kämpfen mit letztem Einsatz um ihre Existenz, die sie praktisch schon verloren haben. Wie können die DBV-Repräsentanten eine solche „Ordnung“ preisen, ohne einen Sturm der Entrüstung heraufzubeschwören?

Von 1949 bis 1980 ist die durchschnittliche Größe der Landwirtschaftsbetriebe von 8,06 auf 15,26 ha gestiegen. Dem „Weichen“ auf der einen entspricht das „Wachsen“ auf der anderen Seite. Dies weist auch die Tabelle über die Größenklassen der Betriebe und ihre Landwirtschaftsfläche aus. Sie zeigt jedoch nicht, wer auf wessen Kosten gewachsen ist.

Absolut gesunken ist, gegenüber 1949, die Zahl der Betriebe bis 20 ha. Doch wäre die Behauptung, daß all die Betriebe, die aus diesen Größenklassen verschwunden sind, von den großen geschluckt seien, sicher nicht zutreffend. Vieles spricht dafür, daß die unmittelbare Konkurrenz unter den kleinen Bauern – und geht es auch nur um ein paar Hektar Land – stärker, unbarmherziger sich austobt als zwi-

Zahl und Fläche der landwirtschaftlichen Betriebe nach Größenklassen 1949 und 1980

| Betriebsgrößen in ha (1) | Zahl d. Betr. in tds | Betriebe in % | Fl. d. Betr. in tds ha | Fläche in % | Ø Größe in ha |
|--------------------------|----------------------|---------------|------------------------|--------------|------------------|
| 1 - 2 | 305,7 102,9 | 18,6 12,9 | 442,1 144,6 | 3,3 1,2 | 1,45 1,41 |
| 2 - 5 | 553,1 154,9 | 33,6 19,4 | 1828,7 515,1 | 13,8 4,2 | 3,31 3,32 |
| 5 - 10 | 403,7 149,2 | 24,5 18,7 | 2860,1 1086,3 | 21,5 8,9 | 7,08 7,28 |
| 10 - 15 | 171,8 102,3 | 10,4 12,8 | 2092,1 1262,7 | 15,8 10,4 | 12,18 12,34 |
| 15 - 20 | 84,4 79,0 | 5,1 9,9 | 1451,1 1372,8 | 10,9 11,3 | 17,19 17,38 |
| 20 - 25 | 51,6 59,5 | 3,1 7,5 | 1180,3 1328,4 | 8,9 10,9 | 22,87 22,34 |
| 25 - 30 | 20,6 43,1 | 1,3 5,4 | 559,2 1179,1 | 4,2 9,7 | 27,48 27,34 |
| 30 - 50 | 40,3 75,3 | 2,4 9,4 | 1504,5 2835,3 | 11,3 23,3 | 37,38 37,66 |
| 50 - 100 | 12,8 26,9 | 0,8 3,4 | 817,3 1737,0 | 6,2 14,3 | 64,76 64,55 |
| 100 u.m. | 3,0 4,4 | 0,2 0,6 | 544,1 712,4 | 4,1 5,9 | 183,14 162,24 |

(1) normal: 1949; kursiv: 1980

schen den Großagrariern und den kleinen Bauern. Die Zahl der Betriebe mit über 20 ha, v.a. der mit 25-30 und 30-50 ha, ist absolut gestiegen. Das heißt, viele ehemals kleine Bauern konnten, durch Pacht oder Zukauf, ihr Land vergrößern. Da die Landwirtschaftsfläche insgesamt abgenommen hat, konnten sie dies in der Regel nur, wenn Land „frei“ wurde – durch den Ruin des noch ärmeren oder unglücklichen Dorfnachbarn.

Natürlich haben sich die Großagrariern und Landwirtschaftskapitalisten auch auf diese Weise bereichert, und zwar in ganz anderer Größenordnung; mancher hat inzwischen einen Grundbesitz von über 500 ha zusammengekauft. Doch spekuliert das Loblied vom „Wirtschaftssystem, das fortlaufend Wohlstand schafft“, gerade auf die Hoffnungen der kleineren Bauern, *seinen* Einzelbetrieb durch eigenes „Wachsen“ und fremdes „Weichen“ in die nächste Generation retten zu können. Solange solche Hoffnungen gedeihen, ist aber ein Zusammenschluß der Bauernmassen sehr schwer und werden sie leicht zur Manövriermasse für die Großagrariern und ihre politischen Freunde.

Allerdings, diesen Hoffnungen wird zusehends der Boden entzogen. Die Vernichtungswelle erfaßt in den letzten Jahren auch Betriebe mittlerer Größe. Dies hat verschiedene Gründe, nicht zuletzt die rasanten Steigerungen der Bodenpreise und auch der Pachten, die zwar die Bodenspekulation blühen lassen, den kleinen und mittleren Betrieben aber diesen Weg des „Wachsens“ immer mehr versperren; weiter die real sinkenden Erzeugerpreise bei gleichzeitiger Preisexplosion bei den landwirtschaftlichen Produktions- und Hilfsmitteln.

Da die Produktivität der Großbauern und Großagrariern nicht nur bedeutend höher ist, sondern auch bedeutend schneller wächst, sie also sinkende Erzeugerpreise durch Steigerung der Produktion ausgleichen können und auch ausgleichen, spüren die Klein- und Mittelbauern den Preisverfall umso härter. Wie wir bereits nachgewiesen haben (s. Pol. Ber. 4/81), sind ihre individuellen Produktionskosten aufgrund der niedrigen Produktivität ihrer Arbeit um vieles höher. Ein Grund für die niedrige Produktivität ist, daß sie weitgehend auf Boden von schlechterer Qualität zurückgedrängt sind. Ein zweiter Grund, daß sie sich die notwendige moderne Maschinerie nicht kaufen können. Ein dritter, daß sie die Maschinerie, die sie haben, nicht richtig ausnutzen können, und das ist teuer. Das „Kuratorium für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft“ hatte für 1974 errechnet, daß z.B. ein 50-PS-Schlepper bei 2000 Stunden Einsatz jährlich 5,20 DM/Stunde kostet (ohne Benzin), bei nur 500 Stunden dagegen 7,67 DM, also fast 50% mehr.

Das „Gesetz des technischen Fortschritts“ ist kein Naturgesetz; es sind die Zwangsgesetze der kapitalistischen Konkurrenz, die die kleinen und zunehmend mittlere Bauern ihres Hofes entledigen. Ihre veraltete Produktionsweise kann mit der modernen der Landwirtschaftskapitalisten und Großagrariern nicht konkurrieren. Selbst kräftige Preiserhöhungen schaffen ihnen nur vorübergehend Erleichterungen, nutzen vor allem aber den Großen. Und schließlich: Wie sollen die untereinander konkurrierenden Kleineigentümer höhere Preise gegenüber dem hochzentralisierten Handelskapital durchsetzen können?

Es gibt für die selbstarbeitenden

Bauern keinen anderen Weg, als sich genossenschaftlich zusammenzuschließen. Ihren Privatbetrieb und ihre Privatwirtschaft in Genossenschaften einzubringen, die den Ankauf der Produktionsmittel übernimmt, die Großbewirtschaftung des zusammengeworfenen Landes und damit die Hebung der Produktivität ermöglicht; die den einzelnen Bauern von der Last seiner Schulden befreit, indem sie sie übernimmt, die Produktionsmengen festlegt und dafür den Ankauf garantiert zu vorher festgesetzten Preisen; die den Verkauf in der Hand hat, so daß das Handelskapital aus der Konkurrenz der Bauern untereinander nicht seinen Nutzen ziehen kann. Zwei Fragenkomplexe bedürfen dabei weiterer Klärung: Werden nicht durch die Hebung der Produktivität unvermeidlich Arbeitskräfte freigesetzt? Zweitens: Wie arbeiten und wirken die bestehenden Genossenschaften?

US-Bergarbeiter Streik legt US-Kohle- export lahm

69% der 160000 US-Bergarbeiter, die in den Kohlegebieten des Ostens der Gewerkschaft UMW angehören, haben in den letzten Märztagen den von der UMW-Führung mit dem Kapitalistenverband ausgehandelten neuen Tarifvertrag (s. Pol. Ber. 7/81) abgelehnt. Damit wird ihr Streik, den sie schon am 27.3. begonnen hatten, weil der alte Tarifvertrag ausgelaufen und der neue noch nicht ratifiziert war, wahrscheinlich mindestens mehrere Wochen dauern. 45% der US-Kohleproduktion liegen still.

Die Kritik der Bergarbeiter konzentriert sich nicht in erster Linie auf die ausgehandelten Lohnerhöhungen von ca. 30% auf den Grundlohn, verteilt auf drei Jahre, und regelmäßige Lohnanpassungen an den Anstieg der Preise. Ähnliche Abschlüsse hatte die UMW schon in den vergangenen Mo-



Bergarbeiter im Streik 1978

naten mit einzelnen Bergbaugesellschaften im Westen der USA getätigt. Bei zweistelligen Preissteigerungen wird damit, zwar der Reallohn weiter gedrückt, aber die US-Arbeiterbewegung kann dieser Entwicklung in der Krise kaum Einhalt gebieten.

In dem mit der UMW-Führung ausgehandelten Abkommen hatten die Kapitalisten den teilweisen Abbau des Verbots der Beschäftigung von unorganisierten Bergleuten erzwungen und außerdem das Zugeständnis erreicht, mehr Kohle aus nichtorganisierten Bergwerken zu handeln und verarbeiten zu können. In den von UMW und Kapitalisten gemeinsam verwalteten Rentenfonds des Kohlenbergbaus sollten die Kapitalisten die Abgaben, die sich nach der Tonnage bemessen, nur auf Kohle aus den eigenen Gruben zahlen und nicht – wie seit 1946 vereinbart – auch auf Kohle, die sie von nichtorganisierten Gruben zwecks Wiederverkauf beziehen.

Diese Fragen erreichen in dem Kampf der US-Bergarbeiter eine solche Schärfe, weil die Kapitalisten schon seit längerem fällige Einzahlungen in den Rentenfonds nicht geleistet haben; allein die größte Bergbaugesellschaft Consolidation Coal schuldet 5 Mio. \$. Ursprünglich hatten sie in den Verhandlungen sogar die Auflösung des Fonds und Übergabe an die einzelnen Unternehmen gefordert. Damit würden die niedrigen Renten noch weiter gedrückt. Die Durchlöcherung des Verbots, Unorganisierte zu beschäftigen, würde die Kapitalisten zu untertariflicher Bezahlung und Entlassung von UMW-Mitgliedern anstacheln. Gegenwärtig sind schon 20000 arbeitslos.

Auch das Zugeständnis der UMW-Führung, freiwillige Sonntagsarbeit in den Gruben zuzulassen, hat zur Ablehnung des neuen Vertrages durch die Bergarbeiter geführt.

Die Lage der UMW ist kompliziert. Seit Monaten hatte die Führung öffentlich erklärt, sie wolle unter allen Umständen einen Streik um den neuen Tarifvertrag vermeiden, nachdem seit Jahrzehnten bislang noch jeder neue Tarif hatte erstreikt werden müssen, 1978 durch einen Kampf von 111 Tagen. In den Kassen der Gewerkschaft waren zum Zeitpunkt des UMW-Kongresses im letzten Herbst gerade 2 Mio. \$, so daß kaum Streikgeld ausgezahlt werden kann. Die Stahl- und die Elektrizitätsindustrie, Hauptabnehmer der US-Kohle, haben Lager für mindestens 90 Tage. Der Schwachpunkt der Kapitalisten ist der Kohleexport, 1980 63 Mio. t. In den Häfen gibt es keine Kohlelager, so daß in wenigen Tagen der Export zum Stillstand kommt. Das ist ein schwerer Schlag für die Anstrengungen der US-Bourgeoisie, als Kohleexporteur vorzudringen.

Großbritannien Sozialdemokratische Neugründung

Der britische Lebensmittelkonzern Cadbury-Schweppes gehört zu den größten Geldgebern der Konservativen Partei von Premierministerin Margaret Thatcher. Auf den ersten Blick umso erstaunlicher war also die Erklärung, die Konzernchef Sir Adrian Cadbury am Vortag der Gründung einer neuen sozialdemokratischen Partei, der Social Democratic Party (SDP), abgab.

Die britische Wirtschaft, so Cadbury, solle ernsthaft die finanzielle Förderung der SDP und der „Kampagne für Wahlrechtsreform“ erwägen, um den „politischen Extremismus“ abzuwenden und die „gegenwärtige Polarisierung in der Industrie- und Wirtschaftspolitik zu durchbrechen“. „Die gegenwärtige politische Lage fügt der Industrie großen Schaden zu.“

Seit dem ersten Weltkrieg, nachdem die Liberale Partei praktisch aus der Regierung verschwand (abgesehen von Koalitionen), wechseln sich die Konservative Partei und die „Partei der Arbeit“, die Labour-Partei, in der Regierung ab. Das wird durch das britische Wahlrecht begünstigt, nach dem nur Direktkandidaten aus den einzelnen Wahlkreisen gewählt werden. Die Liberale Partei z.B. erreichte bei den letzten Wahlen mehr als 12% der Stimmen, erhielt aber nur etwa 2% der Parlamentssitze.

Von den letzten zehn Jahren war die Labour-Partei sieben in der Regierung. In dieser Zeit hat sie ihre politische Kraft und Einwirkung auf die Arbeiterbewegung in vielen politischen und wirtschaftlichen Schlachten gegen die Arbeiter verschlissen. Statt daß die Regierungsfraktion in der Partei die Gewerkschaften auf ihren imperialistischen Kurs einschwören konnte, setzten die Gewerkschaften in den letzten beiden Jahren in wichtigen Fragen wie EG-Mitgliedschaft und NATO-Aufrüstung völlig entgegengesetzte Positionen auf Labour-Parteitag durch. Zur selben Zeit wuchsen revolutionäre, meist trotzkistische Strömungen in der Arbeiterbewegung.

Es fehlt der britischen Bourgeoisie eine „dritte Kraft“ à la FDP, eine Kraft mit Anziehungsfähigkeit auch auf obere Schichten der Arbeiterklasse, was der abgewrackten Liberalen Partei vollständig fehlt. Eine Partei, die parlamentarisch sowohl zur Anbindung einer Labour-Regierung wie auch zur Bemäntelung einer Tory-Regierung wie der jetzigen unter Thatcher dienen

könnte, wurde gebraucht.

Seit mehr als einem Jahr unternimmt ein Teil der alten Labour-Führung den Versuch, die „Polarisierung“ durch eine neue „Center Party“, eine Partei der Mitte, zu beenden. Nach langer Vorbereitung riefen David Owen, früherer Außenminister, Shirley Williams, frühere Erziehungsministerin, William Rodgers, Ex-Verteidigungsminister, und Roy Jenkins, zuletzt Vorsitzender der EG-Kommission, vor drei Monaten zur Spaltung auf.

Am 26. März gründeten sie die SDP. Wieweit ihnen tatsächlich eine Spaltung der Labour-Partei gelungen ist, kann noch nicht beurteilt werden, weil sie – trotz gegenteiliger Ankündigungen – noch keine Mitgliedszahlen veröffentlicht haben. Bislang sind 13 Labour- und ein konservativer Abgeordneter zur SDP übergetreten. Unterstützung aus den Gewerkschaftsführungen für die neue Partei ist bis jetzt nicht bekanntgeworden.

Abweichend von der Labour-Parteitags-Politik sind im Grundsatzbeschuß der neuen Partei vor allem das Bekenntnis zur EG-Mitgliedschaft und zur NATO-Nachrüstung, zur Reform (statt Abschaffung) des Oberhauses und für ein neues Verhältnis-Wahlrecht. Die Partei tritt ausdrücklich nicht für den Sozialismus ein, den die Labour-Partei immer noch im Programm beteuert, sondern für eine „gemischte Wirtschaft“ aus Privat- und Staatsbetrieben. Für die nächsten Wahlen will die SDP eine Absprache mit der Liberalen Partei treffen.

Die gesamte britische Presse äußerte sich wohlwollend zur Neugründung und zur Forderung nach Wahlrechtsreform. Tauglich sei die SDP aber nur, so der Grundtenor, wenn sie wirklich die Labour-Partei spalten könne.



Rodgers, Owen und Williams bei der Pressekonferenz zur Gründung der SDP.

Unterschiedliche Rechtsverfassung des Grundeigentums in den imperialistischen Ländern: BRD auch hier im Rückschritt vorn

In der Freiburger Aktionseinheit für „Freigabe des Schwarzwaldhofes als Wohnraum und Kulturzentrum“, in der gegenwärtig über 50 Organisationen, Komitees und Gruppierungen tätig sind (s. Pol. Ber. 7/81), wird unter anderem die Forderung aufgestellt: „Wir sind der Auffassung, daß (auch nach Art. 14 Abs. 2 GG) die Besitzrechte an Wohngebäuden, die leerstehen oder von ihren Besitzern nicht mehr instandgehalten werden, verwirkt sind. Solche Gebäude sind der Verfügung derjenigen zu überlassen, die sich zu ihrer Instandhaltung verpflichtet haben und sie in eigener Regie und Verantwortung zur Nutzung übernommen haben ...“ Einen ähnlich lautenden Beschluß hat auch die Mitgliederversammlung der Vereinigten Deutschen Studentenschaften gefaßt.

Ein direkter Mangel der gegenwärtigen verschiedenen Erörterungen über Verfügungs- und Eigentumsbeschränkungen gegen das Grund und Boden verwertende Kapital aber ist, daß die Frage, wie das kleine und mittlere land-, grund- und hausbesitzende Eigentum geschützt bzw. ausreichend entschädigt werden soll, kaum Beachtung findet. Dabei liegt es auf der Hand, daß das kleine und mittlere Eigentum umso mehr als Schutz gegen das grundverwertende Kapital und gegen staatliche Willkür erscheinen muß, je reaktionärer die Rechtsverfassung des Eigentums und insbesondere des grundbesitzenden Eigentums ist.

Die Freiburger Erklärung bezieht sich (in Klammern) auf den Grundgesetzartikel 14, Abs. 2, der lautet: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ Nun dient aber gerade der Abs. 2 wie der ganze Artikel 14 in der Konstruktion des Grundgesetzes dazu, das Recht auf Privateigentum durch Berücksichtigung seiner „Sozialbindung“ (Abs. 2) zu sichern. Gerade der Abs. 2 ist kein Ansatzpunkt für Enteignungsmaßnahmen gegen grundbesitzendes Kapital, denn, wie das Bundesverfassungsgericht in verschiedenen Entscheidungen ausgeführt hat, stellt er die „Garantie“ und die „soziale Verpflichtung des Eigentums“ auf eine Stufe. Der Gesetzgeber müsse „bei der Regelung des Eigentums das Wohl der Allgemeinheit beachten ...“

Außerdem hat es die westdeutsche Bourgeoisie, kaum durch die westlichen Alliierten in den Sattel gehievt, verstanden, das Recht auf Privateigen-

tum im Grundgesetzkapitel über die unveräußerlichen Menschenrechte unterzubringen, die auch durch das Parlament nicht geändert werden dürften.

Da sich aber auch die Bourgeoisie und insbesondere dabei das industrielle Kapital Enteignungsmöglichkeiten vor allem gegen das kleine und mittlere grundbesitzende Eigentum, aber auch für Fälle der Staatssanierung von Produktionszweigen vorbehalten müssen, ist auch diese Frage formell im Grundgesetz geregelt. (Art. 14, Abs. 3: „Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch

das Parlament durch keine dem Bundesverfassungsgericht entsprechenden Gerichte beschränkt. Das englische Zivilrecht beruht im Unterschied zu dem der kontinentaleuropäischen Länder auf dem „common law“, einem Fallrecht, das durch fortlaufende gerichtliche Entscheidungen begründet wird. Zwar besteht auch in diesem wie in allen anderen bürgerlichen Rechtssystemen das absolute Recht des Eigentümers, über bewegliche wie unbewegliche Sachen, also Grund, Boden, Hausbesitz, uneingeschränkt zu verfügen, aber bedingt durch den unterschiedli-



Besetzte Häuser in Berlin – Polizeieinsatz

Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt.“ Und Art. 15.)

Wenn auch die Garantie des Privateigentums an den Produktionsmitteln zum zentralen Bestandteil aller bürgerlichen Rechtssysteme und Verfassungen gehört, so sind doch Verfassungen und Gesetze anderer imperialistischer Länder weit weniger zimperlich bei der Einschränkung von Rechten des grund- und bodenbesitzenden Kapitals als in der BRD. Dies hat unterschiedliche Gründe sowohl im Verlauf der bürgerlichen Revolution gegen den Feudaladel, wie in den unterschiedlichen Produktionsbedingungen, die das industrielle Kapital vorfindet. Teilweise gelang es auch der Arbeiterklasse, Zugeständnisse in der Gesetzgebung und den Verfassungen zu erzwingen.

In Großbritannien besteht keine geschriebene Verfassung. Außerdem ist

chen Verlauf der bürgerlichen Revolution hat sich formell ein aus dem Feudalismus abgeleitetes Verhältnis von Grundbesitzer und Pächter gehalten. Während die aus der bürgerlichen Revolution in Frankreich hervorgegangenen und im „Code Napoléon“ erstmals fixierten Rechtssysteme die eigentumsrechtliche Verfügungs- und Nutzungsgewalt aus der *sachlichen* Verfügung über das Eigentum ableitet, entwickelte sich in England bereits der kapitalistische Pächter zum Besitzer der Produktionsmittel. Am ehesten vergleichbar dem Lehnrecht, tritt der Grundbesitzer dem Pächter die eigentumsrechtliche Verfügung ab auf eine bestimmte Zeit. Der Pächter ist also zunächst zeitlich begrenzter Besitzer des Grundeigentums, auch wenn er nicht der Eigentümer ist.

Unter den Bedingungen, daß besitzlose Lohnabhängige, die ihre Verfü-

Staatliche Eingriffsmöglichkeiten gegen Wohnraumzweckentfremdung

Verzeichnis der Gemeinden mit Zweckentfremdungsverbot (Stand 1.8.80)

Baden-Württemberg:
Freiburg, Heidelberg, Konstanz,
Mannheim, Stuttgart, Tübingen.

Bayern:

Aschaffenburg, Augsburg, Berchtesgaden, Bischofswiesen, Feldkirchen, Freising, München, Nürnberg, Regensburg, Unterhaching.

Berlin

Bremen

Hamburg

Hessen:

Bad Vilbel, Bensheim, Bergen-Enkheim, Dietzenbach, Frankfurt, Gießen, Groß-Umstadt, Hochheim a.M., Heppenheim, Kassel, Kelsterbach, Langen (Krs. Offenbach),

Marburg, Neu-Isenburg,
Oberursel/T., Offenbach, Schwalbach a.T., Wiesbaden.

Niedersachsen:

Göttingen, Hannover, Wilhelmshaven, Wolfsburg.

Nordrhein-Westfalen:

Städte: Aachen, Duisburg, Düsseldorf, Greven, Hiltrup, Iserlohn, Köln Mönchengladbach, Münster, Neuss, Paderborn, Porz, Remscheid, Rheydt, Rösrath, Solingen, Telgte, Witten, Wuppertal. Landkreise: Düsseldorf-Mettmann, Ennepe-Ruhr, Kempen-Krefeld, Köln-Land, Lüdenscheid, Tecklenburg.

Art.6. Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum

§. (1) Die Landesregierungen werden ermächtigt, für Gemeinden, in denen die Versorgung der Bevölkerung mit ausreichendem Wohnraum zu angemessenen Bedingungen besonders gefährdet ist, durch Rechtsverordnung zu bestimmen, daß Wohnraum anderen als Wohnzwecken nur mit Genehmigung der von der Landesregierung bestimmten Stelle zugeführt werden darf. Als Aufgabe des Wohnzweckes im Sinne des Satzes 1 ist es auch anzusehen, wenn Wohnraum zum Zwecke einer dauernden Fremdenbeherbergung, insbesondere einer gewerblichen Zimmervermietung oder der Einrichtung von Schlafstellen verwendet werden soll. Einer Genehmigung bedarf es nicht für die Umwandlung eines Wohnraumes in einen Nebenraum, insbesondere einen Baderaum

(2) Die Genehmigung kann auch befristet, bedingt oder unter Auflagen erteilt werden. Ist die Wirksamkeit der Genehmigung erloschen, so ist der Raum wieder als Wohnraum zu behandeln.

§. (1) Ordnungswidrig handelt, wer ohne die erforderliche Genehmigung Wohnraum für andere als Wohnzwecke im Sinne des § 1 Abs. 1 verwendet oder überläßt.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu zwanzigtausend Deutsche Mark geahndet werden.

§ 3. § 12 des Wohnungsbindungsgesetzes 1965 bleibt unberührt.

Im Rahmen der nach dem II. Weltkrieg in der BRD durchgeführten Wohnraumzwangsbewirtschaftung gab es zunächst Vorschriften gegen die Zweckentfremdung von Wohnraum. Nachdem die Zwangsbewirtschaftung in den 60er Jahren stufenweise durch Einführung sog. „weißer Kreise“ ersatzlos aufgehoben wurde, bestand um 1970 ein gesetzliches Zweckentfremdungsverbot nur noch für die mit öffentlichen Mitteln geförderten Sozialwohnungen. Nach mehrfachen Initiativen Hamburgs erließ der Bundestag dann 1971 in Art.6 des Mietsverbesserungsgesetzes (MVerbG) eine gesetzliche Ermächtigung für die Landesregierungen, Verbote für die Zweckentfremdung von Wohnraum in solchen Gemeinden zu erlassen, in denen die Versorgung der Bevölkerung mit ausreichendem Wohnraum zu angemessenen Bedingungen besonders gefährdet ist (vgl. Text des Art.6 im Kasten). Zu diesem Zeitpunkt war klar, daß die Wohnraumnot bereits wieder stark im Wachsen war.

Bis auf Schleswig-Holstein und das Saarland haben alle Landesregierungen von der Ermächtigung Gebrauch gemacht und eine Reihe von insbesondere größeren Städten als „besonders gefährdet“ eingestuft (vgl. Aufzählung). Die Regelungen der Landesregierungen weichen hinsichtlich der Konkretisierung stark voneinander ab. Nur Westberlin hat genaue inhaltliche Vorschriften, Hamburg und Bremen haben jeweils ein Minimum materieller Regelung; die übrigen Landesregierungen begnügen sich entsprechend dem Wortlaut des Art.6 MVerbG mit der Festlegung der Gemeinden. Dort, wo keine genauen Regelungen erlassen worden sind, haben die Ministerien Verwaltungsvorschriften erlassen, die regeln, wann im einzelnen eine Genehmigung für die geplante Zweckent-

zung nicht durch Kapitalbesitz gegenüber dem Grund- und Hauseigentümer geltend machen können, zur Miete von Wohnraum gezwungen sind, enthält diese Rechtskonstruktion zwei Entwicklungsmöglichkeiten. Die unbeschränkte Abhängigkeit des Mieters von einem Grund- und Hauseigentümer, der von jeglichen Unterhaltungs- und Instandsetzungspflichten frei ist, die Angelegenheit des Mieters sind. Dies führte zu Gesetzen in den ersten Jahrzehnten des Jahrhunderts, die dem Eigentümer minimale Verpflichtungen auferlegten oder ihn zu Entschädigungen für Wertsteigerungen, die der Mieter herbeigeführt hatte, verpflichteten. Andererseits erleichtert die Rechtskonstruktion der Trennung zwischen formellem Eigentum und faktischem Besitz, daß nach dem zweiten

Weltkrieg unter dem Druck der Unterbringung mit Wohnraum und der Unterbringungsverpflichtung gegenüber Einwanderern aus den Kolonien durch die verschiedenen Stadt- und Landplanungsgesetze der Labour-Regierung Grund und Boden der Verfügung und Kontrolle der Zentralregierung unterstellt wurden.

Wenn daraus auch zunächst keine praktische Änderung für das grund- und bodenverwertende Kapital folgte, so ändert sich doch seine rechtliche Stellung gegen Eingriffsmaßnahmen der Verwaltung in seine Eigentums- und Besitzrechte. Während z.B. in der BRD Zwangsmaßnahmen bis hin zu Enteignungen gegen das grund- und bodenverwertende Kapital aus „allgemeinem Interesse“ begründet und durch Gerichte „abgewogen“ werden

mußten, nimmt die englische Zentralregierung ihre formelle Verfügung und Kontrolle über Grund und Boden durch das Ministerium für Wohnungsfragen und Kommunalverwaltung wahr. Die entsprechenden Gesetze zum Wohnungswesen und zur Landschaftsplanung werden umgesetzt durch die Kommunalbehörden, denen gesetzliche Verpflichtungen zur Bereitstellung von Wohnraum und zur Unterbringung in Wohnraum auferlegt werden. Wenn auf dieser Grundlage die Kommunalbehörde z.B. Instandsetzungsmaßnahmen anordnet oder die Bereitstellung von Boden zur öffentlichen Verwendung, so tritt sie dem jeweiligen Grundbesitzer als Vertretung der gesetzlichen Verfügung und Kontrolle des Eigentums gegenüber. Auf diesem Wege wurden in Großbritannien so-

fremdung erteilt werden kann und wann sie zu versagen ist.

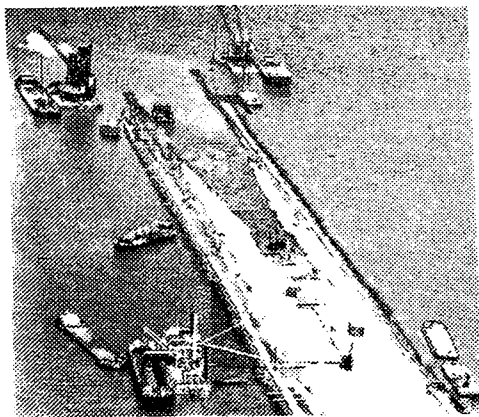
Folgende Grundzüge sind in allen Bundesländern, die Zweckentfremdungsverbote kennen, gemeinsam: Erfasst wird *jede* Form der Handlung, durch welche der Eigentümer den Wohnraum seiner eigentlichen Zweckentfremdung entzieht, also z.B. Umwandlung in Geschäfts- oder Büro- raum, Abbruch des Gebäudes oder von Gebäudeteilen, Leerstehenlassen oder Unbrauchbarmachen. Das Zweckentfremdungsverbot gilt für den Abriß von Wohnungen auch dort, wo der Eigentümer die Absicht hat, neue Wohnungen mit mehr Wohnfläche zu errichten, da erfahrungsgemäß die Mieten von Neubauwohnungen wesentlich über den Mieten von Altbauten liegen, auch solche Fälle bedürfen also der Genehmigung. Bei Leerstehenlassen wird in aller Regel schon eine Dauer von drei Monaten als verbotene Zweckentfremdung angesehen. Ist eine Gemeinde durch Verordnungen der Landesregierung dem Verbot der Zweckentfremdung unterworfen worden, so sind die geschilderten Handlungen nur zulässig, wenn sie zuvor von der zuständigen Behörde genehmigt worden sind. Auf die Genehmigung besteht grundsätzlich kein Rechtsanspruch, sie steht vielmehr im Ermessen der Behörde. Die Behörde kann die Genehmigung unter einer Auflage erteilen, so z.B. daß ein bestimmter Ausgleichsbetrag gezahlt wird (der dann für die Schaffung von Wohnraum im sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stehen muß). Versagt die Behörde die Genehmigung, so kann sie eine dennoch erfolgende Zweckentfremdung erforderlichenfalls mit den Mitteln des Verwaltungszwangs beseitigen. Zuständig für die Entscheidung sind die kreisfreien Städ-

te oder die Landkreise, in denen die jeweilige Gemeinde liegt.

Eine Gemeinde kann von der ihr übergeordneten Landesregierung nicht erzwingen, daß sie als besonders gefährdet gilt. Dagegen haben die Mieter eines Hauses die Möglichkeit, Anfechtungsklage zu erheben, wenn dem Eigentümer die Genehmigung für die Zweckentfremdung erteilt wird und dadurch in ihre Rechte eingegriffen wird.

Durch die fehlende Rechtsposition der Gemeinden und das Fehlen von genauen gesetzlichen Voraussetzungen, wann Genehmigungen zu versagen sind, greifen die Zweckentfremdungsverordnungen bisher selten. Seit Ende 1979 gibt es eine erneute Initiative Hamburgs für eine gesetzgeberische Änderung der Vorschriften (vgl. BR-Drucksache 594/79). Danach soll die Ermächtigung des Bundes klarer gefaßt und die Regelung der einzelnen Länder mehr einheitlich und präzisiert werden. Es soll beispielhaft aufgezählt werden, wann die Versorgung der Bevölkerung in einer Stadt mit ausreichendem Wohnraum „besonders gefährdet“ ist. Dies soll z.B. der Fall sein, wenn die Zahl der verfügbaren Wohnungen die Zahl der Haushalte um mehr als 3% unterschreitet. Verwaltungszwang gegen das Spekulantentum durch Leerstehenlassen von Wohnungen soll bereits nach zwei Monaten möglich sein, es sei denn, der Vermieter erbringt den *Nachweis*, daß eine Vermietung nicht möglich ist. Der Zentralverband der Haus- und Grundeigentümer bezeichnet die angestrebte Änderung als „einen tiefen Rückschritt in die Wohnraumzwangsbewirtschaftung und als unvereinbar mit der Eigentumsgarantie des Art. 14 Grundgesetz“.

wohl unter Labour wie unter der konservativen Regierung relativ weitgehende Eingriffsmöglichkeiten in die Rechte des Grundeigentums geschaffen,



Niederlande, Ost-Flevoland, Bau eines Polderdeiches zur Landgewinnung

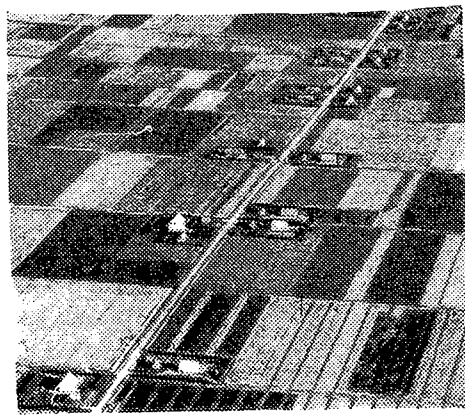
und ein erheblicher Teil des Grund und Bodens wurde nationalisiert.

In Italien wurde nach der Niederlage des italienischen Faschismus eine Verfassung beschlossen, in deren Vorbereitung die Frage der Stellung der Rechtsgarantie des Privateigentums in der Verfassung eine große Rolle gespielt hat. Durch die Vertreter sozialistischer Organisationen wurde durchgesetzt, daß die Rechtsgarantien des Eigentums nicht in einem Katalog von persönlichen Grundrechten, sondern, ähnlich wie in Deutschland in der Weimarer Verfassung, in einem Abschnitt über „Wirtschaftsbeziehungen“ gefaßt werden. Dort heißt es zunächst: „Art. 41: die privatwirtschaftliche Initiative ist frei. Sie darf nicht im Gegensatz zum Wohle der Gesellschaft geübt werden ...“ Danach folgt der Art. 42:

„Das Eigentum ist öffentlich oder privat. Die Wirtschaftsgüter gehören dem Staat, Körperschaften oder Privatpersonen.“ Und ähnlich wie auch in der Verfassung der BRD: „Das Privateigentum kann aus Gründen des allgemeinen Interesses in den vom Gesetz vorgesehenen Fällen enteignet werden.“ Wie in anderen imperialistischen Ländern müssen Enteignungsmaßnahmen also durch „öffentliches Interesse“ begründet sein. Im Unterschied zu anderen Ländern wurde aber durch zwischenzeitliche Gesetzgebung festgestellt, daß zu diesen öffentlichen Interessen auch die Befriedigung der Wohnbedürfnisse der Bevölkerung gehört.

Aufschlußreich ist auch, wie sich die rechtliche Verfassung des Eigentums im italienischen Bürgerlichen Gesetzbuch („codice civile“) niedergeschlagen hat. Während es im französischen „code civile“, der sich wie das italienische Bürgerliche Gesetzbuch aus dem Code Napoléon ableitet, heißt: „Das Eigentum ist das Recht, Sachen auf die unbeschränkteste Art zu benutzen und darüber zu verfügen, unter der Voraussetzung, daß sie nicht zu einem durch die Gesetze und Verordnungen verbotenen Zweck gebraucht werden“, lautet der entsprechende Artikel des italienischen „codice civile“: „Der Eigentümer hat innerhalb der von der Rechtsordnung gezogenen Grenzen und unter Beobachtung der von ihr aufgestellten Pflichten das Recht, in voller und ausschließlicher Weise die Sachen zu nutzen und über sie zu verfügen.“ Weiter enthält das italienische Zivilrecht den Artikel 838, in dem es heißt: „... kann die Verwaltung, wenn der Eigentümer die Erhaltung, die Bewirtschaftung oder den Betrieb von Gegenständen, welche die nationale Produktion interessieren, derart unterläßt, daß die Erfordernisse der Erzeugung schweren Schaden erleiden, die Enteignung dieser Gegenstände gegen Zahlung einer gerechten Entschädigung durchführen ...“

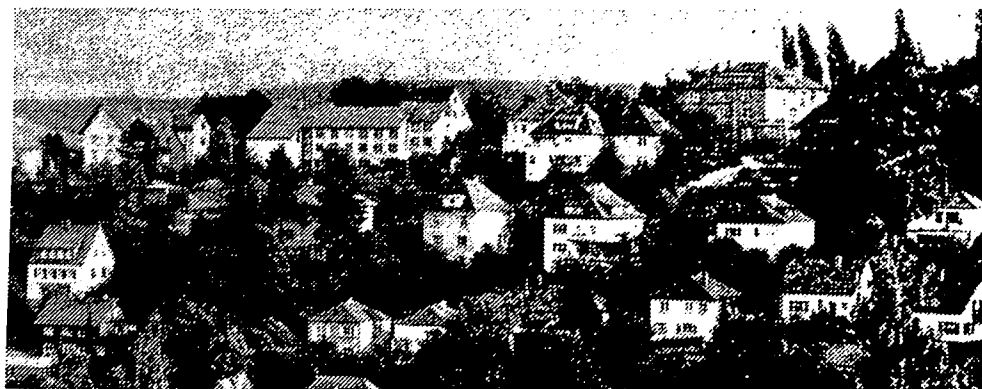
Die niederländische Verfassung sieht sowohl den Schutz des Eigentums wie bestimmte Möglichkeiten seines Entzu-



Neugewonnenes Land im Polder. Das Land wird verpachtet.

ges vor. Sie trifft eine Unterscheidung zwischen Enteignung zum allgemeinen Nutzen, für die eine Entschädigung zu zahlen ist, und Vernichtung oder Unbrauchbarmachung von Eigentum, wobei nur in bestimmten Fällen eine Entschädigung zu zahlen ist. Im niederländischen Zivilrecht war zunächst – ähnlich dem französischen – das Recht der uneingeschränkten Verfügung des Eigentümers über eine Sache vorgesehen. Dem standen aber in den Niederlanden zwei Tatsachen und Interessen des industriellen Kapitals entgegen. Einmal die Nutzung der Landgewinnung, die nur als öffentliche Aufgabe durchgeführt werden kann, zum anderen die hohe Bevölkerungsdichte der Niederlande, die zu einer übermäßigen Anhebung der Grundrenten, und zwar auch der absoluten Renten, dafür, daß überhaupt Land zur Verfügung gestellt wird, führen mußte. Seit 1947 wurde daher eine Neufassung des bürgerlichen Gesetzbuches auch von der Regierung betrieben.

In der Rechtssprechung wurde der Begriff des „ungeschriebenen Rechts“ eingeführt, der eine Begrenzung des Eigentums darstellen sollte. So wurde



Stuttgart, Killesberg, die „bessere Wohngegend“ in Hanglage. Am Stadtrand stieg der Bodenpreis durch eine Nutzungsordnung der Stadt von 15 DM/qm auf 225 DM/qm im Jahre 1967

in einer Reihe von Fragen die Enteignung erleichtert, wobei außerdem nicht in allen Fällen ein besonderes Gemeinnützigkeitsrecht vorhanden sein muß. Am weitreichendsten wurden diese Möglichkeiten der Regierung bei der Stadt- und Raumplanung. Der Stadtrat von Amsterdam beschloß z.B. nach dem zweiten Weltkrieg einen Generalentwicklungsplan. Dieser sah für die verschiedenen Gebiete der Stadt unterschiedliche Nutzungen vor, als Industrie, Wohngebiet etc. Nach der

Genehmigung des Planes durch Provinzregierung und Zentralregierung wurden die entsprechenden Gebiete enteignet, dann führte die Stadtverwaltung die Erschließung und Bebauung durch, und der Boden in diesen Stadtgebieten wurde sodann nicht wieder verkauft, sondern langfristig vermietet. Auf diese Weise konnten Kommunalverwaltung und Provinzregierungen Bodenspekulationen in Stadtgebieten weitgehend eindämmen, da absehbar ist, daß genau dort, wo Wertsteigerun-

UNO zur Besteuerung von Grund und Boden in Stadtgebieten

1977 hat die Abteilung für Wirtschafts- und Sozialfragen bei den Vereinten Nationen eine Studie vorgelegt mit dem Titel „Land zu Siedlungszwecken, einige gesetzliche und wirtschaftliche Aspekte“. Die Studie untersucht die Entwicklung des Bodenrechts in verschiedenen imperialistischen Ländern und Ländern der Dritten Welt. Sie bezieht sich auf Ergebnisse einer Expertengruppe der UNO, die 1970 bei einem Seminar über „städtische Bodenpolitik in Stadtgebieten und Maßnahmen der Kontrolle von Bodennutzung“ zu folgendem Ergebnis gekommen war: „Grund und Boden in Stadtgebieten sollte als eine Treuhandschaft betrachtet werden, deren Nutzung Einzelpersonen oder Gruppen überlassen werden kann zu Bedingungen, wie sie langfristigen Mietverfahren von Gesellschaften bei gegenwärtiger Gesetzeslage entsprechen.“ Unter anderem befaßt sich die Studie auch mit der Frage der Besteuerung von Grundbesitz und untersucht, ob sich eine Besteuerung von Grundbesitz in steigenden Bodenpreisen niederschlagen muß. Sie kommt dabei zu folgendem Ergebnis:

„Der Bodenpreis ist in einigen Gegenden deshalb Resultat hoher

Grundrente des Bodens im Stadtgebiet und nicht von hohen Produktionskosten. Eine hohe Besteuerung von Grund und Boden in Gebieten, wo die Grundrente der ausschlaggebende Faktor des Wertes ist, wird sich deshalb auf den Bodenpreis nicht auswirken, der dann zwar hoch sein mag im Vergleich zu Bodenpreisen weit entfernt von Stadtzentren, aber die Höhe der Grundrente von Boden im Stadtgebiet verringert.“

In den abschließenden Empfehlungen werden zur Besteuerung von Grund und Boden deshalb die folgenden Empfehlungen gegeben:

a) Eine Steuer für ungenutztes Land in Stadtgebieten. Sie soll progressiv ansteigen mit dem Zeitraum, in dem der Boden ungenutzt bleibt. Weiter soll eine Besteuerung entsprechend dem Wert erfolgen. Wobei der Steuersatz ebenfalls mit dem Wert des Bodens ansteigen soll. Ausnahmen sollten gelten für Bodenbesitz mit niedrigem Wert und für solchen Grundbesitz, der zu Wohnzwecken für die Familie des Besitzers benutzt werden soll. Schließlich wird eine zeitliche Grenze vorgeschlagen, nach der unbenutzter Boden in Stadtgebieten enteignet werden kann.

b) soll eine Steuer auf Wertsteigerungen von Bodenbesitz erhoben wer-

den. Zu 100% sollen dabei Wertzuwächse besteuert werden, die allein auf städtische Planungsänderungen zurückgehen.

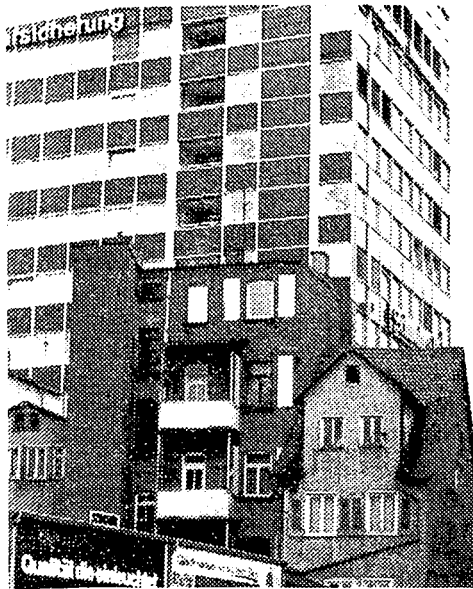
c) Sodann soll eine Steuer für Bodenprofit erhoben werden. Dadurch soll mit einem Steuersatz zwischen 40 und 70% der Gewinn aus dem Verkauf von Grund und Boden besteuert werden, und zwar als Differenz zwischen An- und Verkaufspreis, bereinigt um die Verbraucherpreissteigerung.

d) soll erhoben werden eine Grundbesitzsteuer für Wirtschaftsunternehmen. Dabei soll diese Grundbesitzsteuer für Wirtschaftsunternehmen um ein Mehrfaches höher sein als die für Wohnraumnutzung. Der Steuersatz soll progressiv entsprechend dem Umsatz des Wirtschaftsunternehmens gestaffelt sein. („Höher für Banken und Versicherungen sowie ausländischen Handel, niedriger für Einzelhandel und persönliche Dienstleistungen“)

Weiter sollte erhoben werden: eine kommunale Einkommenssteuer sowie eine Besteuerung für Erschließungskosten entsprechend der Größe des durch städtische Maßnahmen zu erschließenden Grundbesitzes. Abschließend werden einige Maßnahmen der fortlaufenden Bewertung und Bewertungskorrektur vorgeschlagen, um die erforderlichen Steuermaßnahmen durchzuführen.

gen durch öffentliche Planung zu erwarten wären, die Enteignung am schnellsten eintritt. Nach diesem System wurden nach dem zweiten Weltkrieg die Wohn- und Raumplanungsgesetze verfaßt. Dadurch besteht in den Stadtgebieten kein langwieriges Enteignungsverfahren, sondern sobald der Nutzungsplan genehmigt ist, gilt die Enteignung als beschlossen. Von der Planung bis zum Beschluß vergehen in der Regel sechs Wochen.

In Schweden können Verfassungsgrundsätze durch einfache Gesetze in ihrer Anwendung beschränkt werden. Außerdem sieht die schwedische Gesetzgebung keine dem deutschen, französischen und englischen Gesetz vergleichbare umfangreiche Eigentumsdefinition vor. Daher wurden seit jeher Gesetzesmaßnahmen, die sich auf altergebrachtes Gemeinderecht bezogen, erleichtert, so die jederzeitige Betretbarkeit von Wäldern, Zugänge zu Seen und Flüssen. Nach dem Enteignungsgesetz von 1917 kann die Regierung unter bestimmten Voraussetzungen privates Grundeigentum enteignen. Als Zwecke dieser Enteignungen werden darin angegeben: militärische und öffentliche Anlagen, öffentliche



Gebäude, Anlagen der Wasserversorgung, sowie im Punkt 7: „um in dicht besiedelten Gebieten gesicherte Wohnverhältnisse zu erreichen“. Nach verschiedenen Gesetzen seit 1947 sind die Kommunen verpflichtet, Bebauungspläne aufzustellen und Land zu erwerben. Grundstücke, die in Gemeindebesitz liegen, können sodann nicht mehr verkauft, sondern nurmehr verpachtet werden.

Die westdeutsche Bourgeoisie kann mit Fug und Recht den Anspruch erheben, unter den europäischen imperialistischen Ländern eine der reaktionärsten rechtlichen Verfassungen des Eigentums an Grund und Boden zu haben, abgesichert durch Grundgesetz und Verfassungsgericht.

Auszüge aus dem niederländischen Gesetzentwurf über leerstehende Häuser

Kapitel I

Artikel 2: In jeder Gemeinde wird ein Register eingerichtet und geführt, in das der Bürgermeister und die Gemeindebehörden das Leerstehen von Wohnungen und Gebäuden in ihrer Gemeinde eintragen.

Kapitel II

Registrierung von leerstehenden Wohnungen und Gebäuden

Artikel 6 (1) Der Eigentümer einer Wohnung oder eines Gebäudes meldet beim Bürgermeister, daß und zu welchem Zeitpunkt die Wohnung oder das Gebäude leersteht. Die Meldung findet statt spätestens zwei Monate nach dem genannten Zeitpunkt. Der Gemeinderat ... kann durch Verordnung eine kürzere Meldefrist vorschreiben.

(2) Der Eigentümer meldet unverzüglich an Bürgermeister und Gemeindebehörden, daß und zu welchem Zeitpunkt die Wohnung oder das Gebäude wieder benutzt wird ...

(4) Bürgermeister und Gemeindebehörden ... löschen die im obigen Absatz bezeichneten Eintragungen

a. sobald die vom Eigentümer empfangene Meldung, daß die Wohnung in Gebrauch ist, für richtig befunden ist;

b. sobald ein Beschluß auf Forderung (der Nutzung durch die Gemeinde, d.V.) gemäß Artikel 7 Absatz 1, a, des Wohnraumgesetzes von 1947 unwiderruflich geworden ist.

(5) Bürgermeister und Gemeindebehörden können die ... Eintragungen löschen, falls die Wohnung oder das Gebäude mindestens ein Jahr leersteht und sie beschlossen haben, nicht zur Forderung überzugehen ...

(6) Das Leerstands-Register ist öffentlich und liegt für jeden zur Einsicht beim Gemeindesekretariat aus ...

Artikel 7 (1) Mit Gefängnis bis zu vier Wochen oder Geldbuße von bis zu 25000 Gulden wird bestraft

a. das Nichtbefolgen der Artikel 6 (1, 2, 7)

b. nicht wahrheitsgemäße Meldungen ...

Kapitel III

Bestimmungen über die Anforderung von leerstehenden Wohnungen und Gebäuden

Artikel 8 (1) Wenn eine Wohnung oder ein Gebäude fünf Monate leersteht, beschließen Bürgermeister und Gemeindebehörden innerhalb zwei Wochen nach dem Termin über eine Forderung nach Nutzung der Woh-

nung oder des Gebäudes ... Der Beschluß wird in das Register eingetragen.

(2) Bürgermeister und Gemeindebehörden sehen nur aus gewichtigen Gründen von der Forderung ab ...

Kapitel IV

Bestimmungen über widerrechtlichen Gebrauch leerstehender Wohnungen und Gebäude

Artikel 13 (1) Wer eine widerrechtlich in Gebrauch genommene leerstehende Wohnung oder ein leerstehendes Gebäude auf Verlangen des Eigentümers nicht sofort räumt, wird mit einer Geldbuße von bis zu fünfhundert Gulden bestraft.

(2) Mit derselben Strafe wird bestraft, wer sich in einem widerrechtlich in Gebrauch genommenen oder leerstehenden Gebäude aufhält und sich auf Verlangen des Eigentümers nicht sofort entfernt.

(4) Die in Artikel 114 des Strafverfolgungsgesetzes bestimmten Beamten haben zwecks Ermittlung der in diesem Absatz genannten strafbaren Handlungen zu jeder Zeit freien Zugang zu allen Orten, wo begründet vermutet werden kann, daß eine solche Tat begangen wird ...

Artikel 14 (1) Der Bürgermeister befiehlt, daß Personen, die Artikel 13 (1) übertreten haben, die Wohnung oder das Gebäude, wo eine Übertretung stattgefunden hat, in einem durch ihn zu bezeichnenden Zeitraum zu räumen haben. Er führt diesen Befehl nach Verstreichen der bezeichneten Frist aus, wenn nötig mit Gewalt und auf Kosten der Unterlasser.

(2) Der Bürgermeister und diejenigen, die von ihm mit der Ausführung des Befehls beauftragt sind, ... haben zu jeder Zeit Zugang zu der Wohnung oder dem Gebäude ... Wenn nötig, verschaffen sie sich den Zugang mit Gewalt ...

Artikel 15 Die Artikel 13 und 14 sind nicht anzuwenden,

a. falls eine Wohnung oder ein Gebäude ... nicht zur Registratur angemeldet ist oder falls sie oder es ... aus dem Leerstands-Register gelöscht ist

b. im Falle desjenigen, der nachweist, daß er die Wohnung oder das Gebäude vor dem 1. September 1980 in Gebrauch genommen und seither ununterbrochen in Gebrauch hatte, mit- samt derjenigen, die mit seiner Zustimmung sich in der Wohnung oder dem Gebäude aufgehalten haben ...

Manteltarifvertrag Druckindustrie

Für Hamburg und Schleswig-Holstein ist zum erstenmal seit 1974 ein neuer Manteltarifvertrag in der Druckindustrie abgeschlossen worden. Für die Antrittsgebühr wurde vereinbart: Grundsätzlich erhalten Angestellte sonntags eine Gebühr von 3,5% des Monatsgehalts und 1,75% bei weniger als drei Stunden Arbeit. Sie wird 1981 zu 80% gezahlt, 1982 90%, 1983 ganz. Für die Bildschirmarbeit wurde vereinbart: Bestimmungen über ärztliche Untersuchungen auf Kosten der Unternehmer, Pausenregelung, Höchstarbeitszeit von vier Stunden, Festlegungen für ergonomische Gestaltung der Arbeitsplätze.

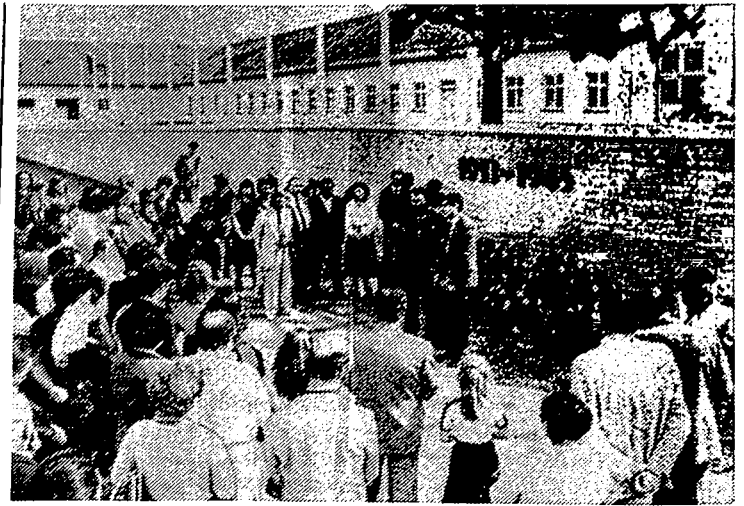
Betriebsratswahlen: Ergebnisse HBV Köln

Wird die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen mehr als die 53% der Betriebsratssitze von 1978 erreichen? Wie wird sich der enorme relative Mitgliederzuwachs auswirken? In Köln ergibt sich nach den ersten sechs Wahlwochen ungefähr folgendes Bild: HBV hat dort gewonnen, wo ihre Kandidaten bestimmte sachliche Forderungen in den Vordergrund gestellt haben,

Dachau, 4.4.81. Über 150 Sinti beteiligten sich an einer Kranzniederlegung in der KZ-Gedenkstätte Dachau zum Jahrestag des Hungerstreiks Ostern 1980. Die Forderung des Hungerstreiks – Vernichtung aller Akten der ehemaligen Landfahrerzentrale – ist bis heute nicht erfüllt. Auf einer Podiumsdiskussion abends in Dachau mit dem Verband deutscher Sinti, dem Romi-Club (Organisation jugoslawischer Rom in der BRD) und zwei Landtagsabgeordneten (CSU und SPD) wurden die Forderungen der Sinti erneut bekräftigt.

wo die Gewerkschaft noch im Aufbau ist und es sich um Klein- und Mittelbetriebe bzw. Filialbetriebe handelte. Das zeigen z.B. die Ergebnisse bei der Post-Versicherung, bei der Kölnischen Versicherungsgruppe und einer Reihe von Kaufhausfilialen.

Während bei den beiden Versicherungsgesellschaften der Stimmengewinn der HBV-Kandidaten erfreulich ist, errangen sie bei Hertie/Bergisch Gladbach sechs von neun Sitzen (1978: kein Sitz). Bei der Kaufhof-Hauptverwaltung und der Gerling Global Versicherung wurde das Ergebnis von 1978 gerade knapp erreicht. Gerling hat es verstan-



den, die Gewerkschaft durch Entwicklung eines eigenen tarifunabhängigen Gehaltsgruppensystems zu bekämpfen, das den Tarif auf kaum durchschaubare Weise nur als Untergrenze hat.

Nürnberg: Neue Rechtsbeugung

Seit der Massenverhaftung und Inhaftierung in Nürnberg am 6.3.81 von Besuchern des JZ KOMM reißt der Strom der Protesterklärungen nicht ab. Gewerkschaftsgremien, Jugendzentren, Parteien (außer CDU/CSU), bis hin zu den Kirchen haben das Vorgehen der Justiz im Auftrag des Innenministeriums Tandler angegriffen. Angehörige haben gegen die Richter Strafanzeige wegen Rechtsbeugung u.a. erstattet. Die Initiativen Bayerischer Strafverteidiger in München und Nürnberg planen eine entsprechende Anzeige. Über 100 in der ÖTV organisierte Richter und Staatsanwälte haben die Verhaftungen kritisiert. Dennoch ist die Nürnberger Justiz dabei, das Recht weiter zu beugen. Um die erste Beugung geradezubiegen, hat sie, weil in Beweisnot, alle Verfahren voneinander abgetrennt und versucht nun die ehemals einzeln Beschuldigten in einem Verfahren gegen „Unbekannt u.a.“ gegeneinander als Zeugen zu vernehmen.

UAW stärkt Kampf gegen Reaktion

Die Gewerkschaft der Vereinigten Automobilarbeiter in den USA (UAW) hat beschlossen, in den Dachverband der Gewerkschaften AFL-CIO zurückzukehren, aus dem sie 1968 ausgetreten war. Sie will

Einfluß auf den Verband nehmen, um ihn gegen die reaktionäre Politik der US-Regierung und des Kongresses zu unterstützen, wie sie auch die Industriegewerkschaften insgesamt stärken will. Im Gegensatz zum AFL-CIO ist die UAW gegen das Mittelstreckenraketenprogramm der US-Regierung. Die UAW tritt für die Reaktivierung des Kampfes gegen die Korruption innerhalb der Gewerkschaften ein. Daher könnte sie mit ihrer Rückkehr in den Dachverband verhindern, daß die große Teamster-Gewerkschaft wieder aufgenommen wird, die 1957 ausgeschlossen wurde wegen „Beherrschung durch korrupte Einflüsse“. Die AFL-CIO hat derzeit 101 Mitgliedsgewerkschaften.

Urteil wegen Verstoß des LScHG bestätigt

Das Oberlandesgericht Stuttgart hat jetzt eine Rechtsbeschwerde der Breuninger oHG, eines alten Stuttgarter Familienbetriebs mit dem größten Textilkaufhaus Westdeutschlands, als unbegründet verworfen. Breuninger war vom Amtsgericht wegen Verstoßes gegen das Ladenschlußgesetz verurteilt worden. Am 6.12.79 wurde das Kaufhaus bis 21.45 Uhr für eine „Behindertenaktion“ geöffnet, zu der Breuninger auch kräftig eingeladen hatte. Die Stadt versagte die Sondergenehmigung. Als der Verkauf dennoch durchgeführt wurde, gab sich OB Rommel hart und klagte. Das Urteil des Amtsgerichtes lautete auf 500 DM Bußgeld. OB Rommel hat inzwischen eine Änderung der Ladenschlußzeiten in verschiedenen Stellungnahmen befürwortet.



Für den 25.3. hatten die italienischen Gewerkschaften zu einem zweistündigen Streik gegen die Krisenmaßnahmen der Regierung aufgerufen. Ein Teil des „Pakets“ – Lira-Abwertung und drastische Kreditverknappung, was noch höhere Inflation und Arbeitslosigkeit bedeutet – ist schon beschlossen. „Sparmaßnahmen“ in Höhe von 4500 Mrd. Lire (9 Mrd. DM) sollen folgen. Gedacht ist an Kürzung der Inflationszuschläge, höhere Sozialversicherungsbeiträge, „Selbstbeteiligung“ in der Krankenversicherung und Lohnstopp im öffentlichen Dienst. Letzteres verfolgt die Regierung bisher durch Verschleppen der Tarifverhandlungen. Die Straßenbahner z.B., die am 26.3. streikten, kämpfen seit vier Monaten um 80000 Lire (160 DM). Die Postler, deren – dreijähriger – Tarif seit fast zwei Jahren abgelaufen ist, streikten am 30.3.

Deutschland in Schulbüchern

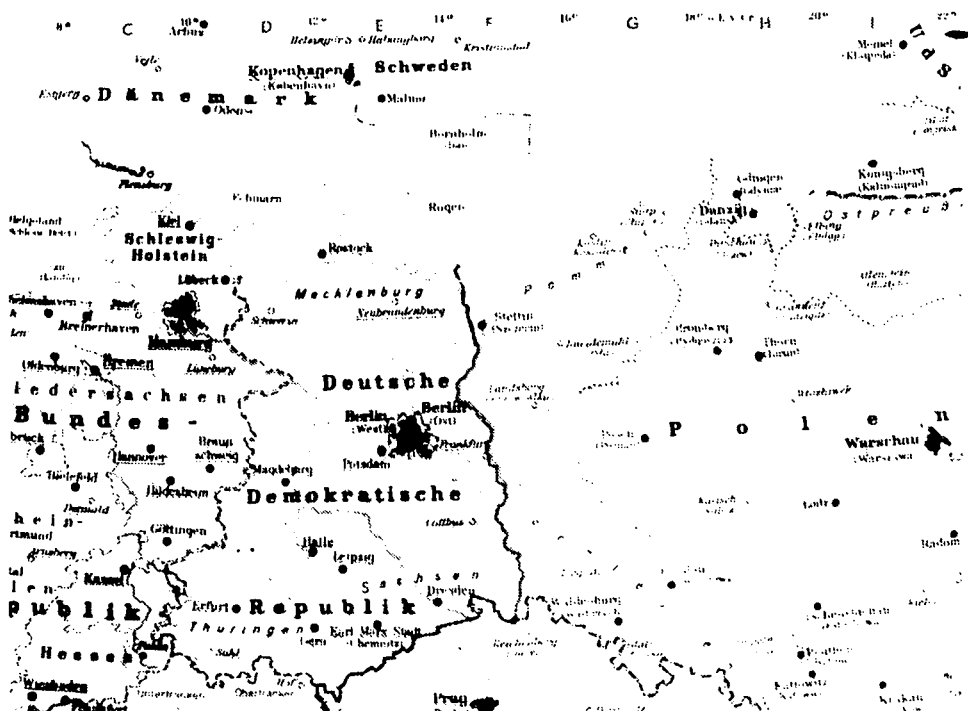
Lehrer wehren sich gegen Propaganda Großdeutschlands in Schulbüchern

Hamburg. Die Kultusminister liegen im Streit. Zum Ärger der Bourgeoisie haben der Hamburger und der Bremer Senat Anfang März beschlossen, der neuesten KMK-Empfehlung nicht zu folgen.

Am 12.2.81 hatte die Konferenz der Kultusminister (KMK) beschlossen, daß die „Darstellung Deutschlands in Schulbüchern und kartographischen Werken für den Schulunterricht“ ausgehen muß „von der gegenwärtigen politischen und rechtlichen Situation“. Das heißt, „auf den politischen Karten Europas (Staatskarten mit Flächenfärbung)“ und „auf den großformatigen physischen Übersichtskarten Mitteleuropas und Deutschlands“ sind die Grenzen des Deutschen Reiches vom 31.12.1937 darzustellen. „Dabei ist als Legende zu verwenden: Grenze des Deutschen Reiches vom 31.12.1937 unter Berücksichtigung des Fortbestehens der Viermächteverantwortung für Deutschland als Ganzes und der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes zum Grundlagenvertrag und zu den Ostverträgen.“ Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes hat nach dem Grundlagenvertrag mit der DDR von 1972 ausdrücklich den Anspruch auf die Vertretung des alten Deutschen Reiches allein durch die BRD aufrecht erhalten. Deshalb ist auch laut KMK die Grenze zur DDR „als Grenze be-

sonderer Art zu kennzeichnen“. „Die Abkürzung BRD ist nicht zu verwenden“ – der Begriff „Deutschland“ kann für „beide Teile Deutschlands“ stehen.

Die westdeutschen Imperialisten haben über die KMK schon 1956 die Lehrer stramm ausrichten wollen: „Das gesamte Erziehungs- und Bildungswesen der Deutschen muß den Aufgaben gerecht werden, vor die unser Volk durch den Einbruch des Sowjetsystems in Mitteleuropa, durch die Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa und durch die Spaltung Deutschlands in einen westlichen und einen östlichen ... Teil gestellt worden ist ... Der deutsche Osten muß den Deutschen, besonders der Jugend, bekannt und vertraut sein ... Die Deutschen sollen ein besonderes Verhältnis zu den Vertreibungsgebieten als zur Heimat eines Teils ihres Volkes haben ... Die Schulaufsichtsbeamten überzeugen sich bei ihren Unterrichtsbeamten von der Pflege der Ostkunde in dem hier vorgeschlagenen Sinn.“ (13.12.1956) 1973 äußert sich die KMK zu diesen „Empfehlungen zur Ostkunde“, sie könnten nicht mehr so von den Kultusverwaltungen der Länder umgesetzt werden – „unbeschadet der in ihnen enthaltenen unverändert gültigen Grundsätze und sachlichen Aussagen“. (Beschluß vom 22.6.1973)



Hamburger Schulatlas von Diercke: im Gegensatz z.B. zu Schulbüchern in Bayern ist Polen Ausland. Die Einzeichnung der gepunkteten Grenze von 1937 wird in der Legende gerechtfertigt: „... bis zur Regelung durch einen Friedensvertrag“.

Die Lehrer weigern sich, die Ziele der „Vorneverteidigung“ im Unterricht zu propagieren; Bundeswehroffiziere kommen kaum in die Schulen, und wenn, haben sie die Lehrer gegen sich. Eine „Ostkunde“ im Sinne der KMK gibt es nicht. Jetzt haben z.B. Delegierte und Vertrauensleute aus Schulen im Hamburger Schulkreis 52 am 1.4.81 den GEW-Vorstand aufgefordert, von der KMK die sofortige Rücknahme der Empfehlung zu verlangen: „Mit der Regelung der KMK sehen sich die Lehrer in der unmöglichen Lage, Staatsgebiete der Sowjetunion, Polens und der DDR als „Deutschland“ zu verhandeln.“ Sie treten ein „für die Anerkennung der bestehenden Grenzen durch die BRD“.

Der Hamburger Lehrer-Referendariatsvorstand spricht sich am 31.3.81 gegen die „Vorneverteidigung als offizielles Lernziel“ aus und fordert außer der „vollständigen Anerkennung der bestehenden Grenzen und der Souveränität der beiden deutschen Staaten“ eine „friedensvertragliche Regelung mit den Siegermächten des 2. Weltkrieges“.

JVA Neumünster Gefangene fordern Tariflohn, besseres Essen

In der JVA Neumünster werden 675 Menschen gefangengehalten. Ein großes Druckmittel der Anstaltsleitung ist die Arbeitsvergabe. Wer keine Arbeit kriegt, bekommt 34 DM „Taschengeld“ im Monat. Wer arbeitet, bekommt bei normalem Arbeitspensum höchstens 120 bis 130 DM, meist aber weniger. Allein das Essen ist so schlecht, daß für zusätzlichen Kauf der Großteil des Geldes verwendet werden muß.

Neumünster, 16.3.1981
An die Redaktion des „Trallenkickers“

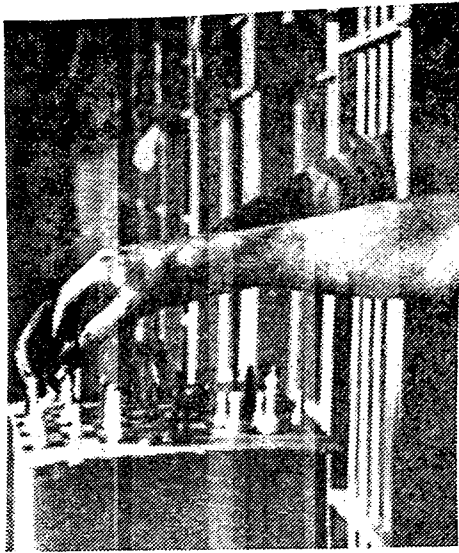
Zur Kenntnisnahme an den Anstaltsbeirat

Offener Brief
an den Leiter der JVA Neumünster
Herrn Leitender Regierungsdirektor
Janetsky

Sehr geehrter Herr Janetsky!

Sie haben in der Nr. 3/80 des Trallenkickers (Anstaltszeitung, die Red.) geschrieben: „So hat im ausklingenden Jahr eine viel zu große Anzahl von Inhaftierten die Vollzugslockerung nicht zu nutzen gewußt, sondern teilweise brutal mißbraucht.“

Worin soll eigentlich diese „Voll-



zugslockerung“ bestehen? Der größte Teil der Gefangenen der JVA Neumünster ist jeden Tag 23 Stunden auf der Zelle eingesperrt, oft zu zweit in einer Einmannzelle. Jeder Umschluß innerhalb der Abteilung während der Woche ist vom Belieben der Abteilungsbeamten abhängig. Damit ist es für die meisten Gefangenen unmöglich, während der Woche gemeinsam ihre Freizeit zu verbringen. Wo bitte ist da die „Vollzugslockerung“, Herr Janetzky?

Die Zeit, in der die Gefangenen Besuch bekommen können, ist auf eine Stunde im Monat beschränkt. Seit Jahresanfang ist diese Besuchsmöglichkeit durch das Besuchsverbot für Dienstags und Donnerstags weiter eingeschränkt. Wo bitte, Herr Janetzky, ist da die „Vollzugslockerung“? Und wieviele Ehen, Verlobungen und Bekanntschaften sind durch diese Einschränkung der Besuchsmöglichkeit bereits zerstört worden?

Gemeinschaftsveranstaltungen der Gefangenen unter eigener Regie (z.B. Musikveranstaltungen, Filmveranstaltungen, zu denen die Gefangenen die Filme aussuchen) gibt es hier in der JVA Neumünster überhaupt nicht. Die Möglichkeiten zum Fernsehen hat die Anstaltsleitung vor kurzem drastisch eingeschränkt. Wo also, Herr Janetzky, ist da die „Vollzugslockerung“?

Zum Schluß noch dies: Die Gefangenen sind laut §41 StVollzG zur Arbeit verpflichtet und bekommen dafür im Durchschnitt 5 DM am Tag. Wir haben ausgerechnet, was die Anstalt bzw. die Firmen, für die wir arbeiten müssen, einsparen, indem sie uns keine Tariflöhne zahlen. Wir schätzen pro Gefangenen an Kosten für Essen, Unterbringung, ärztliche Versorgung etc. 84 DM pro Woche. Dabei sind die Beamtengehälter nicht mit einbezogen, es gibt aber auch kein Gesetz, nach dem die Gefangenen durch ihre Arbeit die Beamtengehälter aufbringen sollen. Rechnet man für jeden Gefangenen einen Tariflohn von 8 DM, so ergibt sich, daß jedem arbeitenden Gefange-

nen der JVA Neumünster im Jahr mindestens 10000 DM Lohn vorenthalten werden:

8 DM pro Stunde mal 40 Stunden pro Woche mal 50 Wochen im Jahr gleich 16000 DM.

84 DM Kosten pro Gefangener und Woche plus 25 DM Lohn pro Woche mal 50 Wochen gleich 5450 DM. 16000 DM minus 5450 DM gleich 10550 DM.

Also: 10550 DM an Lohneinsparungen pro Gefangenen, durch die sich vor allem die Firmen bereichern.

1. Uns ist bekannt, daß die Vergütung der Gefangenen durch den Bundestag festgelegt wird. Grundsätzlich fordern wir, wie z.B. auch der 4. Strafverteidigertag im Mai 1980, Tariflöhne und Sozialversicherungen für die Gefangenen zu zahlen. Wir fordern die Anstaltsleitung auf, gegenüber den Fir-

men, für die die Gefangenen arbeiten müssen, auf Zahlung von Tariflohn zu drängen. Sofort sollen alle Gefangenen, bei gleicher Leistung und gleichen Zulagen wie bisher, mindestens in Vergütungsgruppe 3 eingestuft werden. Außerdem soll das Essen verbessert werden, d.h. mehr Obst, besseres Fleisch, besseren und mehr Aufschnitt.

2. Auf allen Abteilungen soll jeden Tag Umschluß möglich sein.

3. Jeder Gefangene soll wöchentlich mindestens 1 Stunde Besuch empfangen dürfen.

4. Die Anstaltsleitung soll eine Gefangenenvertretung zulassen, die von den Gefangenen selbst gewählt wird und die Interessen der Gefangenen gegenüber der Anstalt vertritt.

Unterzeichnet von 13 Gefangenen der JVA Neumünster

Hessen

Vielfältige Kräfte gegen die Reaktion in den Kommunalwahlen

Schon am Tage nach der Kommunalwahl in Hessen war der Überschwang der Bourgeoisie über den Sieg der CDU vorbei. „Keiner kann frohlocken“, schreibt F.K. Fromme in der „FAZ“. Zweifellos hat die CDU-Reaktion einen Erfolg errungen, indem sie ihren überraschenden Sieg von 1977 behaupten konnte. Was ihr aber nicht gelang, war, breite Schichten ehemaliger SPD-Wähler an sich zu ziehen.

Dort, wo sich der Widerstand gegen die Politik der Landesregierung und der Bourgeoisie breit entwickelt hatte, haben sowohl die SPD als auch die CDU starke Verluste erlitten:

– In Volkmarsen (Nordhessen) hat die Bürgerliste Volkmarsen, gebildet im Widerstand gegen die Wiederaufarbeitungsanlage für Kernbrennstoffe, 41,6% der Stimmen erhalten. Die CDU fiel von 51,6% auf 26,4%, die SPD von 39% auf 23,4%, die FDP von 9,4% auf 8,5%.

– Im benachbarten Breuna, wo die SPD und der SPD-Bürgermeister den Widerstand gegen die WAA unterstützen, erhielt die SPD 63,1%, die CDU verlor etwa 10%. Hier riefen die Kräfte gegen die WAA zur Wahl der SPD auf.

– In Mörfelden-Walldorf, einem der Zentren im Kampf gegen den Bau der



Demonstration gegen die Startbahn West

Startbahn West des Frankfurter Flughafens, erhielten die Grünen 25,2%. Die CDU fiel von 35,3% auf 27,4% und die SPD von 52,7% auf 39%.

— In Kelkheim (Main-Taunus-Kreis) hatten sich drei Initiativen, die bisher im Umweltschutz (z.B. gegen den Weiterbau der B 8 durch den Taunus), im Kampf gegen die Jugendpolitik des CDU-Magistrats und in der Friedenspolitik (z.B. gegen Waffenschau beim Stadtfest) hervorgetreten waren, erst im Dezember zusammengeschlossen. Ihre 132-Kandidatenliste erhielt 10,1%. Die CDU fiel von 55,2% auf 41,9%, die SPD von 35,5% auf 26,7%.

In Frankfurt hat die SPD die verschiedenen Kämpfe gegen die reaktionären Maßnahmen des CDU-Magistrats — z.B. Schließung der Kitas, Ausweisung von iranischen Demonstranten, Auflösung der Amtspersonalräte der Stadtverwaltung Ffm. — nicht unterstützt. Im Gallusviertel, einem traditionell SPD wählenden Arbeiterviertel, hat es einen langjährigen Kampf für den Neubau einer Gesamtschule gegeben, der durch DGB, GEW und Stadtschülerrat unterstützt wurde. Hier betrug die Wahlbeteiligung nur 58,8%. Die SPD fiel von 53,0% auf 44,2%, die CDU stieg von 40,1% auf 46,7%, die Grünen erhielten 4,2%.

Kein Wort zur Startbahn West im Kommunalwahlprogramm der SPD Frankfurt. So konnte OB Wallmann diese offene Flanke nutzen und auf der Linie: Startbahn West = Arbeitsplätze auch Teile der Arbeiterschaft ansprechen. Z.B. haben 50 Betriebsratsmitglieder in einer Anzeige Wallmann unterstützt. In Frankfurt insgesamt stieg die CDU von 51,3% auf 54,2%, die SPD fiel von 39,9% auf 34%, die FDP fiel aus dem Rathaus, die Grünen erhielten 6,4%.

Gebührenerhöhungen Gegen Gewerkschaftsbeschlüsse durchgesetzt

Mannheim. Einstimmig beschloß der Aufsichtsrat der Mannheimer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft (MVV) zum zweiten Mal innerhalb eines halben Jahres Gebührenerhöhungen für Fernwärme (14%), Strom (9%) und Gas (8%). Die beiden Erhöhungen (1.11.80, 1.4.81) belasten einen durchschnittlichen Haushalt in Mannheim mit mehr als 50 DM Mehrkosten im Monat; um die 3,5% Brutto-Lohnerhöhung wären so durchschnittlich allein für die MVV-Erhöhungen notwendig.

Am Tag vor der beschließenden Aufsichtsratssitzung der MVV hatte der ÖTV-Kreisvorstand mit knapper

Mehrheit die Aufsichtsratsmitglieder aufgefordert, den Erhöhungen nicht zuzustimmen. Zuvor hatte eine vierstündige außerordentliche ÖTV-Delegiertenversammlung stattgefunden, die — leider ohne Beschluß — mehrheitlich gegen die Erhöhungen Stellung nahm. Aus einigen Industriebetrieben waren an die ÖTV-Aufsichtsratsmitglieder Briefe mit der gleichen Aufforderung geschickt worden, z.B. von 16 Betriebsräten von Boehringer Mannheim.

Mit dem steigenden Ölpreis versuchen die MVV und Oberbürgermeister Varnholt, den Widerstand gegen die Gebührenpolitik zu überwinden. CDU-Fraktionschef Hartung in der Debatte des Gemeinderates am 24.3.: „Wir werden unsere Lebensgewohnheiten nicht unerheblich ändern müssen“. Das sei „dem Bürger“ lange nicht klar geworden, deshalb sei es jetzt so schwer, die Erhöhungen zu vertreten. SPD-Fraktionschef Widder: Wenige Entscheidungen hätten in letzter Zeit soviel Kopfzerbrechen und Sondersitzungen bereitet.

Erneut forderten die Stadträte von Grünen und DKP angesichts der Situation die Nichterhebung der Konzessionsabgabe durch die Stadt. OB Varnholt dazu: „Die KA macht gerade den Pflichtanteil aus, der an den Vermögenshaushalt abgeführt werden muß. Ohne KA braucht der Gemeinderat keinen Haushalt mehr zu machen.“ Die KA soll ca. 29 Mio. DM betragen. Ohne Tarifierhöhungen wäre sie auf 13,5 Mio. gesunken. Von den Mehreinnahmen der MVV gehen ca. zwei Drittel in Form erhöhter KA und Gewerbeertragssteuer an die Stadt. Die Unterlassung der Erhöhung nämlich hätte dazu geführt, daß die „Mindestgewinne“ von der MVV nicht mehr erwirtschaftet worden wären, die nach der Konzessionsabgaben-Anordnung Voraussetzung für die Zahlung sind.

Das Komitee gegen Fahrpreis- und Gebührenerhöhungen hatte in ca. 10000 Flugblättern und ca. 900 Informationsbroschüren gefordert, daß die Großbetriebe mit der gesamten Bezugspreiserhöhung der MVV belastet werden. CDU Hartung dazu: „Wer viel bezieht und weniger Kosten verursacht, will natürlich weniger bezahlen.“ Widder: „Nach allem, was uns vorliegt, ist die Behauptung falsch, die Tarifkunden würden die Sondervertragskunden subventionieren. Wenn die Werke Gewinne verbuchen können, dann bei ihren Sonderabnehmern.“

Für November 81 sind die nächsten Erhöhungen der MVV angekündigt. Ob es ihr gelingt, sie durchzusetzen, hängt auch vom Ausgang der Delegiertenkonferenz der IG Metall ab, die zu diesem Thema angekündigt ist.

Grundig-Sozialplan Kampf zahlt sich aus

Landau/Ascha. Einer „aggressiven und polemischen“ Belegschaft in Landau und Ascha machte der Grundig-Konzern Sozialplanvorschläge bis zu 40% schlechter als für das Werk Neuburg. Die Proteste gegen die Werkschließungen wurden um nichts zurückgenommen. Nach acht Verhandlungen ist der jetzt abgeschlossene Sozialplan sogar besser. Die Gesamtabfindungssumme beträgt 11,4 Mio. DM, im Schnitt 11000 DM pro Beschäftigtem, errechnet nach Alter, Betriebszugehörigkeit und Einkommen. Die Auszubildenden erhalten Pauschalen für die Fortsetzung ihrer Ausbildung in Fürth — 6200 DM/Jahr — und Landshut — 1000 DM/Jahr. Im Härtefonds sind 400000 DM. Teilzeitbeschäftigte erhalten Abfindungen entsprechend gearbeiteter Stunden. Beginnt einer die Arbeit in einem



600000 DM zusätzlich bot Grundig für die Absage des Theaterstücks der Grundig-Arbeiter: „Wegen Reichtum geschlossen“. Kein Erfolg. Dafür großer Erfolg bei der Weltaufführung in Landau am 7. März.

Nachfolgebetrieb, erhält er 50% der Abfindung. Ansprüche auf betriebliche Altersversorgung werden schriftlich bestätigt, Jubiläumsgeld wird ausbezahlt.

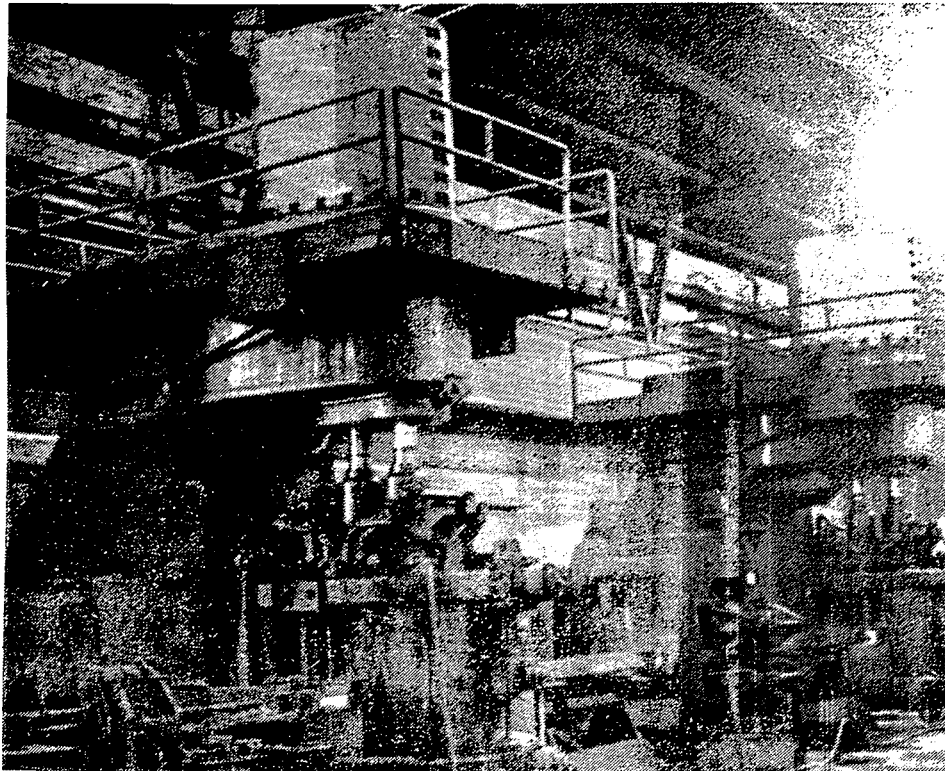
Grundig muß die Differenz zwischen Arbeitslosengeld und Nettoeinkommen bei Frauen vom 59. bis zum Ende des 60. Lebensjahres, bei Männern bis zum Ende des 63. Jahres bezahlen. Letzteres hatten IGM und Betriebsräte angesichts der hohen Frauenarbeitslosigkeit auch für Frauen gefordert — aber noch nicht erreicht. Während der Faktor „Betriebszugehörigkeit“ an Bedeutung für die Höhe der Abfindungen verlieren muß, würde ein Faktor „Arbeitslosigkeit“ der Notlage, in die auch Familien junger Lohnabhängiger kommen, entsprechen. Die örtliche IGM beginnt mit den Grundig-Arbeitern systematisch die Folgen der Arbeitslosigkeit zu untersuchen.

Mit Hilfe von Sozialplänen setzt Klöckner weitreichende Rationalisierungen durch

Innerhalb der nächsten zwei bis drei Jahre will der Klöckner-Konzern seine Belegschaft im Stahlbereich um knapp 3000 Beschäftigte verringern, vermeldete die Vorstandsetage der Klöckner-Werke AG am 25.3.81 in Duisburg. Demnach soll in Hagen-Haspe die einzige noch vorhandene Walzstraße von drei auf zwei Schichten umgestellt, die Belegschaft von 520 im letzten November auf unter 300 Mann reduziert werden. In den Werken Georgsmarienhüt-

ten Osnabrücker) Zeitung. Der Personalabbau, der zwischen 1981 und 83 erfolgen soll, werde nach den üblichen Sozialplänen erfolgen. Die Freistellungen würden keinerlei Schwierigkeiten bereiten, da in Georgsmarienhütte viele Mitarbeiter über 59 Jahre alt seien.“ (NOZ, 6.3.1980)

Sozialpläne werden in der Eisen- und Stahlindustrie verstärkt seit Mitte der 60er Jahre angewandt, auf die Krisen reagierten die Stahlkapitalisten mit



te und Osnabrück werden durch die Umstellung der gesamten Metallurgie auf das neue Klöckner-Stahlerzeugungs- (KS) Verfahren etwa 1000 Arbeiter und Angestellte „freigesetzt“. Das Werk Bremen soll voll auf Strangguß umgerüstet, der Blockguß stillgelegt werden, wodurch etwa 650 Arbeitsplätze wegrationalisiert werden. Weiter plant Klöckner den Bau einer Kohlevergasungsanlage in Bremen, deren Baubeginn allerdings von der Zahlung staatlicher Förderungsmittel abhängt. Für den Neubau der KS-Anlage in GM-Hütte hat der Konzern bereits 50 Mio. DM aus dem Bundesforschungsministerium eingesackt. In der Maxhütte werden zwei von fünf Walzstraßen abgerissen, beabsichtigte Personaleinsparung: 1000 Mann.

Der Vorstand gibt sich gelassen: „Es werde allerdings keine Entlassungen geben, betonte Vorstandmitglied Friedrich Haffner gegenüber unserer (Neu-

Umstrukturierungen ihrer Produktionsapparate und Massenentlassungen. Zwischen 1970 und 1980 wurden rund 100000 Stahlarbeiter wegrationalisiert, ohne gewisse Zugeständnisse der Kapitalisten an die Belegschaften wäre eine so gewaltige Freisetzung und Umwälzung des Arbeiterkörpers wohl kaum durchsetzbar gewesen.

Im Klöckner-Konzern werden die Belegschaften der Stahlbetriebe kontinuierlich seit 1965/66 (44000 Beschäftigte) abgebaut. Der derzeitige Stand beträgt 17120 Beschäftigte. Die momentan gültigen Sozialpläne sind hier aufgeteilt in drei Teile. Teil 1 regelt die Entlassung durch Frühverrentung, Teil 2 die Freisetzung jüngerer Arbeiter und Angestellte durch Abfindungen und Prämien, Teil 3 betrifft rentenberechtigte Erwerbsgeminderte.

Für die Kapitalisten haben Entlassungen über Frühverrentung den Vorteil, durch Wegfall von alter und verschlissener Arbeitskraft die Beleg-

schaft zu verjüngen, was vor allem günstige Voraussetzungen für die Verschärfung der Ausbeutung schafft. Das Ergebnis zeigt sich in der Steigerung des Produktionsergebnisses je Beschäftigungsstunde: es stieg in der Eisen- und Stahlindustrie von 1963–67 um 42%. Bei Klöckner erbringt 1980 eine um ein Drittel reduzierte Belegschaft eine um 40% höhere Stahlerzeugung.

Für die älteren Arbeiter und Angestellten bietet sich die Chance, der Knochenmühle Klöckner vor dem 65. Lebensjahr zu entkommen. Ein 59-jähriger Arbeiter, der verrentet wird, erhält ein Jahr lang Arbeitslosengeld, das von Klöckner mit einer Abfindung bis zu 95% seines durchschnittlichen Nettolohns der letzten sechs Monate für zwölf Monate aufgestockt wird (Sozialplan Bremen gültig ab 1.1.79, im alten Sozialplan 100%). Einem Angestellten, der mit 58 Jahren frühverrentet wird, zahlt Klöckner die Abfindung für zwei Jahre. Da der Angestellte im zweiten Jahr nur Arbeitslosenhilfe erhält, Klöckner aber die Differenz zwischen Arbeitslosenunterstützung und Nettogehalt zahlt, bekommt er weniger. Durch den Tatbestand, daß dem Arbeiter 5 Versicherungsjahre entgehen, die auf die Höhe seiner Rente drücken, zahlt Klöckner einen Ausgleich bis zum 63. Lebensjahr (alter Sozialplan bis zum 65. Lebensjahr).

Abgesehen davon, daß der Arbeiter zusätzlich durch das 20. und 21. Renten Anpassungsgesetz um einen Gutteil seiner Rente betrogen wird, tut sich das Problem für die Arbeiterbewegung auf, der durch Verschärfung der Ausbeutung, Ausdehnung der Schichtarbeit im Gefolge des Rationalisierungsprozesses systematischen Ruinierung der Arbeitskraft Schranken zu setzen. Wie der Vertrauensleutekörper der Hütte Bremen in seinem Antrag an den 13. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall richtig feststellt, „darf nicht weiterhin den Belegschaftsvertretungen in den Betrieben überlassen bleiben, mit Sozialplanregelungen die schlimmsten Auswirkungen für die betroffenen Kollegen zu mildern“. Die Vertrauensleute fordern daher die Verkürzung des Rentenalters für Schichtarbeiter auf 55 Jahre und in einem anderen Antrag die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche. Insgesamt sind zur Herabsetzung des Rentenalters elf Anträge an den Gewerkschaftstag gestellt worden, was die Dringlichkeit der Lösung dieser Frage unterstreicht.

Entwicklung der Klöckner-Werke AG

1845 Errichtung eines Puddelwerks in Haspe.

1856–58 Errichtung der Georgsmarienhütte seitens des 1856 gegründeten „Georgs-Marien-Bergwerks- und Hüttenvereins“ (AG) mit zunächst 2, 1868 4 Hochöfen.

1868 Errichtung eines Bessemer-Stahlwerks mit Hammerwerk und Walzwerk in Osnabrück durch die neue Gesellschaft „Eisen- und Stahlwerk zu Osnabrück (AG)“.

1885 Übernahme des Eisen- und Stahlwerks Osnabrück im Wege der Fusion durch den Georgsmarienverein.

1894 P. Klöckner Vorsitzender im Aufsichtsrat der „Eisen- und Stahlwerke Haspe AG“.

1906 Gründung der Eisen- und Stahlhandelsgesellschaft Klöckner & Co. in Duisburg durch P. Klöckner.

1909 In GM-Hütte Inbetriebnahme eines Walzwerks mit einer Block- und einer Feinstraße.

1923 Übernahme des Georgs-Marienbergwerks und Hüttenverein im Wege der Fusion auf dem Lohrthinger Hütten- und Bergwerksverein unter gleichzeitiger Änderung der Firma in Klöckner-Werke AG.

1927 In Haspe Inbetriebnahme eines neuen Thomas-Stahlwerks mit vier 20-t-Konvertern, 1933 Errichtung einer Feinblechstraße, 1937 Errichtung einer Sinteranlage.

1952 In GM-Hütte Inbetriebnahme eines neuen SM-Stahlwerks.

1957–58 In neugebauter Hütte Bremen Inbetriebnahme eines SM-Stahlwerks, einer Blockbrammenstraße, einer Grobblechstraße, einer Warmbreitbandstraße und eines Breitbandkaltwalzwerkes, 1959 Inbetriebnahme des ersten Hochofens, in Osnabrück Errichtung eines 80–100 t E-Ofens.

1968 Inbetriebnahme eines LD-Stahlwerks in Bremen.

1969 Rohstahlerzeugung seit 1938 verdreifacht, 26 Beteiligungen.

1972 Stilllegung Metallurgie Hagen-Haspe, Stilllegung SM-Stahlwerk GM-Hütte, kontinuierlicher Abbau der Belegschaften seit 64/65 von 44200 auf 21900.

1978 Erwerb von 51 % an der Max-Hütte, dadurch drittgrößter Walzstahlhersteller, 1979 Übernahme der restlichen Anteile.

Quelle: „Vom Eisen zum Klöckner-Stahl“ Presseabteilung der Klöckner-Werke, 1971.

BASF AG Betriebsratswahl stärkt IG Chemie

Ludwigshafen Die Betriebsratswahlen im Werk Ludwigshafen der BASF AG bringen die Unterstützung der Politik des bisherigen Betriebsrats zum Ausdruck. Mitte letzten Jahres war ein Programm aufgestellt worden: Lohnabsicherung für altersbedingte Versetzungen, Monatslohn für Arbeiter, Absicherung aller Zulagen, Pensionierung der Schichtarbeiter mit 60 Jahren bei vollem Rentenausgleich, mehr betriebliche Kuraufenthalte usw. Der Betriebsrat hat bisher die Alterslohnabsicherung, Grundsätze für den Monatslohn für Arbeiter, bessere Umgruppierungsregelungen, Bezahlung der Nachtschichtessen in besonderen Fällen, mehrere Prämienabsicherungen usw. durchgesetzt.

| | Arbeit. | Angest. | Gesamt |
|-----------------------|------------------|------------------|------------------|
| Wahlber. Beteilig. | 26444 69(63)% | 20248 74(72)% | 46692 71(67)% |
| Sitze: | | | |
| IG Chemie | 30(30) | 17(15) | 47(45) |
| DAG ua. ¹⁾ | –(–) | 6(8) | 6(8) |
| CGBCE ²⁾ | 4(4) | 2(1) | 6(5) |
| DHV ³⁾ | –(–) | 0(–) | 0(–) |
| RGO | –(1) | –(–) | –(1) |
| Gesamt | 34(35) | 25(24) | 59(59) |

1) Wählergemeinschaft BASF/DAG/Freie Liste Angestellte. 2) Christliche Gewerkschaft Bergbau/Energie/Chemie. 3) Dt. Handlungsgehilfenverband im christl. Gewerkschaftsbund. (Zahlen in Klammern: Ergebnisse 1978).

Bei gestiegener Wahlbeteiligung hat die IG Chemie ihren Stimmenanteil bei den Arbeitern von 86% auf 89,5%, bei den Angestellten von 62,5% auf 68% steigern können. Hier hat die Listenverbindung DAG-FLA-Wählergemeinschaft BASF mit dem Verlust von zwei Sitzen die Quittung für ihre Spalterpolitik erhalten. Kurz vor der Wahl mußte die IG Chemie dieser Liste per Gerichtsbeschluß die Behauptung verbieten lassen, im DGB-Programm seien die Forderungen nach Abschaffung der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, der Ersatz- und Betriebskrankenkassen sowie der betrieblichen Altersversorgung enthalten.

Im Angestelltenbereich hatte es im Zusammenhang mit der Betriebsratswahl auch innerhalb der IG Chemie heftige Auseinandersetzungen gegeben. Die langjährige Betriebsrätin U. Dreyer, Mitglied der Tarifkommission Rhld.-Pfalz und des Bundesfrauenausschusses hat sämtliche gewerkschaftlichen Ämter niedergelegt. Sie ist mit der Begründung, in einem solchen „Intri-

gen- und Manipulationsverein“ keine Basisarbeit mehr leisten zu können, aus der IG Chemie ausgetreten. Dieser Schritt wurde von 197 Vertrauensleuten unterstützt, der Geschäftsführer der Verwaltungsstelle Ludwigshafen als „Napoleon“ bezeichnet.

Nachdem die großen Stimmengewinne das Vorankommen der IG Chemie in den Sachfragen bestätigen, benötigt die Gewerkschaft ein passendes Konzept der Umsetzung und gegenseitigen Unterstützung mit dem BASF-Betriebsrat jetzt dringend.

Militär

Bürgerinitiativen gegen NATO-Munitionslager

Hildesheim. Mitte Mai dieses Jahres soll mit dem Bau eines militärischen Versorgungszentrums der NATO im Kreis Hildesheim begonnen werden. Es soll aus zwei Teilen bestehen: der eigentlichen Munitionsdeponie und einem Lager für Treibstoff und Gerät zwischen Rott und Hoyershausen (500m beim Ort). Da die Deponie der NATO untersteht, besteht die Möglichkeit, daß dort Atomsprengeköpfe gelagert werden. Für die Deponie bei Hoyershausen wurden 14ha durch das Vermögensamt Hannover aufgekauft. In Rott weigert sich die Forstgemeinschaft (acht Landwirte), ihr Land (6ha) für den Bau zu verkaufen. Gegen sie hat der Bundesrechnungshof ein Zwangsenteignungsverfahren eingeleitet.

Gegen den Bau haben sich Bürgerinitiativen in Rott und Alfeld gebildet. Die Rotter sprechen sich besonders aus folgenden Gründen gegen die Lager aus: dauernde Gefährdung durch die eingelagerten Sprengstoffe, Behinderung und Belästigung der Ortsansässigen.



und die Zukunft der Gemeinden am Duinger Berg vor den NATO Munitions- und Treibstoffdepots

Diese Depots werden durch ihre Standorte und Ausmaße große Flächen Naturlandschaft völlig zerstören und die Bevölkerung einer andauernden Bedrohung und Gefährdung aussetzen.

Bürgerinitiativen Rott

gen und besondere Gefährdung der Kinder durch die Militärtransporte. Welche Folgen die Abholzung von ca. 20ha Holz hat, wird noch untersucht. Auf einer Informationsveranstaltung der BI Alfeld haben die 150 Anwesenden eine Resolution gegen den Bau verabschiedet. In der Resolution heißt es u.a. „Wir sehen unsere Aufgabe darin, hier bei uns gegen die drohende Kriegsgefahr durch das Aufrüsten von Warschauer Pakt und NATO einzutreten.“

Härdle-Prozeß Berufsverbot in Vorbereitung

Heidelberg. Gegen das Urteil von 22 Monaten Gefängnis gegen Rechtsanwalt Härdle ist Verfassungsbeschwerde eingelegt worden, weil die Revision zuvor vom Bundesgerichtshof (BGH) verworfen wurde. Da die Verfassungsbeschwerde keine aufschiebende Wirkung auf die Vollstreckung des Urteils hat, kündigte die Staatsanwaltschaft in Heidelberg an, RA Härdle zu inhaftieren, wenn der Prozeß zu Ende ist, in dem er derzeit noch verteidigt.

Über den Rahmen und die Tätigkeiten der Aktionseinheit (über 25 Organisationen, darunter die GRÜNEN, DKP, JUSOS, Fachschaften) hinaus, haben der Republikanische Anwaltsverein, die Vereinigung hessischer Strafverteidiger, die Arbeitsgemeinschaft Heidelberger Strafverteidiger und die Mitgliederversammlung des Anwaltsvereins Heidelberg die BGH-Entscheidung kritisiert, u.a. weil sie die Verletzung und Einschränkung von Verteidigungsrechten bestätigte. Der Anwaltsverein und andere fordern die Aufschiebung der Urteilsvollstreckung bis zur Entscheidung über die Verfassungsbeschwerde. Das Justizministerium könnte dies anordnen.

Erneut wird gleichzeitig ein Berufsverbot gegen RA Härdle vom Generalstaatsanwalt angestrebt: „RA Härdle ist wegen Vergehen – nicht Verbrechen – verurteilt; Verlust der Amtsfähigkeit als Nebenfolge (§45 StGb) kommt somit nicht in Betracht. Es wird deshalb zu prüfen sein, ob wegen der gegen ihn erhobenen, u.U. noch zu erhebenden Vorwürfe standesrechtlicher Art gegen ihn auf Entfernung aus der Rechtsanwaltschaft anzutragen ist, ob Antrag auf Verhängen des Berufsverbots gestellt werden soll ...“ So der leitende Oberstaatsanwalt an die Rechtsanwaltskammer Karlsruhe am 10.3.81. Sollte damit unter anderem die Taktik verfolgt werden, die erhobene Kritik an der „Rechtssprechung“ zu unterlaufen, um auf eventuelle Erfolge bei der „anwaltlichen Standesehre“ hoffen zu können, so ist dies

vorerst fehlgeschlagen. Die Rechtsanwaltskammer hat die Einleitung eines Ehrengerichtsverfahrens mit dem Ziel eines Berufsverbotes zurückgewiesen und will gleichzeitig beim Justizministerium vorstellig werden, damit dieses die Inhaftierung aussetzt bis zur Entscheidung über die Verfassungsbeschwerde.

Die Stellungnahme der Rechtsanwaltskammer ist rechtlich jedoch keineswegs bindend. Die Bundesanwaltsordnung (BRAO) geht sogar soweit, im Gegensatz zur Rechtsanwaltsordnung alter Fassung (RAOaF), der Rechtsanwaltsordnung (RRAO) und den Rechtsanwaltsordnungen der Besatzungszonen 1945 die Möglichkeit zu eröffnen, schon vor der Einleitung eines Ehrengerichtsverfahrens ein Berufs- oder Vertretungsverbot zu verhängen.

Westberliner CDU Erziehungsgeld als „soziale Komponente“

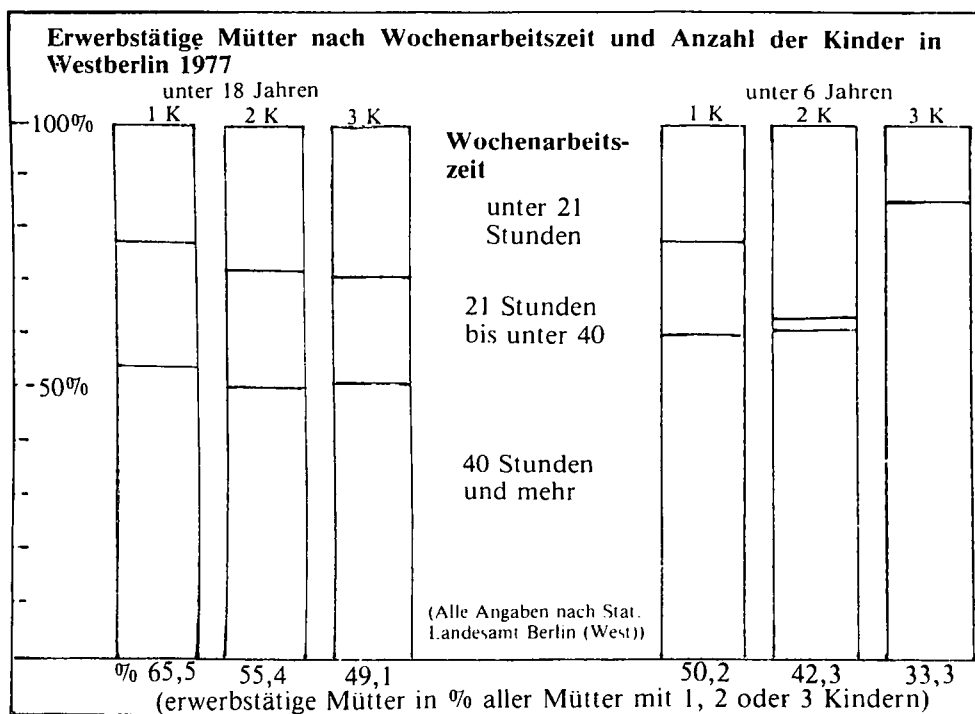
Westberlin. Den Kampf der Erzieher gegen die Überbelegung in den Kindertagesstätten und die jetzt schon untragbare Arbeitsbelastung, der von den Eltern unterstützt wird, will die CDU mit ihrer reaktionären Familienpolitik spalten. Sie fordert in ihrer Wahlbroschüre: „Der zunehmenden Verstaatlichung der Kindererziehung muß ein Ende gesetzt werden.“ Nicht etwa, weil sie für unentgeltliche Krippen und Kindertagesstätten unter Kontrolle des Betriebsrates an allen Arbeitsstätten eintritt, sondern ihre Parole ist: zurück in die Familie. Und das vor allem wegen der Kosten. Steuergelder sollen

nicht für den Bau von Kindertagesstätten oder zu ihrer Unterhaltung verschwendet werden. Sie fordert Abschaffung des jährlichen Kindertagesstätten-Tarifs von 400 DM, statt dessen Staffelung des Tarifs nach Einkommen und die Einführung eines Erziehungsgeldes von 400 DM für denjenigen „Elternteil, der auf Erwerbstätigkeit zugunsten der Erziehung seines Kindes in den ersten drei Lebensjahren verzichtet.“

In Westberlin ist die Zahl der erwerbstätigen Mütter mit Kindern unter 18 Jahren von 1961 bis 1977 von 42,1 auf 60,2% gestiegen. Dem Zwang, daß Mann und Frau arbeiten müssen, weil der Lohn nicht reicht, folgt der Zwang, die Kinder in Kindertagesstätten unterzubringen oder keine zu bekommen. Die Zahl der Kindertagesstättenplätze stieg von 1961 bis 1981 von 18977 auf 56000. Die Belegung der Krippenplätze für Kinder von acht Wochen bis zum vollendeten dritten Lebensjahr hat sich in den letzten 20 Jahren nahezu vervierfacht. Heute stehen immer noch 24000 Kinder auf der Warteliste für einen Kitaplatz.

„Vor allem von den Frauen der unteren Einkommensschichten“ wird das Erziehungsgeld „akzeptiert“, lügt Norbert Blüm. Schon allein die einfache Rechnung ergibt, welche Familien Blüm fördern will. Kostenpunkt des Programms nach Blüm „etwa 150 Mio. DM“ und bezahlt aus der Arbeitslosenversicherung.

Diesen unverschämten Angriff auf die Arbeitslosenversicherung will Blüm offensichtlich rechtfertigen mit dem Argument, daß „durch das Erziehungsgeld ein erheblicher Entlastungseffekt auf dem Arbeitsmarkt erzielt wird ... zumal Einsparungen bei Arbeitslosen weitgehend das Erziehungsgeld finanzieren“.



Billiglehrer, bezahlt aus der Arbeitslosenkasse — GEW Hamburg stellt Forderungen auf

Seit 1976 werden in Hamburg arbeitslose Lehrer in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) beschäftigt. Heute sind es ca. 230 Kollegen, die z.T. mehrfach hintereinander befristete ABM-Verträge von z.Zt. einem Jahr minus Sommerferien erhalten. Die Arbeitszeit beträgt 20 Stunden wöchentlich ohne Vorbereitung usw. Das Gehalt ist angeglichen an BAT IIa (Lehrer im Angestelltenverhältnis). Ein Ledi-ger kommt je nach Zahl der Arbeitstage auf 1400 bis 1550 DM netto pro Monat. Davon erstattet das Arbeitsamt 90% an die Schulbehörde. Das Gehalt wird allerdings erst am 21. des Folgemonats ausgezahlt — also sieben Wochen später als bei festangestellten Kollegen.

Die Tätigkeiten im Rahmen des Lehrer-ABM-Programms finden an Haupt- und Sonderschulen statt und sind definiert als:

- a) „Hausaufgabenhilfe für Kinder aus soziokulturell benachteiligten Kreisen“
- b) „Projektbezogener Orientierungsunterricht für Ausländerkinder“.

Die äußeren Umstände der ABM-Beschäftigung erscheinen vielen Referendaren und arbeitslosen Lehrern zunächst verlockend: Geringe Stundenzahl bei relativ wenig erforderlicher Vorbereitung und Nebentätigkeit, die ein Lehrer sonst zu erledigen hat, Stundenlohn von 23,76 DM brutto, Betreuung von kleinen Gruppen von Schülern, später Arbeitsbeginn usw. Als Alternative bleibt sowieso nur die Arbeitslosenhilfe, die ungefähr 600 DM monatlich beträgt, die Eltern und Großeltern müssen noch zuzahlen. Bei Ablehnung einer ABM-Beschäftigung droht zudem eine Sperrung.

Nach kurzer Zeit beklagen sich jedoch die ABM-Lehrer über ihre „angenehmen Jobs“. Die Isolierung vom Kollegium bei nachmittags stattfindender Hausaufgabenhilfe entnervt die Kollegen ebenso wie ihre Handlangerfunktion als Hilfslehrer, die eigenverantwortlich kaum etwas tun dürfen, obwohl sie doch alle das 2. Staatsexamen abgelegt haben und als voll ausgebildete Lehrer gelten. Einige ABM-Lehrer müssen zwischen zwei Schulen pendeln, was den Zusammenschluß mit den fest beschäftigten Kollegen, die man ja für die Unterstützung der Forderung nach einer Planstelle gewinnen möchte, erschwert.

Viele Kollegen werden vom Schulleiter oder Klassenlehrer für Tätigkeiten eingesetzt, die sie offiziell als ABM-Beschäftigte nicht machen dürfen, wie

z.B. Unterricht in einer halben Klasse, Vertretungsunterricht usw. Sie tun es, weil sie lieber eine vernünftige Arbeit statt purer Aufpasserei machen wollen. Dabei wissen die meisten, daß diese Tätigkeiten mit Planstellen abgedeckt werden müßten.

Die Kritik der ABM-Beschäftigten, geäußert auf ihrer Personalversammlung, in Tätigkeitsberichten an den Personalrat und in Artikeln in der „Hamburger Lehrerzeitung“ der GEW, wie auch die Ablehnung der ABM seitens der GEW und ihrer Mehrheit im Personalrat Volks-, Real-

und Sonderschulen wird wie folgt begründet:

„ABM in den Schulen bereiten nicht — wie es das Arbeitsförderungsgesetz in §91 fordert — die Übernahme von Arbeitslosen in Dauerarbeitsplätze vor, sondern entlassen sie nach einer mehr oder weniger kurzen Beschäftigung in erneute Arbeitslosigkeit.“

— Trotz der an BAT IIa orientierten Bezahlung fehlen wesentliche und bei ordentlich Beschäftigten selbstverständliche Leistungen: Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld, Alterszulagen, Sonderurlaubsregelung, jeder soziale



Luisburg baut beim Grünflächenamt Dauerarbeitsplätze ab. Die Aufgaben werden von Beschäftigten erledigt, die nach den ABM eingestellt sind.



Zentrale GEW-Tagung gegen Lehrerarbeitslosigkeit in Sindelfingen: Einheitliche Ablehnung von ABM, erzwungener Teilzeitarbeit und Kurzverträgen.



GEW-Demonstration in der Vorbereitung des Lehrerstreiks 1979 in Hamburg.

Schutz mit Ablauf des befristeten Vertrages.“ (Personalratsinfo Nr. 14, 24. 2.81)

– Die ABM werden als pädagogischer Unfug angesehen, da längerfristige Planung durch die Befristung der Verträge nicht möglich ist und den Schülern nach einem knappen Jahr ein neuer ABM-Lehrer vorgesetzt wird.

– ABM-Programme dienen zur Verschleierung der Mängel an den Schulen und der Höhe der Arbeitslosenzahlen. Zudem wird der größte Teil der Kosten aus Geldern der Arbeitslosenversicherung bezahlt, obwohl die Hamburger Schulbehörde ausdrücklich ablehnt, eine Zusage auf feste Übernahme nach Vertragsende zu machen.

Die GEW greift an, daß hier staatliche Pflichtaufgaben, anders definiert als tatsächlich durchgeführt, aus der Arbeitslosenkasse finanziert werden, um billig die größten Löcher an den Schulen zu stopfen, unter unerträglichen sozialen Bedingungen für die betroffenen Kollegen. Die ABM-Personalversammlung am 24.9.80 unterstützte ohne Gegenstimme die Resolution der GEW-Kollegen, die als Hauptforderung enthält:

- Planstellen statt ABM
- Strikte Einhaltung des AFG §91 durch die Schulbehörde
- Forderungen zur sozialen und tariflichen Gleichstellung mit festangestellten Kollegen, solange es noch ABM gibt.

Insgesamt werden ABM durchgeführt in folgenden Bereichen: Landwirtschaft und Gartenbau, Küstenschutz/Landgewinnung, Forstwirtschaft, Versorgungsanlagen, Bau-, Industrie- und Freizeitgeländeerschließung, Hochbau, Büro und Verwaltung und Soziale Dienste. Aufgrund der Erfahrungen im öffentlichen Dienst mit ABM hat die ÖTV auf dem letzten Gewerkschaftstag folgenden Antrag zu ABM beschlossen: „... Um dem Ziel von ABM gerecht zu werden, sollte der Beschäftigte nach Beendigung der ABM in ein festes Arbeitsverhältnis übernommen werden. Auf keinen Fall dürfen ABM dazu mißbraucht werden, eine Umfinanzierung der Personalhaushalte zu Lasten der Bundesanstalt für Arbeit (BfA) und damit der Beitragszahler vorzunehmen ... Im Bereich von ABM sind ausschließlich Maßnahmen zu fördern, durch die zusätzliche Dauerarbeitsplätze geschaffen werden ... Die in ABM Beschäftigten sind in das geltende Tarifrecht einzubeziehen ...“ (Antrag 1069, Hauptvorstand)

Die Forderung nach Einschaltung der Betriebs- und Personalräte bei Antragsstellung und Erfolgskontrolle für ABM, die länger als ein Jahr dauern, hat die ÖTV im Verwaltungsrat der BfA bereits durchgesetzt.

Sichtweise der Kapitalisten: „Produktive Erwerbslosenfürsorge“

„Öffentliche Notstandsarbeiten als Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung wurden in Deutschland seit dem Ende des 1. Weltkrieges durchgeführt. Eine ‚Produktive Erwerbslosenfürsorge‘, für die es schon früher einzelne Vorbilder gab, wurde gegen Ende 1919 durch reichseinheitliche Regelung geschaffen ... Der damalige, ‚Vorläufige Reichswirtschaftsrat‘ hatte diesen Gedanken in einem Beschluß wie folgt formuliert: ‚Der Ausbau der heutigen Erwerbslosenfürsorge zu einer produktiven, deren Ziel die Steigerung der Warenerzeugung ist, erscheint unumgänglich geboten‘.“

(Heberer/Wagner, „Erhaltung von Arbeitsplätzen und Arbeitsbeschaffung“, in: Aufgaben und Praxis der BfA, Heft 20 1976)

ten zuweisen.“

(Dr. jur. W. Hoppe, „Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung nach dem AFG“, in: Betriebs-Berater, Heft 10, 10.4.1976)



Reichsarbeitsdienst.

„Der Gesetzgeber ist bei dieser Regelung von dem Gedanken ausgegangen, daß es sowohl für den einzelnen Ar-

beitslosen als auch für die Gemeinschaft der Beitragszahler besser ist, wenn der Arbeitslose volkswirtschaftlich nützlichen Beschäftigungen zugeführt wird, anstatt die rein konsumtiven Leistungen bei Arbeitslosigkeit zu beziehen.“

(Siegers, Vizepräsident des Landesarbeitsamtes Niedersachsen-Bremen, „Leistungen der BfA an Arbeitgeber“, in: Betriebs-Berater, Heft 20, 20.7.79)

„Mit der Verabschiedung des Arbeitsförderungsgesetzes von 1969 wurde das ältere auf Notstandsarbeiten ausgerichtete Programm der neuen wirtschaftlichen und technologischen Lage angepaßt ...“

(K. Hauf, „Arbeitsbeschaffung in der BRD“, International Institute of Management, Berlin-W., Nov. 1979)

„Beim Eintritt in ABM war bei den geförderten Arbeitnehmern eine beachtliche vertikale und horizontale Mobilität festzustellen. 15% der Geförderten erfuhren im Vergleich zu ihrer letzten Tätigkeit eine Abstufung, 2% einen beruflichen Aufstieg, 5% wechselten in gleichrangige Positionen. 36% der Teilnehmer haben mit Eintritt in ABM ihren Beruf gewechselt.“ („Handelsblatt“, 4.9.1979)

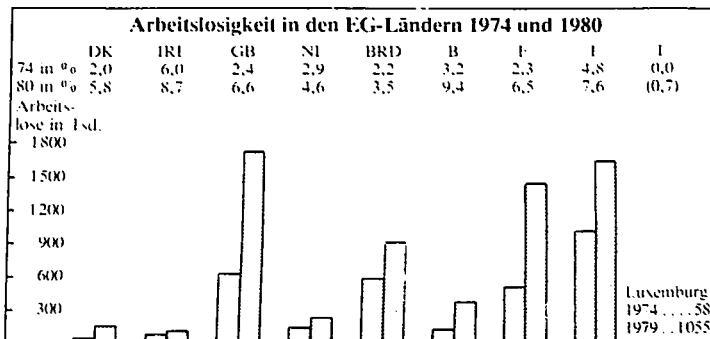
1979 hat der Wetteifer der Kapitalisten in der Kunst der Bereicherung an Versicherungsgeldern seinen vorläufigen Höhepunkt erreicht: für Beschäftigung, Ausbildung oder Umschulung von „Problemgruppen“ (Jugendliche, Frauen, ältere Arbeitslose usw.) strichen die Kapitalisten Milliarden ein. In Großbritannien fiel mit 380000 solcher Vermittlungen fast jeder vierte Arbeitslose unter Arbeitsbeschaffungs- oder Beschäftigungsprogramme.

Die französische Bourgeoisie, die Prämien für 480000 solcher Vermittlungen ins Auge gefaßt hatte, beseitigte die staatlich finanzierte Arbeitslosenhilfe und legte gesetzlich fest, daß das Defizit der Versicherung durch Lohnabzüge zu decken sei. Die Beiträge für die Lohnabhängigen wurden sofort auf 0,84% verdoppelt, die Kapitalisten haben 2,76% zu zahlen. Gleichzeitig werden die Arbeitslosen nach fünf Leistungsarten verschieden behandelt, zum Teil wurden die Leistungen drastisch gekürzt, um die „Mobilitätsbereitschaft“ im Sinne der Kapitalisten zu befördern.

Die westdeutsche Bourgeoisie reformierte ebenfalls 1979 das Arbeitsförderungs-gesetz, um die „Zumutbarkeit“ von Arbeitsangeboten zu erzwingen. In Belgien zog die Bourgeoisie nach und stellte per Gesetz fest, daß bei Ablehnung eines für „zumutbar“ erklärten Arbeitsangebotes 26 Wochen Sperrfrist drohen. Fast parallel wurde in Italien die Leistung an freigesetzte Arbeiter von deren Teilnahme an „Nachschulungen“ oder „gemeinnützigen Arbeiten“ abhängig gemacht.

Im Frühjahr dieses Jahres zeichnet sich eine Verschärfung dieser Angriffe der Kapitalisten auf breiter Front ab: In den Niederlanden wird die Durchsetzung verdoppelter Anwartschaften von 65 auf 130 Tage in den letzten zwölf Monaten als Leistungsbedingung betrieben, arbeitslose Schulabgänger erhalten erst nach einer Wartezeit von sechs Monaten gekürzte Leistungen. In Belgien sind gegen den Widerstand der Gewerkschaften Leistungskürzungen an alle unterhaltsberechtigten Arbeitslosen in diesem Monat in Kraft getreten. Die Besteue-

rung des Arbeitslosengeldes soll hier ebenso wie in Großbritannien durchgesetzt werden. Matthöfer, Lambsdorff und Ehrenberg wollen mit ihren Plänen zur Besteuerung des Arbeitslosengeldes und zum Übergang von der „Beschäftigungs-“ zu erweiterter „Arbeitsbeschaffungspolitik“



Arbeitslosenversicherung in den EG-Ländern 1978

| Land | Versicherungssystem Beitrag des Lohnabhg. Arbeitgebers | Versicherungsleistung | Leistungsdauer |
|------|---|---|---|
| DK | freiwillige Versicherung Beitragsfestsetz. jährl. 1978 jährl. durchschn.: 450 Kr 135 Kr. | Höchstsätze werden von den einzelnen Kassen jeweils auf ½ Jahr festgesetzt | Höchstens 3,5 Jahre |
| IRL | A Arbeitslosenversich. B Arbeitslosenhilfe wöchentlich pauschal: M 3,42 £ 5,26 £ F 3,35 £ 5,21 £ wöchentlich entgeltbez.: 1% 2% bis Jahresverdienst 2 500 £ | A Pauschalleistung: Männer und nicht unterhaltsberechtigte Frauen: 14,35 £ pro Woche plus entgeltbezogene Lei- stung: 147 Tage 40% verringert um 10% je weitere 78 Tage des steuerpflichtigen Wochenentgelts zwischen 14 und 50 £, zusammen bis höchstens 85% des steuer- pflichtigen Entgelts B in städtischen Gebieten bis 11,75 £, in sonstigen Gebieten bis 11,35 £ pro Wo- che; Zuschläge für unterhaltsberechtigte Haushaltsangehörige | Pauschalleistung: A 390 Tage mit Ausnahmen: höchstens 156 Tage für unter 18jährige und unter- haltsberechtigte Ehefrauen; un- begrenzt, wenn der Arbeitslose zwischen 65 und 66 ist und min- destens 156 Beiträge entrichtet hat. Entgeltbezogene Leistung: Bis 381 Tage B ohne Begrenzung |
| GB | Alle Sozialvers. zus.: 6,5% 10% des Wochenverdienstes, wenn er mindestens 17,5 £ beträgt; Bemessungsgren- ze wöchentl. 120 £; Redu- zierung bei betriebl. Syst. | Pauschal: 14,7 £ pro Woche; entgeltbe- zogener Zuschlag: ½ des Wochenent- gelts zwischen 13 und 30 £ plus 15% des Wochenentgelts zwischen 30 und 95 £ bis zusammen 85% des Wochenentgelts; Zu- schläge für unterhaltsberechtigte Haus- haltsangehörige | Pauschalleistung: Höchstens 312 Tage ohne Sonntage pro Zeit- raum der Beschäftigungsunter- brechung. Erneuter Anspruch auf 312 Tage nach weiteren 13 Beiträ- gen. Entgeltbezogener Zuschlag: Bis 156 Tage ohne Sonntage |
| NL | A Wartegeld B Arbeitslosenvers. C Arbeitslosenhilfe 0,7% 0,7% Bemess.gr. 55 900 HFL | A, B 80% des Bezugslohns C 75% des Bezugslohns | A Wartegeld 40 Tage jährlich B Arbeitslosengeld 130 Tage jähr- lich C 2 Jahre bei Arbeitslosen ab 60 Jahre Verlängerung bis 65 Jahre |
| BRD | A Arbeitslosenvers. B Arbeitslosenhilfe 1,5% 1,5% Bemessungsgrenze 44 400 DM jährlich | A 68% des Nettolohns B 58% des Nettolohns | A nach Beschäftigungsdauer in den letzten drei Jahren: zwischen 78 Tagen nach 6 Monaten bis 312 Tage nach 24 Monaten Beschäfti- gung B unbegrenzt bei Bedürftigk. |
| B | 1,2% 1,7% Bemessungsgrenze 363 000 BF | 60% des Entgelts während des 1. Jahres, danach Verringerung auf 40% für nicht haushaltsvorstehende Arbeitslose Höchstsatz: 726 BF täglich, Mindestsatz für Haushaltsvorstände: 612 BF, für Al- leinstehende: 484 BF | unbegrenzt außer in Fällen lang andauernder oder oft wiederhol- ter Arbeitslosigkeit |
| F | A Arbeitslosenhilfe B Zus. Arbeitsl.vers 0,44% 1,76% Bemessungsgrenze 192 000 FF | A pauschal 15,2 FF pro Tag, im ersten Vierteljahr 16,5 B 35% des Bezugslohns, im ersten Vier- teljahr plus 15%, mindestens 25,7 FF täglich Bei Entlassungen durch wirtschaftliche Umstellungen: 90% des Bruttolohns für ein Jahr; Zuschläge für unterhaltsberechtigte Haushaltsangehörige | A keine Begrenzung, aber für un- ter 55jährige Kürzung um jähr- lich 10% bis minus 30% B 365 Tage, variiert nach Alter |
| I | A Arbeitslosenvers. B A.o. Arbeitslosenhilfe — 2,6% Ind. — 1,3% Hand. | A, B pauschal 800 Lire täglich; bei Ar- beitslosigkeit infolge wirtschaftlicher Maßnahmen: ¾ des letzten Tagesver- dienstes für 180 Tage | A 180 Tage jährlich, Baugewerbe bis 360 Tage B 90 Tage, Verlängerung bis 180 Tage möglich |
| L | — 0,25% | 80% des Bezugslohns bis zum 2,5fachen der Mindestsozialrente, gekürzt auf das 2fache der Mindestsozialrente, wenn die Arbeitslosigkeit in 12 Monaten 182 Tage dauert | 365 Kalendertage in einem Zeit- raum von 24 Monaten |

Anmerkung: Alle Daten beziehen sich auf 1978. Quelle: Vergleichende Darstellung der Systeme der sozialen Sicherheit Juli 1978, Hrsg. Kommission der Europäischen Gemeinschaften. 1 DM 1978: 3,15 DKr., 0,17 Ir£, 0,178 GB£, 0,99 HFL, 14,6 FB, 2,08 FF, 286 Lire, 13,3 FLux.

US-Truppen auf den Sinai?

Den US-Imperialisten ist es anscheinend gelungen, der ägyptischen Regierung die Zustimmung zur Beteiligung von US-Einheiten an der im Separatfrieden von Camp David für den Sinai vorgesehenen „multinationalen Friedenstruppe“ abzupressen. Eine entsprechende Erklärung gab ein ägyptischer Unterstaatssekretär Ende März nach Verhandlungen mit US-Diplomaten ab. Bisher hatte Ägypten die ständige Stationierung von US-Truppen auf seinem Territorium prinzipiell abgelehnt. So hatte Sadat erst kürzlich den USA zwar die Benutzung ägyptischer Stützpunkte angeboten, sich aber gegen feste US-Basen gesträubt. Das jetzige neue Zugeständnis ist um so gefährlicher, als aus der „multinationalen Friedenstruppe“ leicht eine exklusiv amerikanische Besatzerstreitmacht werden kann. Bislang haben nämlich alle Staaten, die Ägypten zur Beteiligung aufgefordert hat, zuletzt die skandinavischen Länder, die Entsendung von Kontingenten von einem UNO-Beschluß abhängig gemacht, der für den Separatfrieden nicht zu kriegen ist. Sadats dürftiges Argument, mit dem Camp-David-Verrat er-

El Salvador: Über 1000 US-„Berater“

Eine großangelegte Säuberungsaktion gegen Truppen der Befreiungsfront in einem Gebiet nahe der Hauptstadt mußten die Juntatruppen am Wochenende stoppen. Trotz der erzwungenen Räumung ganzer Siedlungen konnten sie die Unterstützung der Bevölkerung für die Befreiungskämpfer nicht brechen. Juntachef Duarte hatte vorher erklärt, die Rebellen hätten keinerlei Sympathie bei den Einwohnern des Gebietes. Auch die von der Armee als „sicher“ gemeldete Stadt San Lorenzo wird teilweise von der Befreiungsfront kontrolliert



(Bild). – Inzwischen hat die US-Regierung ihre Militär- und Wirtschaftshilfe für die Junta weiter aufgestockt: 35 Mio. \$ Militärhilfe und 130 Mio. \$ Wirtschaftshilfe für 1981 werden offiziell genannt.

halte Ägypten wenigstens uneingeschränkte Kontrolle über sein ganzes Territorium, stimmt nicht.

500000 demonstrieren in Neu Delhi

Mehr als eine halbe Million Bauern demonstrierten am 26. März in Neu Delhi und marschierten vor das Parlament. Sie fordern v.a. höhere Erzeugerpreise, Senkung der staatlich kontrollierten Preise für Strom (für Bewässerung) und Benzin und Kunstdünger und die Abschaffung der kürzlich

erlassenen Notstandsverordnungen der Regierung Gandhi. Die Demonstration ist der bisherige Höhepunkt einer monatelangen Kampagne der Bauern. Als Antwort hatte die Regierung letzten Sommer u.a. die Internierung ohne Prozeß wiederingeführt.

IRA-Gefangener als Kandidat aufgestellt

Am letzten Dienstag fanden im Wahlbezirk Fernanagh in South Tyrone in Nordirland Nachwahlen zum britischen Parlament statt, weil der bishe-

Zur Militärhilfe gehört die Lieferung von Hubschraubern zur Guerillabekämpfung, die nach Angaben der Demokratisch-Revolutionären Front (FDR) auch von US-Soldaten geflogen werden. Das Pentagon hat Angehörige der Spezialeinheit „Green Berets“, aus dem Vietnamkrieg als brutale Schlächter bekannt, nach El Salvador entsandt. Während die US-Regierung immer noch von 54 US-„Beratern“ in El Salvador spricht, kommt nach einer Erklärung des ehemaligen Junta-Mitglieds Hirezi auf jeden siebten Offizier der Junta inzwischen ein US-Offizier. Die FDR spricht von über 1000 US-„Beratern“ in El Salvador.

rige parteilose republikanische Abgeordnete Maguire gestorben war. Für die pro-britische Siedlerpartei Official Unionists kandidierte Harry West. Auf der republikanischen (katholischen) Seite gibt es nur einen Kandidaten gegen ihn, alle anderen haben zu seinen Gunsten zurückgezogen. Dieser Kandidat ist Bobby Sands, wegen Mitgliedschaft in der Provisorischen IRA zu 14 Jahren verurteilt und seit dem 1. März im Hungerstreik. Das Ergebnis der Nachwahl war bei Redaktionsschluß noch nicht bekannt, bei früheren Wahlen hat der Bezirk mit etwa 53% republikanisch gestimmt.

Libanon: USA und Zionisten wollen Teilung

Israel werde „nicht ruhig mit gefalteten Händen dasitzen und beim Massaker an libanesischen Zivilisten zuschauen“, drohte Israels Außenminister Shamir die direkte Intervention an. Die schweren Kämpfe im Libanon zwischen den syrischen Truppen, die dort seit 1976 zur Aufrechterhaltung des Waffenstillstandes stationiert sind, und den vom Westen und den Zionisten hoch-

gerüsteten christlichen Milizen waren auch Thema eines Gesprächs zwischen US-Außenminister Haig und Begin, Ministerpräsident von Israel. Haig hatte am letzten Wochenende eine Nahostreise begonnen, um die neue US-Taktik zur Spaltung der arabischen Nation und zur Zerschlagung des palästinensischen Befreiungskampfes mit dem Zionistenregime abzustimmen. Die

Umriss der US-Pläne, in denen der Libanon eine zentrale Rolle spielt: Übergabe eines Teils der von Israel besetzten Gebiete an Jordanien unter völliger Ausschaltung der PLO; vorherige Vernichtung des palästinensischen Widerstands durch Zerschlagung der Stützpunkte vor allem im Südlibanon unter Einsatz der bis zu 70000 Mann starken christlichen Milizen und der israelischen Armee. Die von den reaktionären christlichen Milizen angestrebte Teilung des Libanon – im Süden durch die Milizen des Major Haddad schon faktisch vollzogen – soll die Kontrolle über das Land und die Isolierung und Vernichtung des palästinensischen Befreiungskampfes erleichtern. Die Schwäche der libanesischen Armee und die Widersprüche Syriens zu den anderen Staaten im arabischen Lager begünstigen diese Pläne. Die israelische Armee hat in den letzten Monaten ihre Überfälle auf den Südlibanon ständig verstärkt.

Azania: Streiks gegen Rassendiskriminierung

Nach Berichten der Nachrichtenagentur Xinhua begannen am 26.3. Hunderte azanischer Arbeiter einer Fabrik in Durban einen Streik gegen die Rassendiskriminierung durch das Management. Vorherige Gespräche zwischen der Geschäftsleitung und Vertretern der azanischen Arbeiter, die gleiche Rechte und gleiche Bezahlung wie die Arbeiter anderer Hautfarbe verlangen, waren gescheitert. Die Geschäftsleitung hatte in den Wochen vorher schwarze Arbeiter entlassen, die an einer Auseinandersetzung unter den Arbeitern beteiligt waren, nicht aber die anderen beteiligten Arbeiter. – In Port Elizabeth, Zentrum der BRD-Kapitalinvestitionen in Südafrika, streikten am 16.3. 1500 azanische Bauarbeiter gegen den Regierungsvorschlag eines neuen Rentengesetzes.





Landarbeiter auf einer Siedlerfarm; Facharbeiterausbildung. Durch Einführung eines Minimumslohns, Streichung der Steuern auf Grundnahrungsmittel und durch kostenlosen Grundschulbesuch und Gesundheitsfürsorge hat die Re-

gierung die Lage der Massen verbessert. Wegen der auftretenden Finanzschwierigkeiten verlangen die Imperialisten jetzt „harte Konsequenzen bei Löhnen, Steuern und Subsidien“. (Financial Times)

Zimbabwe

Imperialisten zur Zahlung gezwungen — Wirtschaftsprogramm beschlossen

250 \$ Entwicklungshilfe entfallen auf jeden Bürger Zimbabwes, rechnete die „Financial Times“ nach der „Zimbabwe-Konferenz für Wiederaufbau und Entwicklung“ der Regierung Mugabe vor. Unüberhörbar die Erwartung, solche Großzügigkeit verpflichtete. Kein Wort von der unsäglichen Bürde, die imperialistische Ausbeutung und Unterstützung für das Siedlerregime der Bevölkerung Zimbabwes auferlegten.

Den teilnehmenden 44 Ländern (die SU war trotz Einladung ferngeblieben), der Weltbank und den UNO-Organisationen hatte die Regierung von Zimbabwe Aufbauprojekte präsentiert mit einem Gesamtvolumen von knapp 1,8 Mrd. \$. Die Mittel sind für Landreform, Flüchtlingshilfe, Wiederaufbaumaßnahmen und die Primar- und Berufsausbildung bestimmt. Die Zusagen für die nächsten drei Jahre belaufen sich auf über 1,8 Mrd. \$, davon ca. 50% nicht zurückzahlbare Entwicklungshilfe. Nach Angaben der Regierung entfallen u.a. auf die Weltbank ungefähr 450 Mio. \$, GB 340 Mio \$, USA 330 \$ EG 235 Mio. \$, BRD 120 Mio. \$.

Das Konferenzergebnis ist ein Erfolg Zimbabwes, das seit der Unabhängigkeit im April 1980 vergeblich von den westlichen Imperialisten Entschädigung für die Kriegsfolgen und Aufbauhilfe verlangt hatte. Im August 1980 kehrte Mugabe mit gerade 30 Mio. \$ Hilfszusage aus den USA zurück, nachdem Kissinger schon 1977 1 Mrd. \$ britisch-amerikanischer Hilfe für ein unabhängiges Zimbabwe angekündigt hatte. Noch vor wenigen Monaten griff Finanzminister Nkala die britische Regierung an, weil sie nur einen Bruchteil der zugesagten Gelder gezahlt hatte,

außerdem den größten Teil als Kredite. Das Konferenzergebnis ist also auch eine Wende in der Politik der westlichen Imperialisten, die eine radikale Umwälzung der nach wie vor existierenden Kolonialökonomie verhindern und Zimbabwe zur Mäßigung im Kampf gegen das südafrikanische Rassistenregime zwingen wollen.

Zwar sieht das im Februar veröffentlichte Wirtschaftsprogramm, das Grundlage für den Entwicklungsplan sein soll, nicht ausdrücklich die Enteignung der 4500 weißen Siedler vor, die 85% der Agrarproduktion und die Hälfte des Bodens, meist guter Qualität, monopolisiert haben. Aber in dem Programm heißt es: „Das Land ist gemeinsames Erbe, und niemand soll ein absolutes Eigentumsrecht daran haben. Die Regierung wird deswegen gewisse Rechte des Gebrauchs des Landes durch Einzelpersonen oder Gruppen garantieren, solange diese Treuhandschaft am besten dem nationalen Interesse entspricht.“ Ausdrücklich wird das Ziel einer „akzeptablen und gerechten Landverteilung“ bekräftigt, der u.a. durch Ankauf von Siedlerland und Nutzung der seit dem Krieg brachliegenden riesigen Landflächen nähergekommen werden soll. Durch Förderung von Produktionsgenossenschaften und Aufbau von Staatsfarmen, Vergabe von Agrarkrediten und Schaffung von kleinen Industrie- und Handwerksbetrieben will die Regierung die Produktivkräfte auf dem Lande entwickeln, die schwarzen Bauernfamilien aus ihrer elenden Lage befreien und die Arbeitslosigkeit (2 Mio. Arbeitslose bei 7,4 Mio. Einwohnern) eindämmen.

Im Bergbau, von imperialistischen Monopolen kontrolliert, „strebt die

Regierung Teilhaberschaft auf der Basis von Gemeinschaftsunternehmen an und wird ausländische Investoren auffordern, Partner aus Zimbabwe aufzunehmen.“ Der Transfer von Kapital und Profiten aus Zimbabwe unterliegt den Verhältnissen der Zahlungsbilanz und dem nationalen Interesse an Investitionen in Zimbabwe. In den Fabriken und Büros will die Regierung die Bildung von Arbeiterräten fördern, um die Arbeiter an den Unternehmensentscheidungen zu beteiligen und die Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Die Maßnahmen des Wirtschaftsprogramms sind nur erste Schritte zu einer „wirklich sozialistischen, egalitären und demokratischen Gesellschaft“, das erklärte Ziel der Regierungspolitik. Aber ein weitergehendes Wirtschaftsprogramm gegen das imperialistische Eigentum wäre angesichts der noch nicht konsolidierten Staatsmacht und der inneren Widersprüche kaum realisierbar.

Afghanistan Kriegskosten der Sowjetunion

Mit dem am 14. April 1977 zwischen der UdSSR und Afghanistan abgeschlossenen „Vertrag über die Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit“ wurde die Planungsverflechtung der beiden Länder festgeschrieben. Die UdSSR gab Kredite für den Ausbau strategisch wichtiger Straßen und den Bau einer Pipeline, die für den Transport von Erdgas in die UdSSR bestimmt war. Die Kredite mußten mit Erdgas zurück gezahlt werden, das die UdSSR zur Versorgung ihrer zentralasiatischen und transkaukasischen Republiken verwendet, so daß sie in ihren Lieferverpflichtungen gegenüber westlichen imperialistischen Ländern und den RGW-Ländern entlastet wird.

Schon 1968 wurde ein Vertrag über die Lieferung von afghanischem Erdgas, befristet auf 18 Jahre, abgeschlossen. Die jährlichen Liefermengen standen fest, die Preise wurden jährlich ausgehandelt und waren niedrig. Obwohl sich Afghanistan vergeblich bemühte, eine 20%ige Erhöhung der Gaspreise zu erreichen, konnte es bis zur Invasion eine positive Handelsbilanz gegenüber der UdSSR erzielen. Seitdem haben sich die Lieferverpflichtungen erhöht, so daß die Vorräte nicht mehr, wie früher kalkuliert, noch 50 Jahre reichen werden. Zudem vermutet die UdSSR größere Vorräte an Erdöl, Kupfer- und Eisenerz, Kohle und Smaragden. Den begonnenen Abbau mußte sie seit der Ausdehnung des bewaffneten Widerstandes weitgehend einstellen.

Die UdSSR ist entschlossen, den Widerstand niederzuschlagen, um die Rohstoffe auszubeuten und sich eine feste Position in der Golfregion zu verschaffen. Ihr Kriegsaufwand ist aus zwei Gründen hoch, obwohl ihre Personalausgaben im Vergleich zu westlichen Armeen niedrig sind.

Einmal hat sie die Invasion mit der Luftwaffe begonnen, aber auch in der Folge häufig Fluggerät eingesetzt, darunter 50 ihrer neuen Kampfhubschrauber Mi-24 Hind, deren Verwendungsdauer auf acht Jahre geschätzt wird. Mehrere davon wurden im letzten Sommer von den Befreiungskräften abgeschossen.

Zweitens sieht die UdSSR sich zu bestimmten Leistungen zur Stützung des Karmal-Regimes gezwungen. Ende 1980 wurden fünf neue Abkommen unterzeichnet, die u.a. größere Bauten in Kabul und anderen Städten vorsehen, Lieferung von Telefon- und Telegrafenanlagen, Kunstdünger und besserem Saatgut für Weizen, Rüben und Baumwolle, zudem ein Geschenk von 1 500 Lastwagen.

Demokratisches Kampuchea Einheit soll Kampf gegen Vietnam stärken

Im März hat Khieu Samphan, Ministerpräsident des Demokratischen Kampuchea, in Pjöngjang (VDR Korea) erste Gespräche mit Sihanouk über die Bildung einer Einheitsfront des kampucheanischen Widerstandes gegen die vietnamesischen Aggressoren geführt. Weitere sollen im April in Peking und im Herbst in Frankreich stattfinden. Ihr Ausgang ist weniger militärisch bedeutsam, denn die Truppen und Guerillas des Demokratischen Kampuchea sind die stärkste und einzig wirksame Kraft gegen die vietnamesischen Aggressionstruppen. Das Zu-

standekommen der Einheitsfront würde vor allem Vietnam international weiter isolieren, den Spaltungsversuchen der westlichen Imperialisten entgegenwirken und die Opposition in den von Vietnam besetzten Gebieten stärken.

Nach den Gesprächen erklärte Khieu Samphan: „In unserer Diskussion gingen wir davon aus, daß wir ein gemeinsames Minimalprogramm ausarbeiten als Basis für unseren Fortschritt auf militärischem, politischem und diplomatischem Gebiet ... Beide Seiten stimmten überein, die militärischen Angriffe auf die vietnamesischen Aggressoren zu verstärken ... Auf diplomatischem Gebiet haben wir die gleiche Auffassung, daß der legale Status des Demokratischen Kampuchea verteidigt werden muß ... Sihanouk schlug vor, daß alle einbezogenen bewaffneten Kräfte das Recht haben, ih-

Zukunft Kampuchreas Integrität verteidigt werden müsse.

Auch nach diesen Ergebnissen ist das Zustandekommen einer Einheitsfront ungewiß. Sihanouk erklärte später: „Ich muß Ihnen gestehen, daß ich nicht beabsichtige, ‚Ja‘ zu den Roten Khmer zu sagen, weder heute noch morgen noch im November.“ (Le Monde, 15.3.) Nicht der bewaffnete Kampf, sondern eine „gute Aussöhnung mit Vietnam“ sei die einzige Lösung. Derweil läßt Vietnam – aufgeschreckt durch die Einheitsfrontbestrebungen – in Pnom Penh Wahlen unter Aufsicht seiner Truppen und die Verabschiedung einer Verfassung vorbereiten, um dem Marionettenregime einen legalen Anstrich zu verleihen. Der Beitritt zum Comecon ist angekündigt.

Son Sann, Führer der etwa 3 000 Mann starken Befreiungsbewegung



Erbeutete vietnamesische Waffen – Schulunterricht in den befreiten Gebieten

re eigene Stärke zu erhalten. Wir stimmten zu, daß die Streitkräfte unabhängig bleiben können bei Zusammenarbeit in geeigneter Form, damit Konflikte vermieden werden.“ (Xinhua, 13.3.)

Damit hat Sihanouk bestimmte Bedingungen, die den Widerstandskampf und die internationale Position des Demokratischen Kampuchea entscheidend geschwächt hätten, fallengelassen. So hatte er noch kurz vor den Verhandlungen eine Änderung des Staatsnamens und die Ersetzung der Nationalhymne und -flagge durch die Symbole des früheren Königreichs verlangt. Über Sihanouks Forderung, bei einem vietnamesischen Truppenabzug alle bewaffneten Gruppen zu entwaffnen, wurde keine Einigung erzielt. Khieu Samphan betonte, die Einheitsfront müsse über den Aufbau einer Nationalarmee diskutieren, da auch in

KPNLF, hat an den Gesprächen nicht teilgenommen. Er verlangt die Führung in der Front und den Rückzug der Kader der KP Kampuchea aus allen Führungspositionen. Unterstützt wird er von den USA, die Waffenhilfe an die KPNLF angedeutet haben.

Die Regierung des Demokratischen Kampuchea hat erklärt, beharrlich ihre Bemühungen um eine Einheitsfront fortzusetzen auf Grundlage der folgenden Prinzipien: „Die Einheit soll die Kräfte stärken, die gegen die vietnamesische Aggression kämpfen. Nach diesem Grundsatz begrüßen wir alle Initiativen und Vorschläge, die dazu beitragen, die Kräfte gegen die vietnamesische Aggression zu stärken ... Aber wir möchten jeden bitten, alles beiseite zu stellen, was in der einen oder anderen Weise zur Schwächung der Kräfte führen könnte, die gegen die vietnamesischen Aggressoren kämpfen.“

Thailand

Putsch scheitert, Weltbank erpreßt Regierung

Seit Monaten hatte die westliche Presse über einen Militärputsch in Thailand spekuliert. Das vorwiegend von Militärs besetzte Kabinett des Generals Prem, das 1980 die durch einen Putsch an die Macht gekommene Regierung des Generals Kriangsak ablöste, sei unfähig, das von der Weltbank diktierte Wirtschaftsprogramm einzulösen, drastische Preiserhöhungen für Benzin, Strom und Grundnahrungsmittel durchzusetzen und die rivalisierenden politischen Cliquen der Reaktion zu einen. Dem gerade gescheiterten Putschversuch von Militärs fehlte aber die Unterstützung großer Teile der Armee sowie offensichtlich auch der USA und Japans, der imperialistischen Hauptinvestoren.

Die vage Erklärung der Putschisten, Thailands Wirtschaft sanieren zu wollen, gibt keinen Aufschluß über ihr Programm. Ihr Anführer, der stellvertretende Oberkommandierende General Sant, gilt als blutriefender Schlächter, der seine Meriten im Kampf gegen die Guerillas der KP Thailands und gegen Moslem-Rebellen erworben hat. Anzunehmen, daß er den reaktionären Kurs des bisherigen Militärregimes fortsetzen wollte, auch wenn er ein Gegner der geplanten Privatisierung der Staatsbetriebe war. Die am Putsch beteiligten jungen Offiziere gelten als Vertreter eines nationalen Kurses und befürworten den Aufbau einer nationalen Industrie.

70% der 44 Mio. Einwohner Thailands leben von der Landwirtschaft, die 1980 fast 50% der Exporterlöse lieferte. Aber die landwirtschaftliche Produktivität ist die niedrigste in Südostasien. Millionen Bauern leben von Subsistenzwirtschaft, oft mit drückenden Pachten belastet. Das wachsende Heer der Landlosen versorgt die Plantagen der imperialistischen Monopole mit Landarbeitern. Die herrschende Oligarchie, bestehend aus den 24 Familien, die die Privatwirtschaft kontrollieren, und den hohen Militärs, die aus den Staatsbetrieben ihre Pfründe ziehen, hat das Land den Imperialisten weit geöffnet. Der zeitweilig verfolgte Kurs, durch den Aufbau einer eigenen Industrie und hohe Importzölle Thailands Unabhängigkeit zu stärken, was auch die Basis für die nationale Bourgeoisie gefestigt hätte, ist aufgegeben. Entsprechend den Forderungen der Weltbank und nach südkoreanischem Vorbild will die Regierung Prem alle Beschränkungen für ausländische Investitionen aufheben, Exportzonen errichten und die Staatsbetriebe für Inve-

storen öffnen. Das sind die Bedingungen für 2,1 Mrd. \$ Auslandskredite 1981.

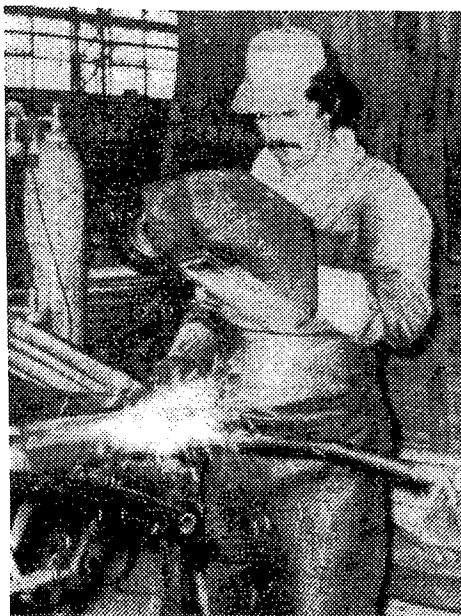
Eine weitere Auflage der Weltbank ist die Verdoppelung der Benzinpreise und der Strompreise innerhalb von fünf bzw. vier Jahren. Massenstreiks und Demonstrationen gegen solche Preiserhöhungen haben seit 1970 mehrere Regierungen zu Fall gebracht.

Jugoslawien

Gesetz garantiert Mindestrente

Renten werden in Jugoslawien aus zwei Quellen finanziert: aus der staatlichen Renten- und Sozialversicherung, in der neben Arbeitern und Angestellten auch Privatbauern, Künstler und selbständige Handwerker Mitglied sind, und aus den Fonds der selbstverwalteten Betriebe, die für Renten, Kindergripen, Kuren etc. verwendet werden. Per Gesetz festgelegt ist eine Mindestrente, die 60% des Durchschnittslohns betragen soll (genau wie die Arbeitslosenunterstützung). Sie wurde kürzlich auf Beschluß der Bundesversammlung (höchstes gesetzgebendes Organ aller Republiken) von 3700 auf 4380 Dinar erhöht. In Kroatien betrifft die Erhöhung ca. 65 000 von insgesamt 438 000 Rentnern. Vorangegangen waren Untersuchungen über den Lebensstandard der Rentner, durchgeführt von den Gewerkschaftsorganisationen der einzelnen Republiken.

Anspruchsberechtigt auf Rente sind: Männer im Alter von 65 Jahren, Frauen mit 60 Jahren und Schwerarbeiter mit 55 Jahren. Anspruchsberechtigt ist ebenfalls, wer 40 Jahre (Männer) bzw. 35 Jahre (Frauen) gearbeitet hat, auch



Schwerarbeiter haben bereits mit 55 Jahren vollen Rentenanspruch.

wenn er die Altersgrenze noch nicht erreicht hat. In Frührente können Männer mit 55 Jahren, Frauen mit 50 Jahren gehen, ihre Rente verkürzt sich um 1,33% pro Jahr vor der Altersgrenze. Für Invaliden und Arbeitsunfähige ist die Mindestrente garantiert, dazu unterschiedlich hohe Beiträge aus der Krankenversicherung. In den Betrieben haben die Arbeiter die Möglichkeit, einen Teil des Reingewinns in einen Sozialfond zu zahlen, aus dem u.a. Betriebsrenten finanziert werden. Über Höhe und Verwendung dieser Fonds entscheidet der von den Arbeitern direkt gewählte Arbeiterrat. Die Betriebsrenten haben eine größere Bedeutung als z.B. in Westdeutschland, sie betragen ca. ein Drittel des Rentenaufkommens (nach Schätzung, genaue Untersuchungen existieren nicht). Sie sind allerdings aufgrund der Abhängigkeit der Sozialfonds vom Reingewinn sehr unterschiedlich.

USA

Flankierende Kriegsvorbereitungen

Neben den angekündigten Haushaltskürzungen, die Geld für die Sicherung der militärischen Überlegenheit freimachen sollen, trifft die Reagan-Regierung Vorbereitungen und Maßnahmen, die die Kriegsvorbereitungen flankieren.

Ende März hatte die US-Regierung die Lieferung von 5 Mio. Tonnen Weizen und 27 000 Tonnen Mais nach Mozambique eingestellt. Mozambique hatte amerikanische Diplomaten ausgewiesen, die Spionagetätigkeit betrieben haben. Ebenfalls Ende März hatte die USA versucht, die EG daran zu hindern, Grenada, einen karibischen Inselstaat, der Beziehungen zu Kuba hat, zu unterstützen. Auf der anderen Seite macht die US-Regierung Anstalten, ganz offen die engen Beziehungen zu Südafrika weiter zu festigen. Unter anderem war eine Gruppe von Politikern der Turnhallen-Allianz, die sich Südafrika in Namibia hält, in die USA zu Gesprächen angereist. Mehrere schwarzafrikanische Staaten haben dagegen protestiert. Die UNO erkennt die SWAPO als die alleinige Vertreterin von Namibia an. Ebenfalls verfolgt die US-Regierung noch vorsichtig die Linie, Taiwan wieder diplomatisch aufzuwerten.

Hintergrund ist die Politik der Reagan-Regierung, Entwicklungshilfegelder und Privatkredite direkter und unmittelbarer an die Interessen der USA zu binden und auch immer mehr zu bilateralen Hilfen überzugehen. Edwin

Feulner, ein US-Bourgeois, zu Weltbankkredit an kollektive Farmen in Tanzania: „Wenn die Tanzanier ihre kleinen Experimente im sogenannten sozialen Fortschritt machen wollen, so sollen sie das machen. Aber ich glaube nicht, daß sie die amerikanischen Steuerzahler darum bitten sollten, ihre Utopien zu finanzieren.“ Einerseits sollen damit Fortschritte der Länder der Dritten Welt, unabhängig an die Entwicklungshilfegelder zu kommen, ausgeräumt werden, andererseits sollen den anderen Imperialisten die Einmischungsmöglichkeiten in die us-amerikanische Politik genommen werden.

Eine andere Maßnahme in Vorbereitung ist die Aufhebung von Kontrollen gegenüber dem CIA. Schon 1980 hatte R.S. Cline in dem Buch „The United States in the 1980s“, herausgegeben vom Hooverinstitut an der Stanford Universität in den USA, die damalige Carter-Regierung kritisiert, daß sie den CIA habe herunterkommen lassen. So würde seiner Meinung nach das Schah-Regime in Iran noch heute fest im Sattel sitzen, wären nicht die Macht und die Autorität des CIA angegriffen gewesen. Nach diesen Positionen sind illegale politische Interventionen des CIA im Ausland vollständig zu bejahen, wenn sie erforderlich sind, die Amerikaner in den USA und im Ausland zu schützen.

Auf dieser Grundlage hatte ein Direktor des CIA vor dem US-Congress seinen jährlichen Bericht Mitte März erstattet. In diesem Bericht griff er die bestehenden Gesetze an, da sie besonders die verdeckte Spionagetätigkeit des CIA zu sehr kontrollieren. Er erklärte u.a., daß die US-Bürger natürlich das Recht hätten zu wissen, was die US-Regierung tue, daß das aber beim CIA anders sei und dort eine Ausnahme gemacht werden müsse. Nach der Watergate-Affäre war 1978 ein Gesetz erlassen worden, nach dem der CIA auch seine verdeckte Tätigkeit von sieben Kongreßausschüssen kontrollieren lassen muß. Nach Meinung der us-amerikanischen Reaktion muß der CIA die politische Kraft sein, die jederzeit bereit sein muß, „das Schwert zu leiten.“

Die dritte Maßnahme, ebenfalls von Mitte März, war die Ankündigung von Präsident Reagan, die strategischen Rohstoffreserven zu erhöhen. Dafür sollen in diesem Jahr 100 Mio. \$ bereitgestellt werden. Zunächst sollen 1,2 Mio. Pfund (ca. 1 Mio. deutsche Pfund) Kobalt gekauft werden. Kobalt wird vor allem als Legierung für Spezialstähle u.a. beim Bau von Triebwerken für Flugzeuge und Raumschiffe verwendet. Die größten Vorkommen davon liegen in der Sowjetunion, Südafrika, Zaire, Zimbabwe und Tansania.

Palästina

Bewegung im besetzten Gebiet: Rückgrat des Befreiungskampfes

Israelische Truppen eröffneten auf eine Demonstration der Einwohner von Anabta, die gegen Landenteignungen protestierten, das Feuer. Die israelische Regierung will in der Gegend von Tulkarem, einem dicht besiedelten arabischen Gebiet im Westjordanland, einen ihrer größten Siedlungspläne in die Tat umsetzen: seit Oktober 1980 beschlagnahmte sie insgesamt 20605 Dunam (1 Dn = 0,1 ha) in den besetzten Gebieten, 3000 Siedler sollen dort „stationiert“ werden. Ziel der israelischen Siedlungskampagne ist es, dem palästinensischen Volk seine Existenzgrundlage zu entziehen und die Gründung eines palästinensischen Staates zu verhindern. Der Kampf um das Land ist die Antriebskraft, die Einheit des Widerstandes ist das Rückgrat des Befreiungskampfes des palästinensischen Volkes.

Als israelische Soldaten am 12.3. die Demonstration in den Dörfern um Tulkarem angriffen, richteten alle lokalen Bürgermeister und Vorsitzenden der Gemeinderäte Protesttelegramme an den israelischen Kriegsminister und an die Militärgouverneure des Westjordanlandes und von Tulkarem. Sie beauftragten ein Komitee von Rechtsanwälten, beim Obersten Israelischen Gerichtshof gegen die Beschlagnahmung zu prozessieren und veröffentlichten ein

Kommuniqué, das an die Bevölkerung in den besetzten Gebieten verteilt wurde. Am 15.3. hielten die Besitzer des enteigneten Bodens im Bürgermeisteramt von Anabta eine Pressekonferenz mit Rechtsanwälten und in- und ausländischen Korrespondenten ab, auf der sie ihr Besitzrecht ausdrücklich bekräftigten. Die Israelis errichteten während dieser Pressekonferenz rund um die Dörfer Militärkontrollen. Basam Shakaá, Bürgermeister von Nablus, der bei einem zionistischen Attentat beide Beine verloren hat, wurde zur Umkehr gezwungen. Tags darauf wurden die Mitglieder des Stadtrates von Anabta mehrere Stunden in Haft genommen mit dem Vorwurf, sie hätten die Demonstration initiiert. Tatsächlich sind die Bürgermeister und Stadträte die Sprecher der Einheitsfront. Nur Kandidaten der Palästinensischen Nationalen Front, die in den besetzten Gebieten die Ziele der PLO vertritt, wurden bei den ursprünglich von den Zionisten inszenierten Kommunalwahlen gewählt. Aufgrund des massiven Widerstandes mußte der Oberste Israelische Gerichtshof die Enteignungsverfügung für Anabta aussetzen, die Bulldozer mußten vom enteigneten Boden weggeschafft werden.

Auch in dem Teil Palästinas, auf dem 1948 der Staat Israel gegründet



Auswanderung: Schlange stehen für ein Visum in die USA



Arbeiter protestieren vor Begins Amtssitz gegen Lohnkürzungen

Wirtschaftskrise im Siedlerstaat BRD: Zweitwichtigster Handelspartner

Das israelische statistische Amt hat im November 1980 folgende Preissteigerungen angegeben: Bekleidung 29%, Früchte 21%, Fahrpreise und Benzin 30%. Gleichzeitig ist der private Verbrauch im Durchschnitt um 8% zurückgegangen, besonders stark

aber bei den Nahrungsmitteln: Obst und Gemüse - 12%, Molkereierzeugnisse - 14%, Fisch - 19%, Erfrischungsgetränke - 20%, bei Schuhen und Bekleidung um - 19%. Die israelischen Arbeiter erhalten zwar einen Teuerungszuschlag auf den Lohn,

wurde, steht der Kampf um den Boden im Mittelpunkt. Die Versammlung arabischer Stadträte aus 32 Städten und Dörfern und verschiedener regionaler Volkskomitees am 10. Januar in Nazareth verurteilte die zionistische Politik der Deportation arabischer Bürger, der Landenteignung und Zerstörung arabischer Häuser und Siedlungen zur Errichtung zionistischer Siedlungen und debattierte wirksame Maßnahmen zur Verteidigung des arabischen Bodens. Überall in Palästina wurde am 30. März der Tag des Bodens mit großen Demonstrationen, Streiks und öffentlichen Versammlungen begangen.

Gegen jede Maßnahme der zionistischen Behörden wächst der Zusammenschluß des palästinensischen Volkes. Fast drei Monate standen insgesamt 12000 palästinensische Lehrer im Streik gegen die Unterbezahlung und die Einmischung der israelischen Behörden in die Erziehungsangelegenheiten. Der Streik der Lehrer wurde organisiert von einer gewählten Vertretung aller Lehrer und unterstützt von Stadträten und Bürgermeistern sämtlicher Städte des Westjordanlandes, von der Generalunion der Gewerkschaften in den besetzten Gebieten, von der Frauenorganisation, von regionalen Wohlfahrtsverbänden, Studentenräten und Berufsverbänden.

Gegen die horrenden Steuern, mit denen der zionistische Staat seine Finanzen sanieren will, gegen Raubzüge und Angriffe von israelischen Soldaten und bewaffneten Siedlern riefen in Ramallah und Al-Bire die Geschäftsleute



Demonstration gegen Landraub und Deportation

und Ladenbesitzer zu einem Streik auf.

Aus den besetzten Gebieten heraus werden immer mehr militärische Operationen organisiert, gerichtet gegen zionistische Siedlungsprojekte und militärische Ziele. Trotz der Politik der „eisernen Faust“, wie tagelange Ausgangssperre für ganze Städte, Häuser Sprengungen und Massenverhaftungen müssen die Zionisten selbst „ernste Sicherheitsprobleme“ zugeben.

In Israel stehen Neuwahlen an. Streiks vor allem im öffentlichen Dienst, eine Inflationsrate, die gegen 200% treibt und vermehrte Auswanderung kennzeichnen die tiefe wirtschaft-

liche und politische Krise des Siedlerstaates. Bei seinen täglichen Angriffen auf den Südlibanon hat Israel die offene und ausdrückliche Unterstützung der US-Regierung, ebenso die „jordanische Lösung“, mit der sie König Hussein zu einem Handel über die besetzten Gebiete bringen wollen. Umso größeres Gewicht erhält die einstimmig gefasste Schlußerklärung der Dritten Islamischen Gipfelkonferenz vom Januar, in der sich alle zur Unterstützung des Befreiungskampfes des palästinensischen Volkes und der Errichtung eines unabhängigen palästinensischen Staates verpflichten und gegen jede „Lösung“ ohne Beteiligung der PLO aussprechen.

durch die von der Regierung festgelegte Lohn-Preis-Indexierung jedoch maximal 80% der Steigerung der Lebenshaltungskosten. Im ersten halben Jahr von 1980 sind die Löhne um real 14% niedriger gelegen als 1979.

Die BRD, die Israels zweitwichtigster Handelspartner ist, hat die Einfuhren aus Israel um 41,6% auf 341,5

Außenhandel Israels

(in Mio. US-Dollar, Jan. – Juni 1980)

| Land | Einfuhr | Ausfuhr |
|------------------|---------|---------|
| USA | 894,6 | 492,3 |
| Großbrit. | 376,8 | 273,5 |
| BRD | 410,7 | 341,4 |
| Niederlande | 104,8 | 157,4 |
| Frankreich | 151,6 | 180,6 |
| Italien | 166,6 | 172,5 |
| Belgien | 226,4 | 137,1 |
| Schweiz | 405,6 | 177,6 |
| Japan | 68,4 | 134,7 |
| Kanada | 47,8 | 26,1 |
| Südafrika | 70,6 | 42,0 |

Quelle: ICBS, Monthly Review, Trade Statistics, October 1980

Mio. Dollar erhöht, die Ausfuhr nach Israel ist um 8,6% auf 410,7 Mio. zurückgegangen. Auch durch Investitionsbeschränkungen in Israel wird das Geschäft erschwert. 1977 wurden noch 62,4 Mio. Dollar in 20 neuen Vorhaben deutscher Unternehmer in Israel investiert, 1979 waren es nur noch neun

Projekte für 4,28 Mio., 1980 gerade vier mit einer Investitionssumme von ca. 2,5 Mio. \$, zwei davon in der Textil- und Bekleidungsbranche. Das jährliche Abkommen über deutsche Wirtschaftshilfe an Israel in Höhe von 140 Mio. DM wurde erneuert. Ende 1980 betrug Israels Auslandsverschuldung 17,4 Mrd. US-\$.



Demonstration in Jerusalem gegen die Wirtschaftspolitik Begins



Die Siedlung Kiryat Arba im besetzten Westjordanland



Kung Fu-Actionfilme

„Todesgrüße von Bruce Lee“ – einfallslos zusammengeschnuppelter Billigfilm

„Todesgrüße von Bruce Lee“, prangt groß auf der Kinoreklame über einer akrobatischen Kung Fu-Szene. Bruce Lee ist zwar seit acht Jahren tot, doch der Name des weltbekannten Kung Fu-Artisten und Schauspielers muß in solch geschmackloser Weise noch immer als Kassenmagnet für die heutigen Streifen aus Hongkongs Filmateliers erhalten. In den 60er und 70er Jahren trugen die Filme des akrobatisch kämpfenden Chinesen mit dazu bei, die alten asiatischen Kampfsportarten wie Karate, Kung Fu usw. unter der Jugend bekanntzumachen. Mit den Filmen wurde auch eine neue Art Action-Film bekannt, deren Star stets Bruce Lee war.

Der neueste Abklatsch dieser Bruce Lee-Filme ist äußerst primitiv gemacht. Es geht darin um die Auseinandersetzung zwischen einer Bande, die im alten China illegale Geschäfte mit einem englischen Kolonialisten macht, und einigen tapferen Kung Fu-Kämpfern, die als letzte Schüler einer uralten hohen Kung Fu-Technik zufällig aufeinandertreffen. Nach einigem Hin und Her verbünden sie sich und besiegen schließlich die beiden Oberbösewichte in zähem Kung Fu-Kampf.

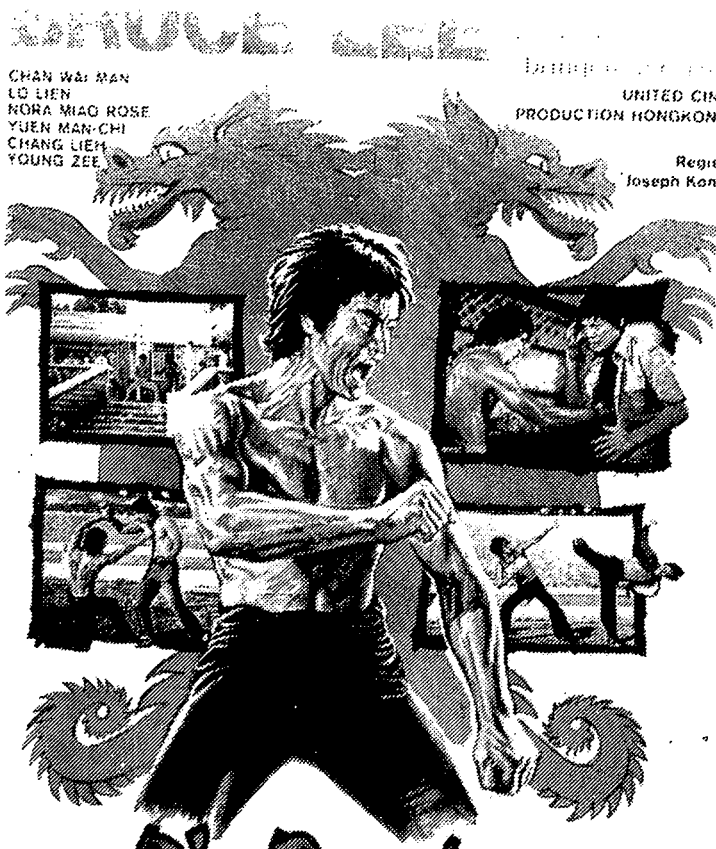
Die Charakterisierung in Nur-Gute und Nur-Böse ist ärgerlich und ekelhaft: Der reiche Boß der Bande wird beispielsweise als fieser hohlwangiger und ungesund blasser Kerl mit verfaulten Zähnen dargestellt, mit niedrigsten Instinkten, wie er vor Irrsinn ki-

chernd genüsslich stinkende Kröten, Frösche, Käfer und ähnliches Getier herunterschlingt, während er seiner verängstigten Sklavin den Hintern tätschelt.

Die grob-dümmliche Handlung ist nur Bindemittel für eine ermüdende Aneinanderreihung von Kung Fu-Kämpfen mit ständig wiederkehrenden Kampfelementen. Können und Akrobatik der Kung Fu-Truppe, die diese Szenen spielen mußte, verlieren durch die einfallslose Kameraführung, die langweiligen Trickaufnahmen und die einfältigen Übertrei-

bungen fast völlig ihre Faszination.

Was die Zuschauer angelockt hat, ist der Kämpfertyp, der durch Disziplin und Konzentration zu unglaublicher Körperbeherrschung gelangt. Was ihm vorgegaukelt werden soll, ist der erfolgreiche Einzelkämpfer, der nur mit den Waffen des individuellen Kampfsports die Gerechtigkeit erstreitet – furchtlos und heldenhaft. Die meist männlichen Jugendlichen im viertelvollen Kino verließen mürrisch den Saal. Der Bruce Lee-Aufguß hat nicht gezündet.



Friedrich Mergels Selbstmord

Die klassische deutsche Novelle „Die Judenbuche“ erschien 1842. Sie berichtet über das Leben des Bauern Friedrich Mergel. Zwei Morde, in die er verwickelt wird, bewirken die Zerrüttung der Person; er beendet sein Leben mit Selbstmord. Die Autorin Annette von Droste-Hülshoff, selber aus dem Adel, schildert die Situation auf dem Land. Die Spannung der lesenswerten Novelle steigert sich, da die Autorin Hintergründe beschreibt und Fragen aufwirft. Dabei stört es nicht, daß unklar bleibt, wie der Vater umkommt und wer Johannes Niemand ist. Droste-Hülshoff vermeidet eine ausdrückliche Bewertung der geschilderten Ereignisse. Sie schreibt, daß „sich neben dem gesetzlichen ein zweites Recht gebildet (hat), ein Recht der öffentlichen Meinung“. Die Armut führt zu Holz- und Wilddiebstahl. Diese gewaltsame Aneignung stellt die Autorin dar, indem die Mutter des jungen Mergel erklärt: „Höre, Fritz, das Holz läßt unser Herrgott freiwachsen, und das Wild wechselt aus unserem Land in das andere; die können niemand angehören.“ Trotz dieser Feststellungen glückt es ihr, den Zusammenhang zwischen Abhängigkeit und Ausbeutung der Bauern vom Gutsbesitzer zu verwischen. Der Gutsbesitzer erscheint fürsorglich, dagegen führt die Verschuldung Mergels beim Wucherer zu seiner Vernichtung.

Annette von Droste-Hülshoff, Die Judenbuche, Reclams Universal-Bücherei Nr. 8 145, 1,80 DM.

Der freie Wille und die Gewalt

Der junge Friedrich Schiller verfolgte mit seiner Novelle „Der Verbrecher aus verlorener Ehre“ zwei Absichten. Bei Gelegenheit einer wahren Geschichte wollte er die ästhetischen Methoden des Geschichtsschreibers darlegen. Er verlangte, daß der Held, umgekehrt wie beim Vortrag des Redners und des Dichters, „mit dem Leser kalt werden“ müsse, der Historiker also einen objektiven Standpunkt der Untersuchung einnehmen, nicht nur die Tat schildern, sondern die Entwicklung und die Gründe des Helden, in diesem Falle des Verbrechers, darstellen müsse. Die Gründe, warum der Sonnenwirt nicht bloß Wilddieb bleibt, sondern

zum Räuber großen Stils und zum Mörder wird, liegen in der Gesellschaft. Sie hat ihn durch die Festungshaft ehr- und schamlos gemacht, so daß er sich in freier Willkür für das Böse entscheiden kann. Ab da geht es abwärts mit ihm. Daß er aufgehängt wird, ist klar. Sein naives Gnadengesuch an den Fürsten nützt ihm nichts. Es bleibt eine Dummheit, sich selber zu stellen.

Aber, sagt Schiller, wenn wir diesen Lebensgang sezieren, so finden wir, daß der Staat anders handeln muß als im Feudalismus, daß er ausgleichen und Strafen so vollziehen muß, daß die Mitglieder der bürgerlichen Gemeinschaft gerettet werden. Man muß aufgeklärterweise „den sanften Geist der Duldung“ verbreiten, „ohne welchen kein Flüchtling zurückkehrt, keine Aussonderung des Gesetzes mit seinem Beleidiger stattfindet, kein angestecktes Glied der Gesellschaft von dem gänzlichen Brande gerettet wird“. Der unsympathische erkaltete Held dient so zur Belehrung des lesenden Publikums, das sich sein Urteil selber bilden soll. Und dieses soll lauten, daß die bürgerliche Gesellschaft ihr Rechtswesen so gestalten soll, daß die Gewalttat des Einzelnen unterbunden wird, da nicht mehr notwendig durch die Zustände hervorgebracht. Dies ist Schillers These zur Überwindung der Auffassung des Sturm und Drang, daß der große Kraft- und Gewaltmensch, der sich nicht um Gesetze kümmert, der wahre Held sei.

Kriminalnovellen deutscher Dichter, Verlag Lothar Borowsky, München o.J., 12,80 DM.

Kohlhaas: Gewalt gegen den Adel

1810 erschien die Novelle „Michael Kohlhaas“ von Heinrich von Kleist. Die Novelle wurde nach einer alten Chronik geschrieben und behandelt die Geschichte von Hans Kohlhaase, der 1540 per Gerichtsbeschluss gerädert, d.h. aufs Rad gespannt und getötet wurde.

Die Geschichte spielt kurz nach den Bauernkriegen (1524/25), in denen die Bauern besiegt worden waren. Das Handelskapital entsteht. Kaiser Karl V strebt die Herstellung des Heiligen Römischen Reiches wieder an, stützt sich dabei auf Söldnerheere. Die Ritterschaft, die vorher im Heer gedient hatte, verarmt und verkommt teilweise zu Raubrittern.

Kleist stellt die Geschichte eines Kaufmanns dar, der in Widerspruch zum Adel gerät, weil seine Rechte verletzt werden. Er versucht sich mit Gewalt durchzusetzen, wird auch vom Volk dabei unterstützt, das jede Möglichkeit ergreift, gegen den Adel zu kämpfen.

Michael Kohlhaas ist ein Roßhändler, von dem der Junker Wenzel von Tronka unrechtmäßig Zoll und einen Passagierschein verlangt, als er über sein Gebiet will. Kohlhaas wird gezwungen, zwei Reiterpferde als Pfand zu hinterlassen, bis er den Passagierschein beibringt.

Der Junker ruiniert die Pferde. Kohlhaas verklagt den Ritter: Er soll seine Pferde persönlich füttern und pflegen, bis sie wiederhergestellt sind.

Tronka hat verwandte Adlige an höherer Stelle sitzen, und die Klage wird zurückgewiesen. So überfällt Kohlhaas mit seinen Knechten die Tronkenburg, um den Junker seinen Pferden zukommen zu lassen. Die Burg wird niedergebrannt, aber Tronka entkommt und wird von adligen Freunden in Wittenberg versteckt.

Kohlhaas' Trupp wird immer stärker, er verfolgt den Junker, steckt Teile der Stadt in Brand und läßt eine Flugschrift überall ankleben, daß er die Stadt vollständig abbrennen wird, wenn ihm der Junker nicht ausgeliefert wird. Auch das Volk verlangt die Herausgabe des Junkers an Kohlhaas. Kohlhaas' Trupp ist inzwischen auf 400 Mann angewachsen, und der Adel hat Angst, daß andere dem Beispiel von Michael Kohlhaas nachkommen und ihre Interessen mit Waffengewalt verteidigen.

So werden dem Kohlhaas, als er das Schafott wegen Verurteilung zum Landfriedensbruch besteigt, noch seine Pferde, wieder dickgefüttert, vorgeführt.



Jakob Fugger in einem Kontor mit seinem Hauptbuchhalter

US Science Fiction

Ökologische Sozialkritik und Akzeptierung des Staates

Der Verlag Bastei Lübbe hat einen Band amerikanischer Science Fiction Geschichten herausgegeben, die er als „grün“ bezeichnet und auf Recycling Papier gedruckt hat. „Grün“ als Sammelbezeichnung trifft nur insoweit, als das durchgehende Thema dieser Geschichten die Umweltkatastrophe ist.

Der Herausgeber Disch hat sie jeweils mit einem Motto versehen und zu vier Gruppen geordnet, hat sie also bereits unabhängig von den einzelnen Verfassern interpretiert. Da er selber eine der Geschichten verfaßt hat und die Werke der anderen kennt, ist er dazu sicher auch kompetent. Man muß beachten, daß die Geschichten zwar jetzt zum erstenmal auf Deutsch erscheinen, aber durchweg mindestens zehn Jahre alt sind.

Der erste Teil bietet Darstellung der Lage und heißt „So wie es ist“. Drei Aspekte werden durch Geschichten hervorgehoben. Einmal der Widerspruch zwischen einer großen Fabrik und einem bis dahin Selbständigen, der sich weigert, lohnabhängig zu werden. Als Symbol wird ein Hirsch verwendet, der sich auf dem Fabrikgelände verlaufen hat, gequält und zum Abschluß freigegeben wird. Der Mann verhilft ihm zur Flucht und befreit sich gleichzeitig selber. Fazit: Industrieller Arbeiter sein ist widernatürlich. Folgt die absurde Geschichte von dem Mann, der sich auf die Suche nach den drei Millionen Quadratmeilen unbebautem Land in den USA macht und im Autobahndschungel steckenbleibt: In der modernen Zivilisation ist die Natur unerreichbar geworden. Sodann die Frau, die eigentlich alles hat, was sie sich wünschen kann, aber ebenfalls Natursehnsucht verspürt. Auf dem Lande stellt sie fest, daß sie die Langeweile mitgebracht hat. Also ist keine wirkliche Befriedigung möglich.

Der zweite Teil soll erklären, „warum es so ist wie es ist“. Hauptsächlich kommt heraus, daß die Technik den Menschen beherrscht und daß diese Entwicklung nicht rückgängig gemacht werden kann, auch wenn die Menschen versuchen, selber die Leitung der Produktion wieder zu übernehmen. Sie unterliegen ihrer eigenen Programmierung, die sie für das Durchstehen eines großen Krieges geschaffen hatten. Andererseits kommt das Böse durch die Menschen in die Welt, wie in der Geschichte von den „quietschenden Türangeln der Welt“ bewiesen wird. Ein Teil der Erde dreht sich, und man merkt es bloß durch den veränderten Charakter der Menschen. Aufgehängt an dem Gelehrtenstreit darüber, wo sich geographisch diese Angeln befinden, wird eine schwache Kritik am deutschen Faschismus geboten, aber gleich wieder verdeckt durch Verlegung des Schauplatzes von den imperialistischen Ländern weg in die Südsee, wo wilde Völker übereinander herfallen.

Dazu paßt die unterlassene Aufklärung über den bürgerlichen Staat, der in „Wohngemeinschaft“ zwar in Form unterdrückender Maßnahmen gegen das erbärmlich lebende Volk erscheint, was den Autor aber nicht hindert, einen Polizisten zum Helden der Geschichte zu machen, der seinen Kopf hinhält im Einsatz gegen Aufruhr und für Ordnung sorgt, während er selber unter der Zwangseinquartierung einer kinderreichen Familie zu leiden hat, die es darauf anlegt, möglichst gut von der Sozialfürsorge zu leben. Also nicht zu erkennen, wieso man sich gegen den Staat richten sollte.

„Wie es noch schlimmer kommen könnte“ ist ein moralisch gemeinter Teil, der die Folgen der Umweltzerstörung ausmalt bis zum mitleiderregenden Ende mehrerer Personen. Der Teil erschöpft sich in Mahnung ohne Anweisung zum Handeln, weil das Schicksal eben seinen Lauf nimmt.

Durch den letzten Teil wird diese Tendenz bestärkt. „Verhängnisvolle Lösungen“, das ist einmal die Gewalt. Sie wird so dargestellt, daß sie quer durch die Klassen geht. Dies sei einerseits ein Fortschritt, heißt es, weil nicht mehr Schwarze und Weiße, Reiche und Arme gegeneinander stünden, sondern Freunde und Feinde von Hunden und ihrem Dreck im Einsatz für bestimmte Zwecke. Aber noch besser sei, keine Gewalt anzuwenden und die Staatsmacht zur Mäßigung zu bringen. „Wir müssen einander einfach mehr Lebensraum gönnen, wenn wir irgendwie noch einen Rest unserer übriggebliebenen Gesundheit retten möchten“, ist die These. Wenn es also auf die Klasse nicht ankommt, son-

dem auf das gemeinsame Handeln, muß sich Gesamtamerika diesen Raum verschaffen, nach außen.

Als Irrweg wird schließlich noch abgehandelt die direkte Agententätigkeit für eine äußere Macht, abgelehnt wird der Weg einer Jugendsekte, die voraussichtlich im Massenselbstmord endet, ein seitdem oft abgehandeltes Thema. Schließlich ein merkwürdiger Schlußpunkt: Ein Engländer kehrt ins verseuchte London zurück und fühlt sich dort wohler als im Amerika des Jahres 2000, wo die ökologische Reinigung der Umwelt gelungen ist, aber auch die Gefühle steril sind.

Insgesamt kann man feststellen, daß die leichte existentialistische und fatalistische Langweiligkeit von dem ungebrochenen Verhältnis zur Einheit der Staatsmacht USA kommt. Daß ihre Weiterexistenz nie in Frage gestellt wird, unterscheidet die Sammlung von neueren Geschichten, in denen die Zertrümmerung des Völkergefängnisses ins Auge gefaßt wird.

Thomas M. Disch (Hrsg.), Die letzten Blumen. Bastei-Lübke-TB. Bd. 22029, Bergisch Gladbach 1981. 5,80 DM.

DGB-Maiaufruf

Versöhnungsangebot an die Regierung – aber mit Fußangeln

Der Aufruf des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum 1. Mai 1981 steht in merkwürdigem Kontrast zur Tendenz des DGB-Kongresses, der das neue Grundsatzprogramm beschlossen hat. Den Aufruf prägt das Bestreben, die Arbeiterbewegung von der Verfechtung politischer Forderungen ab- und auf äußerst eng verstandene Arbeiterforderungen hinzulenken. In seiner Eröffnungsrede zum DGB-Kongreß hatte Heinz Oskar Vetter die Situation der Arbeiterbewegung folgendermaßen geschildert:

„Aber die wirtschafts-, sozial- und gesellschaftspolitischen Gemeinsamkeiten der Koalitionspartner sind offensichtlich kleiner geworden. Es gibt immer noch keine erfolgversprechenden Ansätze für eine vorausschauende Strukturpolitik, die ein wichtiges Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist. Reformprojekte in der Sozial- und Bildungspolitik liegen auf Eis. Von der Durchsetzung unserer Mitbestimmungsvorstellungen sind wir weiter entfernt denn je.

Und dies in einer Zeit, in der sich der Horizont verdunkelt hat:

– Die Zeiten problemlosen wirtschaftlichen Wachstums sind vorbei.

– Der eisige Wind der Rationalisierung fegt über den Arbeitsmarkt.

– Seit Jahren liegt die Zahl der Arbeitslosen über eine Million. Prognosen sagen uns eine weitere rasche Zunahme voraus.

– Das Netz der sozialen Sicherheit droht brüchig zu werden.

– Die Energieversorgung ist keineswegs zukunftssicher.

– Die Kluft zwischen armen und reichen Ländern, zwischen Nord und Süd öffnet sich bedrohlich weiter.

– Die Arbeitgeber und ihre politischen Freunde haben zur Offensive auf Gewerkschafts- und Arbeitnehmerrechte geblasen.

– Konservative Gesinnung macht sich breit.“

Man wird nicht fehlgehen, wenn man den Mai-Aufruf des DGB als politische Antwort auf die so verstandenen Probleme auffaßt; und da könnte man diesen Mai-Aufruf als Versuch interpretieren, sich zunächst, um Kraft zu sammeln z.B., auf unmittelbarste Interessen der Arbeiterklasse zurückzuziehen. Um ein solches Konzept wäre zu streiten, denn wieso sollte die Arbeiterbewegung auf die Propaganda ihrer Entschließungen gegen die Rüstungspolitik der Bundesregierung, gegen ihre Politik der imperialistischen Einmischung, für die Beachtung und Erfüllung wichtiger Forderungen der Länder der Dritten Welt verzichten? Es wäre nicht zu sehen, wie ein solcher Verzicht der Arbeiterbewegung irgendwelche Kräfte zuführen könnte. Aufmerksames Studium des Maiaufrufs zeigt jedoch, daß eine Kritik der vielen wichtigen Forderungen, die der DGB weggelassen hat, den Kern des Problems nicht trifft. Vielmehr stehen die tatsächlich erhobenen Forderungen in äußerst problematischem politischen Zusammenhang.

Der DGB propagiert das Recht auf Arbeit. Selbst wenn man zugeben wollte, daß im Kapitalismus das Recht auf Arbeit realisierbar wäre, gewiß ist doch, daß die Vorstufe einer solchen Realisierung die Sicherstellung der Arbeitslosenunterstützung sein müßte. Soeben beginnt das Finanzministerium Propaganda für

die Besteuerung des Arbeitslosengeldes. In Bezug auf die Leistungen der Arbeitslosenversicherung befindet sich im Aufruf nichts als das Verlangen nach einer „allgemeinen Arbeitsmarktabgabe für alle Erwerbstätigen“. So macht man sich die Bauern, die Handwerker und handelstreibenden Kleinbürger zum Gegner, schon das große Kapital und liefert gleichzeitig der Regierung einen Vorwand zur Senkung der Leistungen, wenn z.B. sich die allgemeine Arbeitsmarktabgabe als uneinführbar erweist.

Der DGB erhebt ferner Forderungen zur Wirtschaftspolitik. Diese laufen – so wie die Dinge liegen – auf wachsende Staatsverschuldung, wachsenden Steuerbedarf und wahrscheinlich auch beschleunigte Inflation hinaus. Da der DGB gleichzeitig Forderungen gegen die Steuerbelastung der Lohnabhängigen nicht erhebt, wird die SPD/FDP-Koalition diesen Freifahrtschein für weitere Steuererhöhungen gewiß einzulösen trachten. Die Kapitalisten werden unter solchen Bedingungen gewiß mit dem Zugreifen abwarten. Die Konditionen, zu denen ihnen die öffentliche Hand das Geld nachwirft, können ja nur noch besser werden.

Von positivem Interesse ist zweifellos die Reihe von Forderungen, die der DGB zur Verkürzung der Arbeitszeit erhebt. Jedoch geraten diese Forderungen in ein merkwürdiges Licht, wenn bei der Forderung nach kürzerer Wochenarbeitszeit die obligate Forderung nach Lohnausgleich fehlt und außerdem gegen die Teilzeitarbeit nichts gesagt ist.

Die Mitbestimmung, von vielen als Schutzrechte gegen das unkontrollierbare Schalten und Walten des Monopolkapitals verstanden, gerät – denkwürdig offen – zum Angebot an die kapitalistische Gesellschaft, bei der Bewältigung kommender Krisen die helfende Hand zu reichen.

Die Angebotsliste des DGB, gerichtet an Regierung und Kapitalistenverbände, ist – das ist bestimmt nicht übertrieben interpretiert – sehr reichlich ausgefallen. Vom Stillschweigen gegen die Rüstungspolitik bis hin zur fast schon ausdrücklichen Aufforderung, die Steuern noch weiter anzuheben, ist alles enthalten.

Jedoch ginge an den Tatsachen vorbei, wer ein wesentliches ideologisches Merkmal dieses Maiaufrufs übersehen wollte: Der DGB macht zwar Zugeständnisse und auch weitgehende, aber er stellt Bedingungen. Wenn der DGB mitteilt, daß die Hoffnungen auf Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit zerstöre, wer Hand an die Mitbestimmung lege, so stellt er einen Grundsatz des Reformismus zur Disposition tagespolitischer Ereignisse. Wenn der DGB das Recht auf Arbeit proklamiert, um einen „politischen Sprengsatz entschärft“ zu wissen, enthält dies die Mitteilung der Unvermeidlichkeit einer politischen Explosion im anderen Falle. Und dies, obwohl ein jeder weiß, daß im Gang der kapitalistischen Konjunkturen ein Anschwellen der Arbeitslosigkeit unvermeidlich eintritt.

Die Freude der in Regierungsverantwortung befindlichen Sozialdemokraten über diesen Mai-Aufruf wird deswegen nicht inzig geraten. Der DGB stellt den Reformismus vor eine praktische Probe, die kaum zu bestehen ist. Denn wenn die Kapitalisten gegenwärtig verstärkt gegen die Mitbestimmung angehen, so gewiß aus praktischen Gründen. Ihre Vereinheitlichung spielt sich bekanntlich nicht zum geringen Teil in den Aufsichtsräten und den Chefetagen der großen Unternehmungen ab. Gewisse Strategien, die z.B. einen Hitler ans Ruder brachten, lassen sich im Beisein von Gewerkschaftsmitgliedern nicht gut auskochen. Ebensovienig wie die Notwendigkeit der Energiesicherung durch Flotten- und anderweitige Rüstung oder die Förderung der Profitrate durch Auslandsanlagen, in denen Menschen vernutzt werden wie Ludervieh. Die Mitbestimmung belastet die Kapitalisten prinzipiell nicht, aber konkret stört sie. Ebensovienig würden die Kapitalistenverbände eine Politik der Regierung schätzen, die ihnen die Ausnutzung der Arbeitslosigkeit zur Steigerung der Arbeitsintensität und zur Lohnsenkung erschwert.

Nein, wenn auch der Maiaufruf des DGB von Zugeständnissen strotzt und vielfältig tendiert, erhobene Forderungen zu opfern für nichts, die Risiken dieser Politik des DGB für die Kapitalistenklasse sind auch nicht gering. Wenn der DGB den Reformismus vor praktische Proben stellen will, so kann die bürgerliche Politik einen Ausweg nur in einer chauvinistischen und sozialchauvinistischen Propaganda finden. Sie kann den Arbeitern ein anständiges Leben versprechen, wenn sich die Arbeiter nur in der internationalen Konkurrenzkampfschlacht auf ihre Seite stellten. Hiergegen aber enthält nicht nur die Beschlußfassung der Einzelgewerkschaften, sondern inzwischen auch das DGB-Grundsatzprogramm sehr klare Festlegungen, und deren praktische Erprobung steht jetzt an.

Aufruf des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum 1. Mai 1981

Zum 1. Mai 1981 veröffentlicht der Deutsche Gewerkschaftsbund folgenden Mai-Aufruf:

„Vollbeschäftigung – Mitbestimmung – Soziale Sicherheit – DGB“

Der DGB ruft alle Arbeitnehmer auf, sich an den Kundgebungen zum 1. Mai 1981 zu beteiligen.

Die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit wird mehr und mehr zu einer schweren Belastung für die gesamte Gesellschaft.

Arbeitslosigkeit ist nicht ein soziales Problem unter anderen. Arbeitslosigkeit setzt das Selbstwertgefühl all derer herab, die arbeitslos sind und denen Arbeitslosigkeit droht. Arbeitslosigkeit bringt körperliches und seelisches Leid; Arbeitslosigkeit macht krank – den einzelnen und die Gesellschaft.

Wir wissen: Die erste deutsche Demokratie, die Weimarer Republik, ist unter der Last von Arbeitslosigkeit und Krise zerbrochen. Wir müssen deshalb verhindern, daß Wirtschaft und Staat sich an die Arbeitslosigkeit gewöhnen. Dieser politische Sprengsatz muß entschärft werden: Dem Recht auf Arbeit muß Geltung verschafft werden!

Die Vollbeschäftigung muß wiederhergestellt werden!

Es ist unverantwortlich, Arbeitslose zu den Leidtragenden einer verfehlten Wirtschaftspolitik zu machen.

Wir fordern deshalb:

- eine beschäftigungssichernde Finanzpolitik des Bundes und der Länder;
- eine aktive Wachstums- und Technologiepolitik des Staates;
- eine Wende in der Zinspolitik der Deutschen Bundesbank.

Unser eigener Beitrag zur Wiederherstellung und Sicherung der Vollbeschäftigung ist die Arbeitszeitverkürzung in allen ihren Formen. Eine kürzere Wochenarbeitszeit, zusätzliche Freischichten für besonders belastete Arbeitnehmer, bezahlte Pausen- und Erholzeiten, mehr Urlaub, längere Bildungszeiten, Senkung des Rentenalters stehen weiterhin im Mittelpunkt unserer Tarifpolitik und unserer Forderungen an den Gesetzgeber.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund läßt nicht ab von dem Ziel, die Grundlage der politischen Demokratie zu verbreitern: **Die gleichberechtigte Mitbestimmung muß erhalten und auf alle Bereiche der Wirtschaft ausgedehnt werden!**

Im Geltungsbereich der Montanmitbestimmung wurde der Durchbruch für entscheidende soziale und wirtschaftliche Fortschritte erzielt. Damit wurden im Stahl- und Kohlebereich die modernsten Arbeits- und Produktionsbedingungen geschaffen. Ohne die Montanmitbestimmung wäre die Neuordnung bei Kohle und Stahl nicht ohne schwere Erschütterung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft möglich gewesen.

Die Mitbestimmung ist der konstruktive Beitrag der Gewerkschaften zum Fundament des Sozialstaats. Wer Hand an die Mitbestimmung legt, zerstört eine wichtige Zukunftsperspektive der deutschen Arbeiterbewegung. Er zerstört die Hoffnung auf eine Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit und damit zugleich die Möglichkeit einer fairen Austragung von Konflikten in Wirtschaft und Gesellschaft.

Auch im Zeichen von Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise muß die Sozialpolitik weiterentwickelt werden. Die soziale Sicherung darf nicht zur Sanierung der Staatsfinanzen herhalten! **Soziale Sicherheit ist lebensnotwendig für die Arbeitnehmer und ihre Familien!**

Die bruttolohnbezogene Rente darf nicht geopfert werden! Der Kündigungsschutz muß verbessert werden! Die Leiharbeit muß verboten werden! Die Arbeitszeitordnung von 1938 muß reformiert werden! Eine Arbeitsmarktabgabe für alle Erwerbstätigen muß eingeführt werden! Die soziale Wohnungsbaupolitik muß wiederbelebt werden!

Wir werden nicht zulassen, daß Sozialleistungen eingeschränkt werden und eine zusätzliche Selbstbeteiligung in der Krankenversicherung eingeführt wird.

Vollbeschäftigung, Mitbestimmung, soziale Sicherheit sind wichtige Voraussetzungen des sozialen und demokratischen Rechtsstaats. Die Entscheidungen, die wir heute treffen, bestimmen die Arbeits- und Lebensbedingungen künftiger Generationen. Nur mit einer Politik der sozialen Reformen und der Demokratisierung aller Lebensbereiche können wir die Jugend gewinnen und die Zukunft sichern.

Katholische Kirche

Lebensmittel für Polen: „Macht den eisernen Vorhang auf“

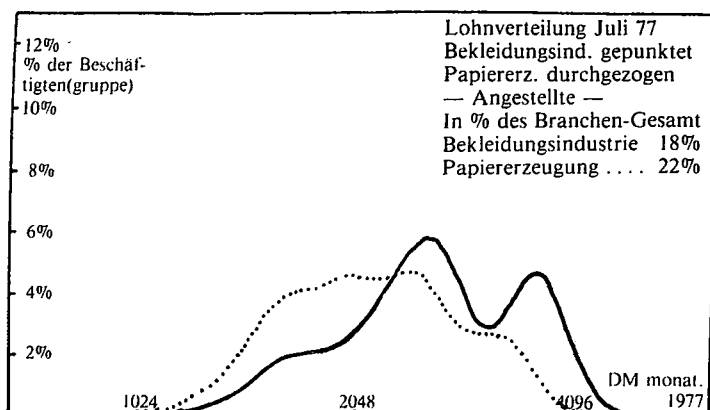
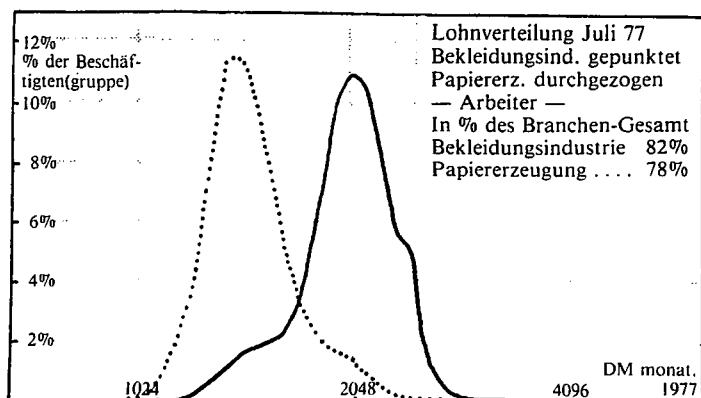
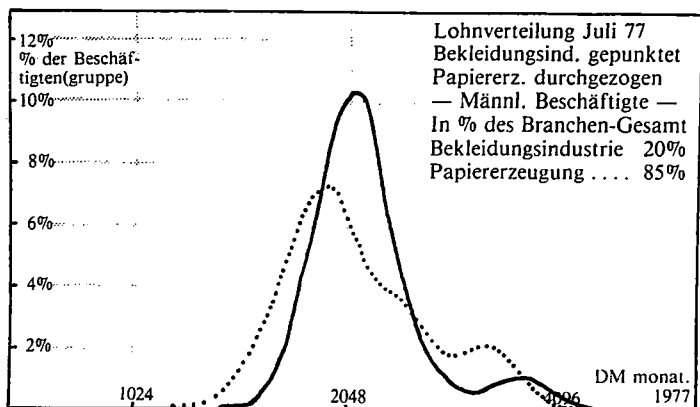
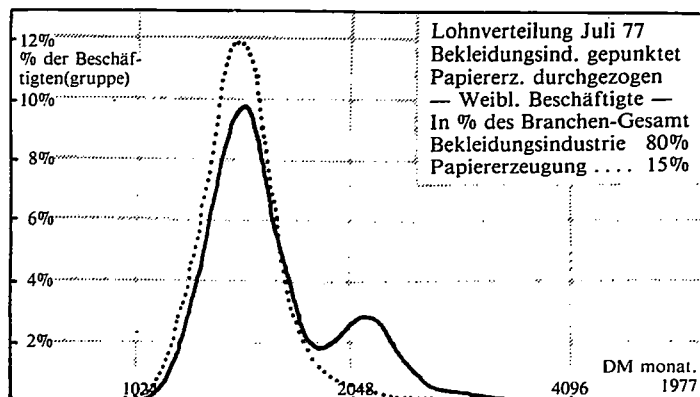
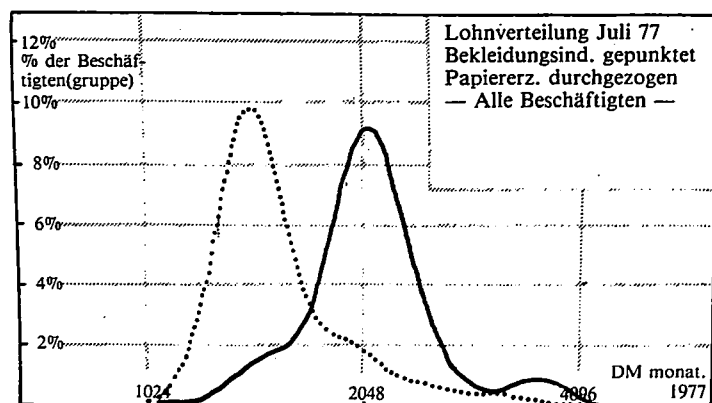
Die Schwierigkeiten der polnischen Regierung, die Versorgungsprobleme zu lösen und die Wirtschaft zu stabilisieren, sowie das Fehlen eines entsprechenden Programms der Gewerkschaft Solidarität haben die katholische Kirche zu einer großangelegten Lebensmittelhilfe ermuntert. Die heilige Kirche, die schon mit der Wahl Wojtyla zum Oberhirten einen klugen Schachzug getan hatte im Hinblick auf kommende Entwicklungen, sieht die Gelegenheit, ihren Einfluß in der polnischen Gesellschaft weiter zu stärken und die Gläubigen in den westlichen Ländern für stärkere Bindungen Polens an den Westen einzuspannen.

Am 11.2. empfängt Wojtyla polnische Katholiken in einer Audienz. Er verspricht ihnen fromme Gebete und bekräftigt abermals das für die Kirche lohnende Bündnis mit der polnischen Regierung: „Ihr bittet mich auch, für Polen zu beten. Ich versichere Euch, daß ich das Tag für Tag ununterbrochen tue. Mit uns beten gewiß viele Menschen auf der ganzen Welt ... Unser gemeinsames Gebet, das meine und das eure wie jenes vieler anderer Menschen guten Willens in der Welt, will gerade das bewirken: daß in einer zweifellos schwierigen Lage alle ohne Ausnahme weiterhin ihre ganze geistige Reife zeigen ... Diese Reife zeigt sich.“

Auf das Hilfesuchen der Caritaskommission der polnischen Bischofskonferenz beginnen im Februar die Caritasverbände, die die Werke christlicher Nächstenliebe auf das Harmonischste mit kirchlicher Einflußnahme verbinden, eine Sammelaktion in Westeuropa und den USA. In Italien übernimmt Wojtyla höchstselbst die Schirmherrschaft über die „Schiffe des Papstes“, die im April mit Lebensmitteln, Medikamenten und Schlachtvieh an Bord in See stechen sollen – mit Kurs auf Polen. Der Deutsche Caritasverband übernimmt den Großteil der Landoperationen. Seit Anfang März fahren wöchentlich ein bis zwei LKWs mit 20 t Lebensmitteln nach Polen. Die ersten Transporte sind in die Diözesen Kattowice, Kielce und Lublin gegangen. 1,2 Mio. DM Spenden hat der Caritasverband bislang eingesammelt, „darunter viele von ehemaligen Flüchtlingen“.

Ganz ungeniert verkündet die katholische Arbeitnehmerbewegung KAB (300000 Mitglieder), die auch Walesa umwirbt und ihn in die BRD eingeladen hat, als Ziel der Aktion: „KAB-Polenhilfe: Macht den eisernen Vorhang auf!“ An die Mitglieder ergeht der Aufruf, Pakete an polnische Familien zu schicken: „In der Volksrepublik Polen gibt es hundertauf tausende Familien, denen die einfachsten Lebensmittel für den täglichen Bedarf fehlen ... Unbestritten ist sicherlich, daß durch diese Aktion ein Beitrag zur Völkerverständigung zwischen Polen und Deutschen geleistet werden kann. Sicherlich werden sich durch diese Aktion Kontakte zwischen polnischen und deutschen Familien entwickeln. Vergessen wir nicht, die Polen sind unsere Nachbarn, überwinden wir den eisernen Vorhang und helfen Menschen, die unverschuldet in Not geraten sind.“ (Gemeinsame Zeitung, 4/81) Unter dem Mantel barmherziger Nächstenliebe rührt die Kirche die Trommel für Infiltration gegen Osten und verlegt im missionarischen Eifer die BRD-Grenze gleich ostwärts – „unsere Nachbarn“.

„In Krakau selbst werden Pfarreien für die Verteilung sorgen und – garantieren, daß die Sendungen an die richtigen Empfänger“ geraten. Ausschuß-Geschäftsführer Ludwig Körfggen: „Wer für diesen Zweck Geld spendet, dem ist auch wichtig, daß die Gaben an wirklich Bedürftige gelangen und nicht an Funktionäre und Schwarzhändler.“ (Kölner Kirchenzeitung, 27.2.) Für demütigende Einmischung in die inneren Angelegenheiten Polens und Affront gegen die polnischen Staatsorgane ist also gesorgt. Genannter Körfggen hat einen LKW-Transport begleitet, „um sich persönlich ein Bild von der Versorgungslage in Polen zu schaffen“. „So wie der Katholikenausschuß vor zwei Jahren Vietnam-Flüchtlingen helfen konnte, so möchte er jetzt in Polen ein Zeichen tätiger Liebe in Form von Lebensmitteln setzen.“ Der Einsatz soll sich lohnen. Schon spekulieren Kirchenblätter darüber, daß so schnell keine Besserung eintritt, daß die polnischen Arbeiter und Bauern die Produktivkräfte nicht rasch wieder entfalten können. Mit „Lebensmittel für Polen“ ließe sich vielleicht an den Erfolg der Kampagne „Dein Päckchen nach drüben“ anknüpfen.



Lohnhöhe – Lebensalter – Beschäftigungsart

Die bisherige Untersuchung (siehe Pol. Ber. 06/81) legt den Schluß nahe, daß die Lohnunterschiede zwischen den Industriebranchen wesentlich durch Zugriff der jeweiligen Kapitalisten nach unterschiedlichen Regalen des Arbeitsmarktes entstehen. Also weniger durch eine unterschiedliche Bezahlung gleichartiger Arbeit (obzwar auch diese Tendenz nachgewiesen werden kann, aber bloß als verstärkendes Moment), und mehr durch eine unterschiedliche Belegung der Lohnskala mit besser oder schlechter gezahlten Arbeitskräften.

Die weitere Untersuchung ergab, daß die Lohnskala in solchen Branchen mit höherbezahlten Arbeitskräften belegt ist, in denen verhältnismäßig viel konstantes Kapital pro Beschäftigtem umgesetzt wird.

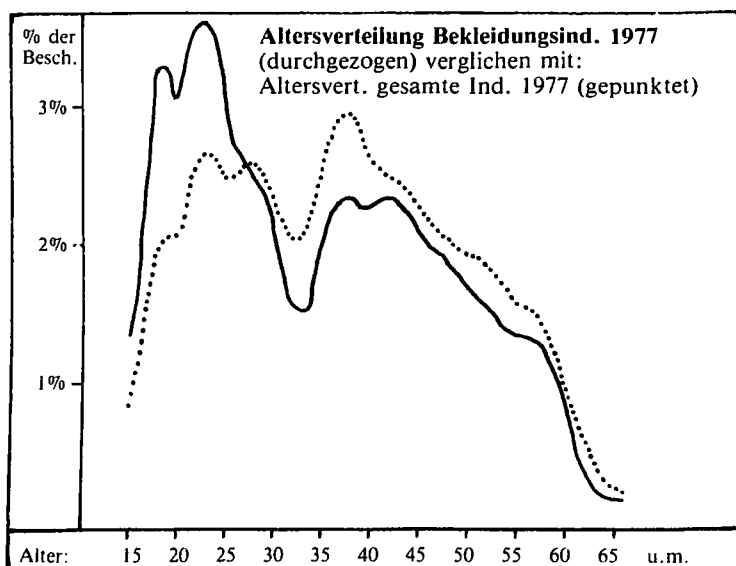
Zur Verdeutlichung des Problems haben wir die Lohnverteilung von Bekleidungsindustrie (Anlagevermögen pro Beschäftigtem 1977 23000 DM, in Preisen von 1970) und papiererzeugender Industrie (187100 DM) aufgegliedert nach den statistisch leicht unterscheidbaren Bestandteilen des Arbeitskörpers. Das Ergebnis zeigt anschaulich, daß der Unterschied im Durchschnittslohn (Bekleidungsindustrie 1977 1437 DM; Papier- und Papierherzeugung 1977 2512 DM) hauptsächlich durch unterschiedliche Belegung der Lohnskala zustandekommt, wenngleich eine Tendenz zur schlechteren Bezahlung auch bei höher bezahlten Arbeitskräften der Bekleidungsindustrie zum Ausdruck kommt.

Da ziemlich offensichtlich die Belegung der Lohnskala mit dem Umfang des konstanten Kapitals zusammenhängt, lag die Folgerung nahe, daß die Lohnhierarchie selber sich ergibt aus dem folgenden Beurteilungskriterium für die konkrete Arbeit: Nämlich, in welchem Umfang sie nicht nur Wert und Mehrwert bildet, sondern auch vom Kapitalisten vorgeschossenes und in vorangegangenen Stufen des Arbeitsprozesses neugebildeten Wert überträgt. Bereits ein kurzer Blick in die bekannten Tarifvertragswerke liefert Argumente zur Bestätigung dieser Ansicht: Bei den relativ besser bezahlten Arbeiten ist der Umfang des durch die Arbeit zu übertragenden Wertes immer erheblich größer als bei den relativ schlechter bezahlten Arbeiten.

Diese, vorderhand noch etwas unsicheren, Zusammenhänge liefern dennoch Grund zu einer Definition der konkreten Arbeiten auf der Lohnskala: Im linken Extrem, also in der Zone der niedrigst gezahlten Löhne und Gehälter, sollten Arbeiten konzentriert sein, bei denen das Moment der Wertübertragung besonders schwach ausgeprägt ist. Im rechten Extrem, also in der Zone der höchst gezahlten Löhne und Gehälter, Arbeiten, bei denen dies Moment stark ausgeprägt ist.

In der Zone niedrigst gezahlter Löhne und Gehälter sollte folglich das Interesse des Kapitalisten an Senkung des Kostpreises sich völlig auf die Rasanzen des Arbeitstempos konzentrieren; Arbeitsunfälle, betreffen sie nun den menschlichen Arbeiter oder das Arbeitsmittel oder den Arbeitsgegenstand, sollten den Kapitalisten kaum schrecken, so lange nur das Tempo hoch ist.

In der Zone höchst gezahlter Löhne und Gehälter hingegen



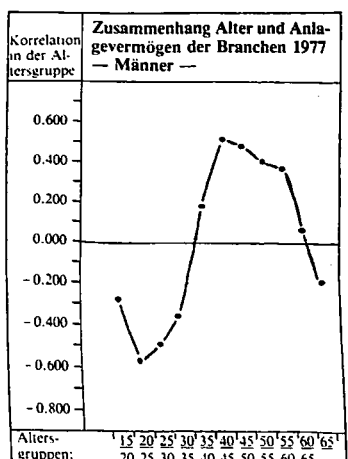
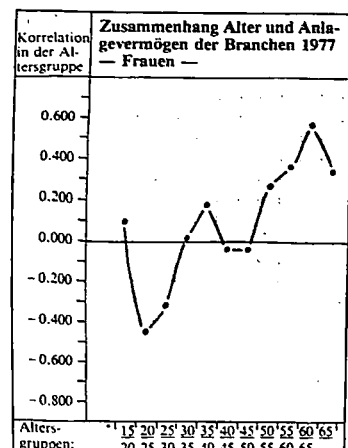
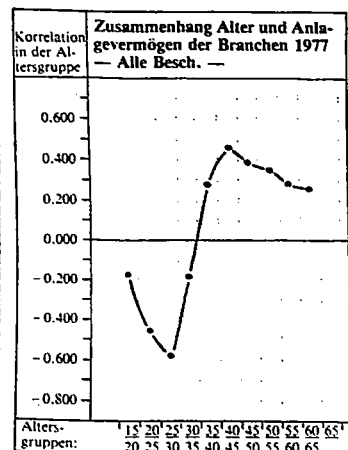
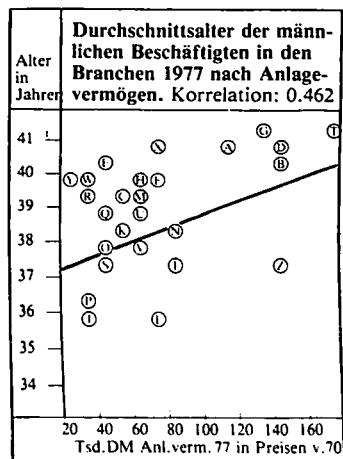
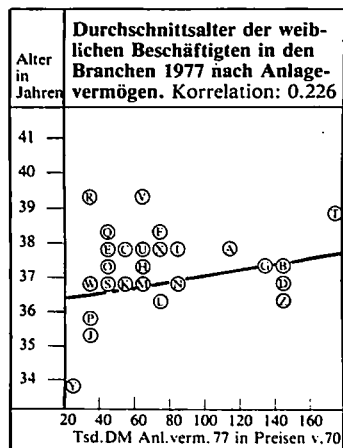
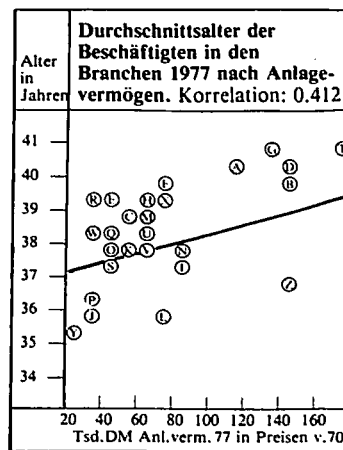
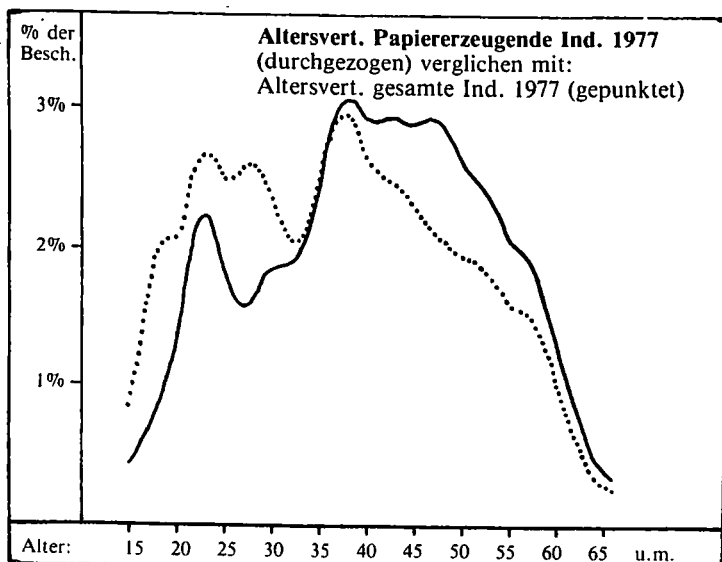
sollte der Kapitalist an steigender Sorgfalt interessiert sein. Arbeitsunfälle, soweit sie Arbeitsmittel und Arbeitsgegenstand tendieren, sollten ihm schrecklich sein. Das schiere Tempo bei der Verrichtung der Handgriffe sollte zurücktreten vor dem Interesse an produktionstechnisch korrekter Verrichtung. Im äußersten Extrem zerreißt der Zusammenhang von wirklicher Tätigkeit und materiellen Folgen ganz, im bekannten Begriff der Entscheidung, die durchdacht sein muß und wo der resultierende Handgriff bereits von einer anderen Person ausgeführt werden kann.

Wenn diese Spekulation richtig ist, so müßte sich dies beweisen lassen. Da wir wie jeder andere auch wissen, daß die Fähigkeit, Arbeiten mit hohem Tempo zu verrichten, mit dem Lebensalter abnimmt, während die Erfahrung zunimmt und die Tendenz zum besonnenen Arbeiten zunimmt, müßten in jenen Industrien, in denen das Moment der Wertübertragung schwach ausgeprägt ist, die Belegschaften im Durchschnitt jünger sein als in jenen, in denen dies Moment stark ist.

Die statistische Untersuchung ergibt, daß dies ganz eindeutig auch der Fall ist (s. Korrelationen „Durchschnittsalter der Beschäftigten in den Branchen 1977 nach Anlagevermögen“). Zur weiteren Verdeutlichung des Zusammenhanges dient die Untersuchung der Korrelation bei den einzelnen Altersgruppen, die durch die Statistik ermöglicht ist. Im Bereich negativer Korrelationskoeffizienten lautet die Aussage: Je niedriger das Anlagevermögen, umso höher der Beschäftigungsanteil in dieser Altersgruppe. Bildlich dargestellt, würde eine abfallende Gerade die Korrelation darstellen. Im Bereich positiver Korrelationskoeffizienten lautet die Aussage: Je höher das Anlagevermögen, umso höher der Beschäftigungsanteil in den entsprechenden Altersgruppen. Das Ergebnis der entsprechenden Rechnungen ist in den Schaubildern „Zusammenhang Alter und Anlagevermögen der Branchen 1977“ dargestellt. Die Sache verhält sich bei den Männern eindeutig; bei den Frauen kommen Mutterschaft und Kindererziehung stark zum Ausdruck.

Für die Männer ergibt sich, zur Abwechslung in ein etwas läppisches Beispiel gefaßt, daß das berühmte „beste Alter“ für Fußballprofis zwischen 25 und 30 Jahren liegen sollte, dieweil dasselbe „beste Alter“ für Fußballtrainer eher bei 40 bis 45 Jahren gemessen würde. Anders: Für die Arbeiten, bei denen sich Geschwindigkeit mit Geschicklichkeit zu höchster Arbeitsintensität paart, sucht das Kapital Beschäftigte in dieser Altersgruppe, für jene Arbeiten, in denen sich Erfahrung und Kenntnis zu höchster Sorgfalt vereinigen, Arbeitskräfte in jener.

Ferner deuten diese Ergebnisse an, daß der Zugang aus den schulischen und universitären Bildungsinstituten zunächst zu Industrien bzw. Beschäftigungen mit weniger ausgeprägt wertübertragendem Charakter erfolgt und im weiteren erst eine Verlagerung stattfindet. Hierzu stimmt, daß die Beschäftigung von Lehrlingen in jenen Industriezweigen eher höher ist, in denen das Anlagevermögen niedrig ist. Hierzu stimmt ferner, daß die Alterszusammensetzung der Arbeitslosen zwei Maxima zeigt: bei den jungen Leuten, die an hochwertigen Arbeitsmitteln und Arbeitsgegenständen eine Ausbildung erhalten wollen, diese aber nicht leicht erhalten, und bei den älteren Arbeitern, die für hochintensive Arbeit vernutzt wurden und für derartig hochintensive Arbeiten nicht mehr zu brauchen sind.



In die statistischen Berechnungen gehen die Branchen mit den Gewichtsanteilen ihrer Beschäftigten ein. Negative Korrelation: höherer Beschäftigungsanteil in der Altersgruppe, wo das Anlagevermögen niedriger ist. Positive Korrelation: höherer Beschäftigungsanteil, wo das Anlagevermögen höher ist. — Quellen: Für die Alterszusammensetzung „Mitteilungen für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ Nr. 4/78. Hrsg. Bundesanstalt für Arbeit. Für das Anlagevermögen „Produktionsvolumen und -potential, Produktionsfaktoren der Industrie auf dem Gebiet der BRD“. Hrsg. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Westberlin. Für die Effektivlöhne: Fachserie 16, Reihe 2.1 und 2.2 des Statistischen Bundesamtes, Wiesbaden.

Legende zu den Darstellungen

- (A) = Energie, Bergbau
- (B) = Chemie
- (C) = Kunststoffverarbeitung
- (D) = Steine, Erden
- (E) = Feinkeramik
- (F) = Glas
- (G) = Eisen, Stahl
- (H) = Gießerei
- (I) = Zieherei
- (J) = Stahl-, Leichtmetallbau
- (K) = Maschinenbau
- (L) = Fahrzeugbau

- (M) = Schiffbau
- (N) = Büromaschinen
- (O) = Elektrotechnik
- (P) = Feinmechanik
- (Q) = EBM-Waren
- (R) = Musikinstrumente
- (S) = Sägereien, Holzv.
- (T) = Zellstoff, Papier
- (U) = Papierverarbeitung
- (V) = Druckindustrie
- (W) = Lederverarbeitung
- (X) = Textilindustrie
- (Y) = Bekleidung
- (Z) = Nahrung, Genußm.
- (A) = Baugewerbe

Französische Präsidentenwahlen

Giscard wie Mitterrand für „breite Regierung der Mitte“

Staatspräsident Giscard d'Estaing oder Sozialistenchef Mitterrand, so wird wahrscheinlich – wie 1974 – die Alternative im zweiten Wahlgang lauten. Anders als damals jedoch existiert kein gemeinsames Programm der Arbeiterbewegung, sind die Gewerkschaften gespalten. Die Finanzbourgeoisie propagiert die Verwirklichung ihrer imperialistischen Ambitionen, eine Öffnung zur „linken Mitte“, und sucht darüber die Arbeiterklasse zu isolieren.

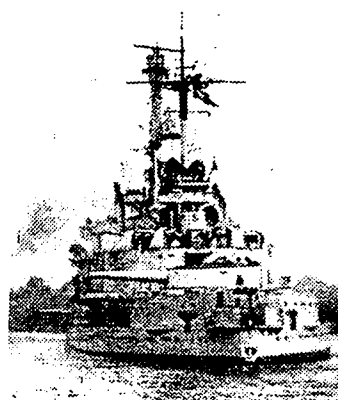


BRD

Im Ostvertragspelz geifert der Wiedervereinigungswolf

Bereits im Grundgesetz der BRD legen die Trümmer der deutschen Reichsbourgeoisie ihre Wiedervereinigungsabsicht fest. Allen konkreten Angeboten widersetzt sich seither die BRD, offensichtlich wegen der dann notwendigen Festschreibung von Gebietsverlusten. Die BRD tritt als Rechtsnachfolger des deutschen Reiches auf und schließt

Verträge. Alle derartigen Verträge sind unter dem Wiedervereinigungsvorbehalt beschlossen und lassen auf kleiner Flamme das Weiterkochen von Ansprüchen gegen die Völker des europäischen Ostens zu. Das politische Wirken dieser Ansprüche wird mit weiterer Verschärfung des Konfliktes zwischen den beiden Supermächten zunehmen.



Renten

Selbst unwürdige Heimunterbringung für viele nicht zu zahlen



Von zehn Renten der gesetzlichen Altersversicherung liegen am Anfang dieses Jahres 4 unter dem Sozialhilfesatz. Mit der Vorlage des 22. Renten Anpassungsgesetzes hat die Regierung eine weitere Absenkung des Rentenniveaus eingeleitet: Seit Amtsantritt Ehrenberg und einschließlich der angekündigten Rentenkürzungen wäre das Niveau der Renten

damit um ein gutes Viertel gegenüber dem Durchschnittslohn abgesunken. Die „Alternativen“ der CDU laufen direkt auf die Zerstörung des Versicherungsschutzes hinaus. Absolute Armut und Elend bestimmen die Lage eines zunehmenden Teils der Rentner. Gewerkschaften wie alle Organisationen der Lohnabhängigen sind gefordert.

Jugoslawien

Entstehung und Rolle der Arbeiterselbstverwaltung

Die Debatte um die wirtschaftlichen Probleme wird verknüpft mit der Rolle der Selbstverwaltung: Kann ihre Stärkung das Konsolidierungsprogramm der Regierung stützen? Können so niedrige Arbeitsproduktivität, „Betriebs-egoismus“ und Bürokratie bekämpft werden? Die 1950 in der Auseinandersetzung mit der SU entwickelte Selbstverwaltung wurde in mehreren Reformen verbessert und in der Verfassung verankert.

